

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnement - Preis: 3 Mark monatlich, 1.10 Mark vierteljährlich, 3.50 Mark halbjährlich, 6.50 Mark jährlich. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit Illustrierten 10 Pf. Post-Zustellung: 1.10 Mark pro Monat. Bestellungen in die Post-Zustellung. In der Provinz für Deutschland und Österreich: 1.10 Mark pro Monat, 3.50 Mark halbjährlich, 6.50 Mark jährlich. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

**Die Interaktions-Gebühr**  
 beträgt für die sechsgehaltene Kolonelle oder deren Raum 50 Pf. für vollständige und gewerkschaftliche Betriebs- und Versammlungs-Anzeigen 50 Pf. „Kleine Anzeigen“, das erste (stetiggedruckte) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf. Stellenangebote und Schloßstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Injunkte für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphen-Adresse:  
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
 Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1982.

Freitag, den 17. Mai 1907.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
 Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

## Das Zentrum in Nöten!

Die Sonderkandidatur des Grafen Spee in Malmedy-Montjoie-Schleiden wird den Zentrumsführern zu denken geben. Der offizielle Zentrumskandidat Dr. Fervers, der durch die lebhafteste Befürwortung bekannt geworden, die er den berüchtigten Justizaktionen des preussischen Dreiklassen- und Weibschaffens wider sozialdemokratische Redakteure angedeihen ließ, erhielt in runder Zahl 10300 Stimmen; sein liberaler Gegenwärtiger, der Mann des rheinischen Bauernvereins, mußte ihrer 4400. Ein erheblicher Prozentsatz! Und das in einem Wahlkreis, für den bisher ein bedeutungsloser Junker, Kolonialschwärmer und Patriot, der verstorbene Prinz von Arenberg genügt, der jahrzehntlang als eine der festesten Zentrumsburgen galt, der in einem der rückständigsten Winkel Deutschlands liegt, wo die Pfaffen die absolute Herrschaft führen.

Aber die Vorgänge in Malmedy werden überboten durch das, was das Zentrum gegenwärtig in Bayern erlebt. Der bisherige Landtagsabgeordnete Rodschiedler, „Guts- und Brauerbesitzer“, will sich nicht abhalten lassen und hält gegenüber dem Erwählten der Parteileitung an seiner Kandidatur fest. Der Posthalter Notthofer-Robing erklärt, er werde sich dem Parteistatut des Zentrums nicht fügen und kandidiere auf eigene Faust weiter. In der Oberpfalz, in Niederbayern Doppellandidaturen! Dazu kommen jetzt noch Schwierigkeiten in Franken. In Bamberg II richten sämtliche Bürgermeister des Amtsbezirks Hollfeld und einige des Bezirkes Scheßlitz an die Parteileitung des Zentrums eine Erklärung, in der sie gegen die offizielle Kandidatur des Freiherrn v. Mallen energisch protestieren und die Aufstellung des Landrats Adams von Hollfeld fordern; sie betonen, es auf eine „Kraftprobe“ ankommen lassen zu wollen. Der letztere Vorgang ist der interessanteste von allen. Die Kraftprobe geht zweifelsohne aus von dem bekannten Dr. Heim und richtet sich gegen den Zentrumskandidaten Pichler; Herr v. Mallen ist, wie öffentlich bekannt, ein Werkzeug in der Hand Pichlers.

Damit kommt vielleicht ein lange bestehender Gegensatz ins Rollen. Und er ist nicht nur persönlicher Natur, er hat einen politischen Hintergrund. Dr. Heim ist den maßvollen Leuten im Zentrum seit langem ein Dorn im Auge. Er gehört zu den intransigenten Vertretern des Bauerntums, die man gern abschütteln möchte und doch immer weniger abschütteln kann. Pichler ist natürlich so gut agrarisch wie Heim. Er hat sich literarisch für eine künftige Einführung einer Verschuldungsgrenze ländlichen Besitzes, für Landeshypothekendarlehen mit billiger Verzinsung und geringer Amortisation, für Ackerrecht, Höferecht und Festsetzung des Gutswertes nach dem Ertragswert, für eine im Interesse der Landwirtschaft gelegene Reform des Zarf- und Verlehrsrechts, für das gänzliche Verbot des börsenmäßigen Terminhandels, für ein Dinaustreiben der Preise der Agrarprodukte und manche anderen Dinge ausgesprochen, die dem Junker lieblich zu hören sind und angeblich auch dem Bauern helfen sollen. Daß er die Zollpolitik des Zentrums mit Leib und Seele mitmachte, wiewohl er sich über ihre Wirkungen im Prinzip klar war, ist selbstverständlich; heißt es doch in seinem Schriftchen „Zur Agrarfrage der Gegenwart“: „Eine Preissteigerung ist namentlich notwendig, um über die momentanen Schwierigkeiten der Lage hinweg zu helfen. Aber man darf nicht übersehen, daß die Preissteigerung allein, und wäre sie noch so hoch, durchaus nicht imstande ist, eine wirkliche und gründliche Heilung der Agrarnot zu bewirken. Wenn wirklich unsere Gesetzgebung in der Lage wäre, die Preise auf die von Graf Rautz beantragte Höhe zu heben, so würde unter den gegenwärtigen Verhältnissen dies nur dahin führen, daß Grund und Boden im Wert erheblich steigen, daß im gleichen Maße auch die Verschuldung zunehmen würde. Nach wenigen Jahrzehnten (!) wären die Schwierigkeiten eben so groß, vielmehr noch größer als heute.“ Nun, Jahrzehnte hat es nicht gedauert, um den Bauern zu Gemüte zu führen, daß der Posttarif für sie ein Danaergeschenk ist. Gerade die Entwicklung der Fleischpreise hat sich zu einer um so schwereren Kalamität für die Bauern ausgewachsen, je profitlicher sie für die Junker ist, die bei zeitweilig ungünstiger Konjunktur auf die bessere warten können. Mit steigenden Preisen haben sich die Bauern auf eine verteuerte Aufzucht geworfen und müssen angesichts des durch die Leuerung bewirkten Unterkonsums unter Wert loschlagen. Sie verlangen stürmisch ein Herabgehen der Fleischpreise, während Brüder Schlächter nach wie vor auf möglichst hohen Profit hält. Die Erkenntnis, gegen die seinerzeit sich alle Zentrumskreise sträubten, daß gerade die Entwicklung auf dem Fleischmarkt die Bauern zum guten Teil um den Genuß des Fleischtarifs pressen würde, dämmert allmählich in ihren Schädeln auf, zumal in Bayern, wo das Absatzgebiet der Landwirtschaft bei verhältnismäßig gering entwickeltem Verkehrsnetze zum weitaus überwiegenden Teil in der Stadtbevölkerung des eigenen Landes besteht. Sie rebellieren, und Dr. Heim ist der Schieber hinter den Kulissen.

Das Zentrum will in den Städten Eroberungen machen und sieht doch, wie die Zollpolitik nicht nur die Arbeiter-

massen, sondern mehr und mehr auch den städtischen Mittelstand in Bewegung bringt. Das gilt nicht nur im übrigen Deutschland, es gilt auch in Bayern. Unter solchen Umständen und in einer Partei, in der an und für sich widersprechende und auseinandergehende Interessen sich kreuzen, kommt unstreitig viel darauf an, wie und durch wen Politik gemacht wird. Man wünscht keine intransigente Vertretung des Agrariertums. Man sucht die agrarische Politik nach dem Grundsatz zu betreiben: nachdrücklich in der Sache, aber milde und einschmeichelnd in der Form. Der Merkantilismus war seit jeher ein gerissener Personalpolitiker, und jetzt präsentiert er den Bauern dort, wo er es für dienlich erachtet, andere parlamentarische Vertrauensleute. Ob das Experiment in Bayern allerorts ebenso gelingend in Malmedy, wird man abwarten müssen. Darf man den Vorgängen auch kein übergroßes Gewicht beilegen, so sind sie doch für die Klassengruppierung und Klassensecheidung im Zentrum charakteristisch.

Damit dem Wahlkampf des Zentrums in Bayern auch die Komödie nicht fehle, hat es seine Kandidatur Grandinger. Der Herr Seelsorger hat in sich ein liberales Herz entdeckt und sich von den Liberalen aufstellen lassen. Der Bamberger Erzbischof, derselbe, der bei den Reichstagswahlen im Verein mit seinem Münchener Kollegen dagegen zu Felde zog, daß etwa ein Katholik einen Sozialdemokraten wählen könne, hat Herrn Grandinger deutlich zu Gemüte geführt, welche großes Vergnügen er gebe, und durchblicken lassen, er habe sich der Kandidatur zu enthalten. Auch die „Kölnische Volkszeitung“ sprach Herrn Grandinger ins Gewissen. Jetzt aber bringt der „Frankfurter Kurier“ die Mitteilung, Herr Grandinger habe an seinen Bischof berichtet: er stehe persönlich auf liberalem Boden, werde bemüht sein, als Kandidat aller bürgerlichen Parteien und zum Teil auch des Zentrums das Mandat der Sozialdemokratie zu entreißen und im Falle der Wahl den Blockparteien als Hospitant beitreten, sich aber in religiösen Fragen volle Freiheit wahren, wie dies für alle Angehörigen einer liberalen Fraktion selbstverständlich sei. Damit bietet die Angelegenheit für uns Interesse genug, um einen Augenblick dabei zu verweilen.

Der Bamberger Erzbischof hatte in seinem Briefe an Grandinger geschrieben, bei der Stellung, die die liberale Partei in der Schulfrage einnehme, halte er es für unmöglich, daß ein katholischer Priester sich als Abgeordneter dieser Partei anschließe. Die „Köln. Volkszeitung“ erweiterte das dahin, der Liberalismus habe sein freiheitliches Prinzip zerstört durch den Grundsatz der Staatsallmacht, des staatlichen Herrschafts- und Zwangsrechts auch auf dem Gebiete der Gewissen. Das sind in der Hauptsache die Vorwürfe grundsätzlicher Natur, die in der Zeit der letzten Wahlen seitens des Merkantilismus auch wider die Sozialdemokratie geschleudert wurden; weltliche Zwangsschule, staatlicher Gewissenszwang, halte es uns damals unausgesetzt um die Ohren. Nun hat die Sozialdemokratie stets eine Zwangshoheit des Staates auf dem Gebiete des Gewissens, des religiösen Denkens strikte abgelehnt und verworfen. Dadurch unterscheidet sich ihre Auffassung über Kirche und Schule wesentlich von der des Liberalismus. Für diesen sind Kirche und Schule Polizei- und Dressuranstalten im Interesse des Kapitalismus. Die Sozialdemokratie sieht in den religiösen Gemeinschaften private Vereinigungen, die in der sozialistischen Gesellschaft ebenso an dem freien Vereins- und Versammlungsrecht teilnehmen würden wie jede andere Korporation. Die Sozialdemokratie verlangt lediglich, daß die Zuschüsse aus öffentlichen Mitteln aufhören, daß die Kirchen ihre Kosten selber tragen, ein Zustand, der in Amerika besteht und unter dem sich die Kirche nach päpstlichem Eingefändnis sehr wohl befindet. Die Sozialdemokratie zieht nur die Konsequenz aus der Tatsache, daß eine Glaubenseinheit nicht mehr existiert, daß der paritätische Staat nicht im gleichen Mäße katholisch, protestantisch, dissidentisch, jüdisch und atheistisch sein kann, und daher weder die Befähigung noch das Recht besitzt, kirchliche Angelegenheiten zu regeln. Während des Kulturkampfes vertrat diesen Gedankengang auch Windthorst, als er die Forderung erhob, die Kirche vom Staate zu trennen. Kann der paritätische Staat kirchliche Aufgaben allgemein nicht erfüllen, so auch nicht in seinem Schulprogramm. Es gibt keinen anderen Weg: wer die Frage der konfessionellen Schule lösen will, muß zuvor die konfessionelle Frage überhaupt lösen. Ohne das letztere wird gerade die konfessionelle Schule zur drückenden und unerhörten Gewissenstyrannie an Eltern und Schülern. Die Verechtigung des sozialdemokratischen Standpunktes läßt sich zum Ueberflus noch aus den Gründen herleiten, die das Zentrum für seinen angeblich „nicht konfessionellen“, „rein politischen“ Charakter ins Feld führt. Eine Partei, die sich als den Hort des „wahren“ Liberalismus anpreist; die die Gewissensherrschaft des Staates abzulehnen anpreist; die noch während der letzten Reichstagswahl den bayerischen Erzbischofen gegenüber die Einmischung der kirchlichen Autorität in den politischen Kampf zurückwies; die um ihres „rein politischen“ Charakters willen nicht nur jeden, gleich weissen Glaubens, für sich an die Urne rufe, sondern auch behauptet, die Fraktion für Vertreter aller Konfessionen paritätisch offen zu halten, sofern sie nur das politische Programm akzeptieren: eine solche Partei kann nicht für die konfessionelle Schule eintreten und wäre sie einer ihrer Programmpunkte, ohne sich in Widerspruch zu dem zu setzen, was sie tagaus tagein als ihr „Programm“ ausgibt.

Der Bamberger Erzbischof hat nun in den letzten Tagen dem Pfarrer Grandinger erneut erklärt, daß er an seiner Mitgliedschaft festhalte. Er erachte das „Vergnügen in den weitesten Kreisen des katholischen Volkes für gegeben“, wenn er sich „der liberalen Partei überhaupt, sei es als wirkliches Mitglied, sei es als Hospitant anschließe“. Ob Grandinger nun zu Kreuze kriechen wird?

## Die Reichstagswahlen.

Langsam entschleiert sich das komplizierte Bild der österreichischen Wahlen und bald wird wenigstens die „Kohbilanz“ — nach einem Wort der „N. Fr. Presse“ — zu ziehen sein. Die Zahl der abgegebenen Stimmen wird allmählich bekannt, wir fangen an zu erkennen, nach welchem Verhältnis in den einzelnen Kreisen des eigenartigen, vielsprachigen Reiches die Parteien, die Nationen gegliedert sind. Unmöglich ist es, die zahllosen Einzelheiten des Wahlenwahlbildes gleichzeitig ins Auge zu fassen. Wir stehen vor einem ungeheuren Panorama, das nach und nach mit seinen malerischen Details an uns vorüberwandelt.

In erster Linie interessieren uns selbstverständlich die Siege — und auch die Schlappen — unserer österreichischen Brüder und Genossen. Darum betrachten wir zuvörderst einmal deren Resultate in einer Reihe besonders bekannter oder interessanter Kreise.

In Favoriten (19. und 20. Wiener Bezirk) wurden unsere Genossen Neumann und Viktor Adler gewählt. Neumann erhielt 5212 Stimmen, sein christlichsozialer Gegner 3895. (Abgegeben waren von 10 691 Wahlberechtigten 9832 Stimmen.) — Adler bekam 8902, sein christlichsozialer Gegner 4412 Stimmen. (15 581 Wähler, 14 169 abgegebene Stimmen.) In Simmering siegte Genosse Wiholiz mit 4108 gegen 3798 christlichsoziale Stimmen, in Rudolfsheim Genosse Starek mit 9051 gegen 8132 christlichsoziale, in Ottakring Genosse Schumacher mit 9027 gegen 4225 christlichsoziale und Genosse David mit 6338 gegen 6775 christlichsoziale, in Brigittenau Genosse Dr. Ellenbogen mit 7135 gegen 5948 christlichsoziale und in Floridsdorf Genosse Seik mit 7753 gegen 3824 christlichsoziale und 468 „wilde“ Stimmen.

Das Kräfteverhältnis zwischen den Sozialdemokraten und den Christlichsozialen in Wien drückt sich aus in den Zahlen 124 355 zu 184 782, ist also wie zwei zu drei! Im Jahre 1901 hatten die Sozialdemokraten bei der Hauptwahl in Wien 100 223, die Christlichsozialen 106 223 Stimmen aufgebracht. Dabei ist noch zu berücksichtigen, daß damals für unsere Genossen viele tausend bürgerliche Stimmen abgegeben wurden, die diesmal selbständigen Kandidaten zufielen.

In Niederösterreich siegte Gen. Smilka mit 4301 gegen 2676 christlichsoz. und 595 deutsch-völksp. Stimmen (Kreis Ebreichsdorf-Stadt). — Gen. Dr. Renner mit 4111 gegen 2419 christlichsoz. und 1336 deutsch-völksp. Stimmen (Neunkirchen-Stadt). — Gen. Breischneider mit 5352 gegen 2359 christlichsoz., 1388 „wilde“ christlichsoz. und 306 deutschfrei. Stimmen (Allensfeld-Stadt) usw. usw.

Zur Illustration noch ein paar Städtewahlzahlen: In Wien-Vandstraße siegt Gen. Silberer in Stichwahl mit dem Christlichsoz. Prochaska. Silberer hat 5127, Prochaska 7384 Stimmen, auf 4 andere Kandidaten wurden abgegeben 1136, 381, 302, 206 Stimmen und 181 sind gestillt. In Mariahilf siegt Gen. Stein in Stichwahl mit dem Christlichsoz. Anderle. Stein bekam 1597, Anderle 2825 Stimmen, die absolute Mehrheit beträgt 2968. — In Voden-Stadt siegt Gen. Winarsky in Stichwahl mit dem Christlichsoz., der 2382 Stimmen erhielt, während auf Winarsky 2475 entfielen. Der freisinnige Unterrichtsminister Dr. Marchet fiel mit 2048 und der Alldeutsche mit 782 Stimmen durch.

In Trautau unterlag Gen. Riesewetter mit 2817 Stimmen gegen den Freialldeutschen, der 4698 Stimmen erhielt. In Inzaim siegte der Fortschrittsparteiler Wendel mit 2639 Stimmen über unseren Genossen Bokorny, der nur 582 Stimmen erzielte, usw.

Wie gesagt: das Gesamtbild wird erst nach einiger Zeit zu gewinnen sein.

Von den vielen Telegrammen, die den Ausfall der Wahlen illustrieren wollen, geben wir folgende beide wieder: Wien, 16. Mai. Die Sozialdemokraten beschlossen, bei den Städtewahlen überall gegen Merkantile, Christlichsoziale, Agrarier und Alldeutsche zu stimmen.

Budapest, 16. Mai. Das bisherige Wahlergebnis in Oesterreich erregt in den Kreisen der Koalition eine gewisse erzwungene Befriedigung, weil jene Parteien vernichtet seien, welche immer den Kampf gegen Ungarn als Parole ausgaben. Auch der Sieg der Sozialdemokraten wird mit der Motivierung begründet, daß die österreichischen Sozialdemokraten nicht so nationalfeindlich als die ungarischen seien!! Die gaudinistischen und liberalen Kreise bezeichnen das allgemeine Wahlrecht als einen Sprung ins Dunkle. Es sei nach dem Resultat in Oesterreich jetzt für Ungarn noch weniger zeitgemäß als früher. —

# Revolver-schießerei an Bord eines Streifbrecherlogierschiffes.

Am 13. April d. J. zeigte der als schwimmendes Streifbrecher-Hotelschiff dienende Dampfer „Köstan Boermann“ zweimal die Rotflagge, infolgedessen die Hafenpolizei an Bord des Dampfers ging, wo ihr der gefesselte und eine Schußwunde an der Hand aufweisende Arbeitswillige Meiste aus Königsberg übergeben wurde. R. hatte sich aus angeblicher Furcht vor den Hamburger Schauerleuten, die die Arbeit wieder aufgenommen hatten, das Schießweissen gekauft, und da seine „Furcht“ sich trotzdem nicht gelegt hatte, griff er zur Schnapsflasche, um sich Mut einzufößen. Die Angst war ihm aber derart in die Knochen gefahren, daß er seine Papiere und seine Freiheit verlangte. Als ihm beides verweigert wurde, soll er, seinen Revolver in der Hand haltend, zu den anderen Arbeitswilligen gesagt haben: „Ich bin Euer Anführer, folgt mir.“ Jetzt kamen zwei Kuffler hinzu, die ihm den Revolver zu entreißen suchten, wobei ein Schuß losging. Die Kugel war ihm durch die linke Hand gedrungen. Zweimal wollte R. über Bord springen, wurde aber an seinem Vorhaben gehindert. Zunächst wurde man nicht, wie man die Ankage gegen R. formulieren sollte. Hat er gar die andern Arbeitswilligen aufreizen wollen zum Angriff auf die Vorgesetzten, oder hat er sie gewaltsam zur Arbeitsniederlegung bestimmen wollen? Da er aber der ausgesprochene Typ eines ganz gewöhnlichen Streifbrechers ist, der seine Arbeitstheile in Essen verlassen hat, um in Hamburg mehr Geld zu verdienen, entschied die Anklagebehörde sich für eine Anklage wegen Rötigung und Bedrohung aus den §§ 240 und 241 des Strafgesetzbuches. Der Angeklagte, der am Mittwoch vor Gericht stand, will nur aus „Vangigkeit“ seine Papiere verlangt haben, die ihm verweigert worden seien, wie auch andere Arbeitswillige zurückgehalten wurden. (Also eine Gefangenschaft in aller Form. Als die während der Aussperrung beliebten Freiheitsberaubungen öffentlich kritisiert wurden, hat man dies von interessierter Seite „dementiert“. Der Vorsitzende meinte allerdings, der Angeklagte sei zu einer vierwöchigen Arbeitsdauer verpflichtet worden: das berechtigt aber keineswegs eine Freiheitsberaubung.) Ein Hafenpolizist erklärte, an Bord der Quarterschiffe sei allerlei passiert, während ein anderer Arbeitswilliger, der ebenfalls das Schiff verlassen wollte, die Zustände auf diesen Schiffen als „Schweineerei“ bezeichnete. Da die Hauptzeugen, die angeblich Bedrohten und Genötigten, in alle Winde gestreut sind, mußte die Verhandlung ausgesetzt werden. Der Angeklagte wurde auf freien Fuß gesetzt. Der Mann scheint eine sonderbare Vorstellung von Hamburg zu haben, denn er hat den Vorsitzenden um Schutz, weil er sich nicht allein über die Straße getraue.

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 16. Mai 1907.

### Friedensschalmceien und Konfliktspolitik.

Italienische und englische Minister haben sich in den letzten Tagen wiederum über die internationale Lage geeinigt. Der italienische Minister Tittoni legte in einer großen Rede die Grundzüge der internationalen italienischen Politik dar. Er verbreitete sich über Italiens Verhältnis zu dem Dreibunde und den übrigen Mächten. Er erörterte auch die Frage der Haager Konferenz, die Abrüstungsfrage und das ablehnende Verhalten Deutschlands und Oesterreich-Ungarns dazu. Tittoni erklärte, daß Italien von den Gefühlen aufrichtiger Freundschaft für England und Frankreich befeuert sei, daß es herzliche Beziehungen zu allen Mächten unterhalte, dabei aber in unerlöschlicher Treue zum Dreibund stehe. Soll freudiger Genugtuung habe Italien den Fürsten Bülow als Gast in Rapallo begrüßt; mit nicht minderer Freude habe es Eduard VII. in Gaeta empfangen. Nun werde aller Voraussicht nach auch Freiherr v. Rehrenthal als Vertreter Oesterreich-Ungarns Italien besuchen, um die Beziehungen seines Landes zu Italien zu bekräftigen. So unterhalte Italien zu allen Nationen die besten Beziehungen.

Die Erörterung der Abrüstungsfrage auf der Haager Konferenz solle nach den Absichten der englischen Regierung alle Reibungen ausschließen. Diese Abrüstungsdebatte sei nur eine von England ausgenommene Abrüstungstendenz der russischen Regierung. Sei es möglich, irgend eine befriedigende Formel in der Abrüstungsfrage zu finden, so werde Italien ihr seine Zustimmung nicht verweigern. Deutschland und Oesterreich hielten eine ersprießliche Abrüstungsdebatte heute nicht für möglich, sie zögen es deshalb vor, sich daran nicht zu beteiligen. Italien seinerseits halte es für besser, sich von der Diskussion nicht auszuschließen.

Nach alledem ist es nur verständlich, wie es möglich war, daß die deutsche offizielle Presse die Zusammenkunft Bülows und Tittonis in Rapallo als einen Erfolg der deutschen Politik in England gegenüber ausposaunen konnte! Zweifellos hat auch Tittoni in Rapallo aus den italienischen Absichten, sich an der Abrüstungsdebatte zu beteiligen, kein Hehl gemacht. Die deutsche offizielle Presse aber stellt es so dar, als ob Fürst Bülow in Rapallo Italien zu der Auffassung Deutschlands und Oesterreich-Ungarns belehrt habe. Einzig diese erstaunlich irrtümliche Verichterstattung der offiziellen deutschen Presse verschuldete es, daß wenige Tage später, bei dem Besuche des englischen Königs in Italien, die deutsche Regierungspresse Eduard VII. einer Durchkreuzung der Bülowschen Absichten zeihen und eine geradezu tobstichtige Hebe gegen England, in zweiter Linie aber auch gegen Frankreich und Italien inszenieren konnte! Fürst Bülow hätte durch eine rechtzeitige Information über den wirklichen Stand der Dinge diesen ganzen chauvinistischen Lobhudeleifer verhüten können. Er tat es nicht. Die einzige Erklärung dafür bietet nur die Annahme, daß der Regierung selbst die chauvinistische Erhöhung äußerst angenehm war, um im Reichstag die ihr genehme Kurstimmung zu erzeugen. Jedenfalls eine ganz eigenartige Haltung der deutschen Regierung!

Auch der englische Minister Salda ne hielt in einer liberalen Versammlung eine überaus beschwichtigende Rede. Er glaubte mit Befriedigung feststellen zu können, daß nicht nur die freundschaftlichen Beziehungen Großbritanniens zu Frankreich und Rußland im Wachsen begriffen seien, sondern er stellte auch eine Vefferung der Beziehungen zwischen England und Deutschland in Aussicht. Er glaube, daß diese Beziehungen schon heute gute seien, bestehe doch kein Gegenatz zwischen beiden Ländern außer dem rechtmäßigen Gegenatz der Handelskonkurrenz. Es gäbe aber eine Klasse von Journalisten, die es für angezeigt halte, jeden kleinen Zwischenfall aufzubauschen und es gäbe viele nervöse Leute in Großbritannien und Deutschland, die glaubten, daß die beiden Völker übereinander herfallen wollten. Dieselben Journalisten, die heute England gegen Deutschland aufhetzen, hätten während der Dreijährigen Kriege Großbritannien zur Hege gegen Frankreich getrieben. Er jedoch hoffe, daß die Politik der Verständigung fortgeschritten werde.

Man sieht, ein englischer Minister scheut sich nicht, einen kräftigen Rastwasserstrahl gegen die Chauvinistenpresse seines Landes zu entsenden. Fürst Bülow jedoch beharrte auch seine „historische“ Haltung, die Hände pomadig in die Hosentaschen zu stecken, als die gesamte deutsche Dednungspreffe von einem wahren Taumel der chauvinistischen Hebe befallen wurde!

So beruhigend diese Ministererklärungen sind, so ist doch zu berücksichtigen, daß solche Friedensschalmceien so lange wirkungslos sind, als die Nationen mit ihren Rüstungen, namentlich dem Flottenwettstreit und einer forcierten Kolonialpolitik fortfahren. Gerade Deutschland hätte die Möglichkeit, durch eine vernünftige Handelspolitik dem von unserer Kolonialpresse als Schreckgespenst an die Wand gemalten englischen Imperialismus den Wind aus den Segeln zu nehmen. Durch ein Aufgeben seiner Hochschuttpolitik könnte es das beste Einvernehmen mit England herbeiführen. Statt dessen treibt man das freihändlerische England durch diese Schutzpolitik dem Imperialismus gewaltsam immer mehr in die Arme. Die uralten Flottenrüstungen und die phantastische Kolonialpolitik um dann das ihre, um die Gegenseite künstlich zu verschärfen. Eine solche sinnlose Politik muß mit Notwendigkeit eine Lage schaffen, die nicht nur durch maritimenische und kolonialpolitische Riesenaufgaben zum Bankrott der deutschen Finanzpolitik führt, sondern darüber hinaus auch zu internationalen Konflikten der verhängnisvollsten Art!

### Englische und deutsche Reim- und Deimlinge.

Die englische Zwillingschwester „unseres“ Flottenvereins — die britische Flottenliga — hatte sich am Mittwoch mit folgendem Antrag ihres Komiteemitgliedes Mr. Wyatt zu beschäftigen:

Die Versammlung bereut tief die Verringerung in der Flottenstärke, welche veranlaßt ist durch die Reduzierung des Flotten-Etats von 80 800 000 Pfund für das Jahr 1904 bis 1905 auf 80 400 000 Pfund für das Jahr 1907 auf 1908, und die Versammlung bereut auch, daß nicht sofort mit der Anlegung einer Flottenbasis an der Ostküste fortgefahren wird.

Der Antrag fiel nach stürmischer Debatte mit 44 gegen 27 Stimmen glatt durch. Dieses Resultat ist um so charakteristischer, als der Präsident der Liga, Mr. Herburgh, für den Antrag Wyatt aufs lebhafteste eingetreten war und von ihm gesagt hatte: er werde „die Luft reinigen“!

Wollte ein mit demburgischer Phantastie begabter die Möglichkeit ausdenken: die deutsche Regierung sehe einmal im Zeitraum von vier Jahren den Flottenetat um 128 Millionen Mark herab, so würde ihm sofort einleuchten, daß „unser“ Flottenverein einen Antrag à la Wyatt — mit entsprechender Verschärfung — einstimmig annähme und zum Protest den bekannten „donnernden Appell ans Volk“ widerspruchslos beschlösse.

Ja, über Deutschlands „Wohl und Wehe“ wacht auch die Firma Reim u. Cie.!

### Ein Nachtrag zum Fall Raempf.

Wir erhalten folgende Zuschrift:

Daß das Attentat des Vizepräsidenten Raempf auf die Redefreiheit im Reichstag am 4. Mai in einem schlimmen Mißerfolg ausliefe, liegt den näheren Freunden dieses eigenartigen Blodpolitikers offenbar schmer in den Gliedern, denn sie haben sich eifrig bemüht, Herrn Raempfs Verhalten nachträglich zu rechtfertigen und die Bedeutung der gegen ihn ausgefallenen Abstimmung hintezugudeckeln. Dabei haben die Leute mich mit einer Fülle persönlicher Angriffe bedacht, wie das von Bundesgenossen des Reichstagenverbandes nicht anders zu erwarten ist. Man kann ja meist mit dem Schweigen der Verachtung darüber hinweggehen. Die „Freisinnige Zeitung“ hat aber in ihrer Nummer vom 12. Mai zu einer so schmähslichen Verleumdung gegriffen, daß ich zur Wehr genötigt bin.

In einer Polemik gegen den Berliner Korrespondenten der Mannheimer „Volkstimme“, der den Vorgang im Reichstage geschildert hatte, schreibt nämlich das offizielle Organ der freisinnigen Volkspartei wörtlich:

„Das sodann den Ton betrifft, mit dem Ledebour die Schwierigkeit der Anstehung weicher Frauen und Besondereheiten des weiblichen Geschlechtslebens besprochen hat, so waren die Ausführungen des Redners in dieser Beziehung so „sachlich“ und so „vornehm“, daß Abgeordneter Ledebour sich sogar nachträglich geschämt hat, seine Auslassungen dem stenographischen Bericht einzuberleiben, vielmehr den betreffenden Satz unvollendet gelassen und die Worte durch Gedankenstriche ersetzt hat. Gleich hinterher bezeichnet der Bericht dem auch nur die Bemerkung „Stürmische Heiterkeit“.“

Die vorstehende Behauptung, ich hätte mich nachträglich geschämt, meine Auslassungen dem stenographischen Bericht einzuberleiben und hätte irgend welche Worte, deren ich mich zu schämen hätte, im Bericht durch Gedankenstriche ersetzt, ist eine böswillige Erfindung der „Freisinnigen Zeitung“. Die fragliche Stelle im stenographischen Bericht ist von mir völlig unverändert gelassen worden. Ich habe sofort, als mir am Dienstag, 14. Mai, der lägenhafte Angriff der „Freisinnigen Ztg.“ zu Gesicht kam, in Gegenwart des Vorstehers des Stenographischen Bureaus mir das Manuskript, das zur Korrektur den Rednern unterbreitet wird, wieder vorlegen lassen und festgestellt, daß ich im Manuskript keine Aenderung vorgenommen hatte. Die Stenographen haben ganz korrekt bei der Niederschrift es wieder gegeben, daß ich den Satz völlig ausgesprochen hatte, die Herren von den Blodparteien, und zwar sowohl Liberale wie die Konservativen, mich durch „stürmische Heiterkeit“ unterbrochen haben. Daß der Satz unvollendet geblieben ist, haben die Stenographen selbst durch Gedankenstriche angedeutet. Der Satz lautet im Stenogramm: Die Möglichkeit aber, weiche Frauen in größerer Menge hinzuzuschicken, scheitert daran, daß Frauen unter dem Tropenklima unendlich viel mehr leiden als Männer, besonders wenn sie irgendwie — — — (Stürmische Heiterkeit).

Also nicht weil ich irgend welche anföhlige Worte gebraucht habe, sondern weil ich in Erörterung der Frage, weshalb weiche Frauen das Tropenklima schlechter ertragen als Männer, im Begriff stand, den Zustand der Mutterchaft zu erwähen, brauchen diese christlichen Blodpatrioten der Konservativen wie der liberalen Oberbanz in jenes wiedernde Gelächter aus, das mich veranlaßte, die doppelte Moral der Herren in kräftigen, aber, wie selbst ein freisinniges Blatt, die „Berl. Volkstz.“, zugibt, durchaus zutreffenden Worten zu kennzeichnen. Herr Raempf aber, dem offenbar das Verständnis für die Würdelosigkeit des Verhaltens der Blodpatrioten ebenso abgeht, wie das Verständnis für die Aufgabe eines Präsidenten, die Redefreiheit zu schützen, ergriff mit Otter diese ungeeignete Gelegenheit, seine Amtsbezugnisse einmal wieder gegen die Sozialdemokratie auszunutzen.

Keinen schlagenderen Beweis gibt es aber dafür, wie kläglich in dieser Sache sowohl die johlenden Blodpatrioten wie der Vizepräsident Raempf abgekommen haben, als daß die „Freisinnige Ztg.“ die Verteidigung ihrer kompromittierten Gesinnungsgenossen nicht anders zu führen weiß, als indem sie zu der Waffe schamloser Verleumdung greift.

### Undank ist der Welt Lohn.

So sehr der Freisinn auch während der letzten Tagung seine Grundzüge und Traditionen der lieben Blodbrüderschaft wegen verleugnet hat: er erntet noch den Undank seiner Verbündeten. So schrieb die „Tägliche Rundschau“:

„Die Liberale Ära ist im Anzuge, eine freisinnige ist nirgend und zu keiner Zeit versprochen worden. Es darf durch-

aus als ein unverkennbarer Uebergang zu liberaleren Regierungsorganen angesehen werden, wenn die verbündeten Regierungen dem unhaltbaren Majestätsbeleidigungs-Stratweg zu Leibe gehen, sowie Vörsenreform und Reichsvereinigung an den Reichstag bringen. Will der Freisinn für seine nationale Augenblicksstimmung durchaus in der bezahlte sein, so ist er damit reichlich belohnt. Will er noch größere Wechsel präsentieren, so hat er noch eine ganze Reihe von Voraussetzungen vorher zu erfüllen. Man macht auch politische Geschäfte nur mit leistungsfähigen Lieferanten. Der Freisinn hat sich in diesem Winter aber so sonderbare Vorksprünge geleistet, daß mindestens noch eine Session abgewartet werden muß, ehe er etwa dauernd die Qualifikation als nationale Partei erhalten kann.“

Der Freisinn soll sich noch mehr entwürdigen — obgleich es den Gegenstand eines Preisräfels bilden würde, wie das überhaupt noch möglich wäre. Und als Preis dafür soll ihm denn eine „liberale Ära“ — keine freisinnige — winken, also bestenfalls eine freikonservativ-nationalliberale Ära, Nichtsdestoweniger wird der Freisinn bis auf weiteres seiner Politik der Entfugung treu bleiben! —

### Das Koalitionsrecht der Hamburger Staatsarbeiter.

In der Sitzung der Hamburger Bürgerschaft vom Mittwochabend interpellierte Genosse E. Fischer die Deputation für Handel und Schifffahrt über die Mafregelung von drei Lohnkommissionsmitgliedern der Staatskaiarbeiter durch den sich zum Antisemitismus bekennenden Kadirektor Winter. Dieser allmächtige Herr, der bei jeder Gelegenheit beteuert, ein sehr warmes Herz für die Arbeiter zu haben, hat nämlich die drei Arbeiter, die ihm die äufertst bescheidenen Lohnforderungen der Kaiarbeiter unterbreiteten, angeblich deshalb entlassen, weil die Eingabe gegen die Dienstordnung verstößen soll. Diese Dienstordnung schreibt vor, daß der Korpsvorstand, eine nicht freigelegte Institution, zu der die Kaiarbeiter in ihrer großen Mehrheit kein Vertrauen haben, die Wünsche der Arbeiter demotest zu unterbreiten hat. Gegen einen so fürchtbaren Verstoß fuhr der Kadirektor, der durch die neueste Gehaltsregulierung eine größere Zulage erhält als der gesamte Jahresdienst eines Staatskaiarbeiters beträgt, gleich das schwerste Geschüß der Entlassung auf. Genosse Fischer nahm diesen staatlichen Rusterbetrieb und dessen „Spitze“ beim Schopf und verlangte zu wissen, was die Deputation zu tun gedente, um das Koalitionsrecht der Arbeiter sicherzustellen. Die Antwort der Deputation wurde ihm sofort durch den Mund des dieser illustren Körperchaft angehörenden Großkaufmanns Cisse zuteil: Einen Verstoß gegen die Dienstordnung können „wir“ nicht dulden, ebenso nicht die Einmischung „anderer“ Leute. Die verlangte Lohn-erhöhung würde eine halbe Million Mark pro Jahr betragen, die „wir“ nicht bewilligen können, weil erst im vorigen Herbst Lohn-erhöhungen stattgefunden haben. Das Koalitionsrecht der Arbeiter soll nicht angetastet werden, der Betriebsleiter muß aber vor einem Verbannde warnen, der zum Kontraktbruch auffordert. Der Kadirektor hat ebenso wie die Behörde ein warmes Herz für die Arbeiter. Wir billigen das Vorgehen der Behörde. Nur ein einziger bürgerlicher Abgeordneter beteiligte sich an der Debatte, der linksliberale Dr. Brabant, der die Mafregelung als einen sehr unglücklichen Griff bezeichnete. „Heberall darf der Untergebene direkt an den Vorgesetzten mit Wünschen herantreten. Ich verstehe das Vorgehen der Behörde gegenüber dem taktvollen Vorgehen der Arbeiter nicht. Die drei Leute handelten unter dem Druck des Vertrauens ihrer Kollegen. Diese Mafregelung kann nur den Rest der noch nicht sozialdemokratischen Arbeiter der Sozialdemokratie in die Arme treiben.“ Genosse Fischer wies noch nach, daß der Kadirektor doch nicht ganz koalitionsfeindlich ist, denn gegen die antise mitische Verbände wende er nichts ein. (Heiterkeit.) Billige die Behörde den russischen Standpunkt des Kadirektors, so stehe sie auf derselben Stufe. — Das tut sie, fügte wir hinzu. Hinsichtlich ihrer Verfassungszustände und der sozialpolitischen Anschauungen der maßgebenden Kräfte rangiert die Blutokratentepublik an der Elbe hinter Rußland.

### Preussische Germanisierungspolitik.

Die „Pofener Korrespondenz“ gibt folgende Uebersicht über die Opfer des Schulstreiks:

Als erste Opfer fielen im Wege von Verordnungen im Dienst-aufsichtswege 250 Gemeindevorsteher und Schöffen, die ihres Amtes entsetzt wurden. Unter diesen befanden sich 66 Geistliche.

In den Provinzen Posen und Westpreußen sind wegen des Schulstreiks insgesamt 85 Geistliche zu 20 Monaten Gefängnis und Festungshaft verurteilt worden. Die verhängten Geldstrafen gegen dieselben betragen 8350 M. Gegen 20 Geistliche schweden noch Verurteilungen. Die gegen die polnischen Rebalteure wegen des Schulstreiks erkannten Geldstrafen beziffern sich auf nicht weniger als 18 540 M., sowie auf 45 Monate Gefängnis.

Außerdem wurden gegen 1450 Personen wegen Schulverdümmis ihrer Kinder Strafmandate in Höhe von annähernd 18 000 M. erlassen. Privatpersonen wurden wegen der mit dem Schulstreik in Verbindung stehender Delikte zu insgesamt 6 Jahren und 6 Monaten Gefängnis verurteilt.

Abgesehen von den erheblichen Gerichtskosten hat der Schulstreik den daran beteiligten Personen etwa 31 000 M. Geldstrafen und 12 Jahre Freiheitsstrafen eingebracht.

Daß dadurch die widerspenstigen polnischen Elemente dem Deutschtum gewonnen worden seien, werden sich selbst unsere wäntendsten Galantisten nicht einbilden!

### Die Zeugnisfalter von Kulmbach.

Genosse Paul Schlegel in Nürnberg ist, nachdem der ihm zur Wahrnehmung eines Termins gewährte und um acht Tage verlängerte Urlaub abgelaufen war, am Dienstagabend wieder in die Zeugniszwangshof zurückgekehrt, um Herrn Amtsrichter Frohnauer und Herrn Spinnereidirektor Hornschuh, die absolut sehen wollen, ob die Charakterstärke eines sozialdemokratischen Redakteurs wirklich „bis zur völligen Erschöpfung des Zwangsmittels“ aushält, weiterhin als Versuchsobjekt zu dienen. Die Dast wird nicht in Kulmbach, sondern im Amtsgerichtsgefängnis zu Nürnberg fortgesetzt. —

### Keine Amnestie.

Zu dem im elsaß-lothringischen Landesausschuh angenommenen Antrag auf Amnestierung der bis 1890 wegen Fahnenflucht oder Verlegung der Wehrpflicht bestrafte Elsaß-lothringinger teilt der „Tempo“ mit, daß Staatssekretär v. Köller den Abgeordneten Wetterlö überredet habe, den Antrag vor dem Kaiserbesuch in Straßburg zurückzugeben, da der Zeitpunkt, einen so heißen Antrag einzubringen, am Vorabend des Kaiserbesuches schlecht gewählt sei. v. Köller habe versprochen, sich mit dem Kaiser persönlich in der Sache zu unterhalten. Der Staatssekretär scheint in der Tat seine Mission erfüllt zu haben, wenn auch ohne großen Eifer, in der Voraussicht eines Mißerfolgs. Der Kaiser habe seinen Vortrag barsch mit den Worten unterbrochen: „Das gibt's nicht“. Damit sei die Sache erledigt gewesen. Nach einer anderen Besart sei die Angelegenheit, wie der „Eiffasser“ mitteilt, überhaupt nicht vorgetragen worden. Der Staatssekretär soll den Gouverneur mit der Sache betraut, dieser es aber nicht gewagt haben, davon zu reden. Bei der ganzen Sache wird nach dem bisherigen Verlaufe nicht viel herauskommen. Die neu gewonnenen Brüder werden eben nicht mit der

Siebe behandelt, die man sonst glücklich wiedergefundenen Freunden gutwillig werden läßt! —

## Frankreich.

### Solidaritäts-Protest.

Paris, 16. Mai. Die Post- und Telegraphenbeamten der verschiedenen Departements haben fast überall diejenigen Beamten als Vertreter des Disziplinarrates gewählt, welche aus Anlaß der jüngsten Vorgänge entlassen worden sind.

## Indien.

Die Lage in Indien schilderte Englands Kriegsminister Balfour am Mittwoch in einer liberalen Versammlung zu London. Er machte folgende Ausführungen:

Die Regierung stelle nicht in Abrede, daß die Lage in Indien ihr große Sorge bereite! — Die liberale Regierung und, wie er hoffe und glaube, auch jede andere Regierung an ihrer Stelle, sei in diesen Tagen bestrebt, gleiches Recht für alle in Indien aufrecht zu erhalten; sie könne dies aber nur verteilichen durch die Aufrechterhaltung der Ordnung und der Geseze. Sollte die Notwendigkeit eintreten — was er nicht glaube — so würde sich zeigen, daß der Arm der Krone in Indien noch ebenso stark, wenn nicht stärker, sei als vor 50 Jahren.

Das Klingt nicht gerade sehr friedlich noch hoffnungsvoll. —

## Die russische Revolution.

### Berunglühte Liebedienerei.

Petersburg, 16. Mai. Die Reichsduma nahm die Beratung der Agrarfrage wieder auf.

Der Antrag der Kadetten auf Schluß der Debatte (1) wurde abgelehnt, ebenso ein Antrag: die Dauer der Reden auf 10 oder 15 Minuten zu beschränken. Wegen Beschlußunfähigkeit des Hauses wurde die Sitzung um 6 Uhr geschlossen.

Daß die Kadetten der Regierung den Gefallen erweisen wollen, der ihr so peinlichen Agrardebatten recht schnell das Genick umzudrehen, ist charakteristisch und — „läßt tief blicken“.

Uebrigens ist es kein gutes Zeichen für die sich als so „arbeitsfreudig“ gerierende Reichsduma, daß sie schon, nach westeuropäischem Muster, in Beschlußunfähigkeit zu machen beginnt. —

### Die Spindel-Regierung.

Da die Nachforschungen der russischen politischen Agenten, die vom Polizeidepartement zur Beobachtung des Kongresses der russischen Sozialisten ins Ausland entsandt wurden, ergeben haben sollen, daß sich mehrere Kongreßteilnehmer falsche Auslandspässe besorgte oder sich andere Namen, Pseudonyme usw. zugelegt haben, so ist jetzt „ein nach jeder Richtung hin vollständiges Verzeichnis aller Teilnehmer an dem Kongreß der russischen Sozialisten im Ausland“ ausgearbeitet und dem russischen Polizeidepartement zugestellt worden, von wo aus entsprechende Kopien an die Grenzbehörden und Gendarmerieverwaltungsentfernt werden! —

## Aus der Partei.

**Strasfants der modernen Arbeiterbewegung.** Im Monat April erkannten deutsche Gerichte auf 5 Jahre, 8 Monate, 3 Wochen, 2 Tage Gefängnis und auf 5013 M. Geldstrafe in Prozessen, deren Opfer in der modernen Arbeiterbewegung tätig waren.

### Chronik der Terroristmordtaten.

Die „Gattinger Zeitung“ hat dieser Tage eine Geschichte erzählt, wonach dort ein ehemaliger Spinnarbeiter, jetziger Bauhilfsarbeiter von den Sozialdemokraten am Bau der Arbeit gedrängt worden sei, weil er sich dem „sozialdemokratischen Verbands“ nicht anschließen wollte. Die das „Vollblut für Vorkum“ feststellt, ist das angebliche Terroristmord-Opfer schon aus mehr als 25 Arbeitsstellen wegen starken Schnapstrunkens entlassen worden — seine eigene Frau hat ihn bereits zweimal aus dem Hause geworfen, weil er den letzten Fennig verlos. Seine jetzige Entlassung vom Bau ist wieder wegen chronischer Betrunktheit erfolgt. Die Arbeiter des Baues haben sich seiner sogar angenommen, als er schon einige Zeit vorher entlassen werden sollte, und damals auch erreicht, daß der Polier die Entlassung zurücknahm. Bei dieser Gelegenheit ist dem Mann dann gesagt worden, er solle doch endlich das Schnapstrinken drangehen und sich einer Organisation, entweder der freien oder christlichen, anschließen und seine Gesezen zu besseren Zwecken verwenden.

Geschlossen hat die Mahnung nichts und so ist der Edle von seinem Schicksal errettet worden. Der saubere Patron, der während der Wahlzeit nationalliberale Zettel verteilte, hat übrigens nach der Wahl sozialdemokratische Arbeiter auf der Herrschaftshütte denunziert und falsche Angaben gemacht, die er nachher widerrufen mußte, um einer Bestrafung zu entgehen.

Die „Nationalen“ können wirklich Staat machen mit ihren „Märtyrern“.

**Von den Organisationen.** Eine Parteiverammlung zu Bremen hat am Dienstagabend einen Antrag des Vorstandes angenommen, wonach in Zukunft allen Referenten, Bezirksführern und Vorstandsmitgliedern die „Neue Zeit“ gratis zur Verfügung gestellt werden soll. Nach dem Bericht des Wahlkomitees hat die letzte Reichstagswahl (einschließlich der Stichwahl) der Bremer Parteiorganisation 33 898,26 M. gekostet, insgesamt wurden 956 700 Flugblätter verbreitet. Von dem Reichserstatter Genossen Piesch wurde bei dieser Gelegenheit noch einmal der verlogenen Behauptung entgegengetreten, daß die Genossen Piesch, Singer und Wolfenbühler für ihre Hilfe im Wahlkampf weit über 100 M. empfangen hätten. Tatsache sei, daß von diesen Genossen jegliche Entschädigung abgelehnt wurde. In dieser Verammlung wurde auch der Antrag der früher gewählten Kommission zur Gründung einer Jugendorganisation angenommen, drei Genossen zu beauftragen, die die Aufgaben für die definitive Gründung der Organisation zu erledigen haben. Diese dreigliedrige Kommission soll sich dem Bildungsausschuß anschließen und ferner die weitere Entwicklung der Jugendorganisation fördern.

Ein Parteisekretär wird für den 6. sächsischen Reichstagswahlkreis gesucht. Das Anfangsgeld beträgt 2000 M. und steigt jährlich um 100 M. bis auf 3000 M. Bewerbungen sind zu richten an H. Fleißner, Dresden-N., Zwingerstr. 21 II.

**Aus der holländischen Sozialdemokratie.** Durch Parteireferendum sind die bisherigen Mitglieder des Parteivorstandes der holländischen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei wiedergewählt und zwar in den Ausschuß die Genossen W. S. Bliegen als Vorsitzender, J. G. van Kuyf als Parteisekretär und J. W. Steef. Ferner als Mitglieder W. G. Heidsinghen, J. H. Schaper, H. Spielman und H. J. Troelstra.

Als Abgeordnete zum internationalen Kongresse zu Stuttgart sind durch das Referendum gewählt die Genossen J. van der Goes, H. van Kol und H. J. Troelstra, während noch Stichwahl stattfindend hat zwischen Frau Henriette Roland-Solst, J. H. Schaper, W. S. Bliegen und H. J. Troelstra.

Die auf dem Parteitage zu Haaren angenommenen Resolutionen sind alle mit überwiegender Stimmenmehrheit vom Parteireferendum

bestätigt worden, jene, die den leitenden Parteivorstand (Partei-Vorstand, Kammerfraktion und Redaktion von „Der Volk“) das Vertrauen ausdrückt, mit 8867 Stimmen gegen 246 bei 381 Enthaltungen; die Resolution auf Prüfung des Parteiprogramms mit 3431 Stimmen gegen 211 bei 836 Enthaltungen.

In der ersten Sitzung des wiedergewählten Parteivorstandes am Sonnabend bestimmte er zur Erweiterung der seinerzeit bereits am ihm eingesetzten Programmkommission die Genossen Widaut, van der Goes, Gorter, Frau Henr. Roland-Solst, Wendels und Taf. Der Vorstand gab dabei seinem Vertrauen Ausdruck, daß die Ernannten nunmehr ihre Ernennung annehmen, damit es möglich werde, daß die Kommission baldigst mit ihrer Arbeit beginnen könne.

### Polizeiliches, Gerichtliches usw.

**Strasfants der Presse.** Wegen Verleumdung von Vergewaltigungsbeamten wurde Genosse Albert von der Breslauer Volkswehr zu drei Wochen Gefängnis verurteilt. Die „Volkswehr“ hatte im Bericht über einen Unfall in einer Grube des Waldburger Reviers, bei dem ein Arbeiter getötet wurde, die Unfallverhütungsvorschriften kritisiert und gemeint, anstatt von einem Arbeiter zum anderen zu laufen und in der Grube für die Wahl des Wischmaschfonditaten Kirchberg zu agitieren, könnten sich manche Beamte lieber um die Sicherheit der Arbeiter etwas mehr kümmern.

Das Gericht verließ sich auf das Gutachten eines Vergrates, der behauptete, daß nichts verstümmelt worden sei. Wenn die Beamten nicht Strafantrag gestellt hätten, würde er es getan haben. Auf Grund dieser Versicherung lehnte der Verteidiger Alberts den Mann als Sachverständigen, da er nach seiner eigenen Angabe befangen sei, ab. Das Gericht lehnte indes diesen Ablehnungsantrag ab.

## Kommunales.

### Stadtvorordneten-Versammlung.

18. Sitzung vom Donnerstag, den 16. Mai, nachmittags 5 Uhr.

Der Vorsteher Dr. Langerhans eröffnet die Sitzung nach 5 1/2 Uhr. Es erfolgt zunächst die Einführung und Verpflichtung der neugewählten Mitglieder Arbeiterssekretär Ritter (Soz.) und Dr. Hermes (freis.).

Die Vorlage wegen Verbreiterung der Königsstraße auf der Südseite zwischen Königskolonnen und Neue Friedrichstraße durch Festlegung einer neuen Baufluchtlinie hat der niedergesezte Ausschuß zur Annahme empfohlen. Die Versammlung beschließt ohne Debatte nach dem Ausschußantrage.

Den freihändigen Verkauf des an der Rebalter-, Remeler- und Warschauerstraße belegenen städtischen Grundstücks von circa 3001 Quadratmeter Größe zum Preise von 130 M. pro Quadratmeter hat in dem eingesetzten Ausschuß eine Rinderheit hartnäckig zugunsten eines nachträglich abgegebenen höheren Gebots (124 M.) bekämpft; schließlich ist aber der Magistratsvorschlag gegen 3 Stimmen zur Annahme gelangt.

Stadtv. Fährdrich (N. L.) empfiehlt die Vorlage abgulehnen und den Verkaufspreis auf 142 pro Quadratmeter festzusetzen, was dem letzten Angebot entsprechen würde.

Die Versammlung entscheidet nach dem Antrage Fährdrich. Die vom Magistrat beantragte Neuregelung der Anstellungs- und Beförderungsverhältnisse der Assistenzärzte an den städtischen Krankenhäusern ist vom Ausschusse in der Richtung der in erster Lesung im Plenum gemachten Änderungsvorschläge wesentlich erweitert worden. Das Vorgehalt soll 1200 M., nach 1 1/2-jähriger Tätigkeit aber 1500 M. bei freier Station betragen; die Assistenzärzte am Kaiser und Kaiserin Friedrich-Kinderkrankenhaus werden den übrigen Assistenzärzten gleichgestellt; den Volontärärzten sollen monatlich 50 M. Wohnungsgeld-Entschädigung neben freier Verpflegung, freier ärztlicher Behandlung und Arznei gewährt werden.

Außerdem ist eine Resolution vorgeschlagen, wonach allen im ärztlichen Dienste stehenden Personen bei Erkrankungen, die infolge Ausübung des Dienstes entstehen, eine Entschädigung zu gewähren ist. — Referent ist Stadtv. Runge (N. L.).

Stadtv. Dr. Ritter (Fr. Fr.): Meine Fraktion lehnt prinzipiell die Erhöhung der Gehälter der Assistenzärzte über 1200 M. hinaus einmütig ab.

Stadtv. Gassel (N. L.) und Stadtv. Rosenow (N. L.) sprechen sich für die Ausschüßanträge aus.

Stadtv. Dr. Wehl (Soz.): Der Kollege Ritter lehnt die Verweisung auf die Vororte ab. Da erinnere ich ihn an Breslau, auf dessen kommunale Einrichtungen die Mehrheit doch viel zu geben pflegt und wo die Sätze 1400—1600 M. sind. Die Nebeneinkünfte der Assistenzärzte sind außerordentlich minimal, sie dürften nicht über 200 M. jährlich betragen. Die Vorzugsstellung, welche die älteren Assistenzärzte einnehmen, muß doch auch irgendwie im Gehalt sich ausdrücken.

Oberbürgermeister Kirchner: Ich muß dem Magistrat die schließliche Entscheidung in dieser Frage vorbehalten. Persönlich kann ich ein Bedürfnis für die Erhöhung nicht anerkennen. Daß gerade der ärztliche Stand so um die Raat rechtet, das ist für mich eine recht bedauerliche Erscheinung. Es kann wirklich nicht auf diese geringen Beträge ankommen. Aber es ist doch auch nicht zum erstenmal, daß man auf die Vororte hinweist, und Sie haben schon Hinweis immer abgelehnt. Auch die Tatsache, daß die Herren noch in einem Entwidlungsstadium befindlich sind und zuleren, ist doch nicht so ohne weiteres abzutun. Es ist doch etwas anderes, ob man ein fertiger oder ein noch nicht fertiger Mann ist, der in unferer Stadtverwaltung Gelegenheit erhält, sich bei Autoritäten, bei großen Reistern fortzubilden. Immerhin ist die Sache nicht ein Objekt, das es sich lohnt, darüber zu sprechen. (Lebhafte Lache richtig) von vielen Seiten; aber daß gerade aus diesen Kreisen heraus über eine solche Lappalie solche Kämpfe geführt werden, bleibt eine bedauerliche Tatsache. Die Forderung für die Volontärstellen können wir nicht annehmen. Es wird verlangt, daß jeder Assistenzarzt einen Volontärarzt zur Seite hat. (Zuruf des Stadtv. Wehl: Wird ja gar nicht verlangt!) Wenn das fallen gelassen wird, so bescheide ich mich. Früher hat die Versammlung in diesem Punkte auch eine ganz andere Stellung eingenommen. Die ganze Art und Weise der Agitation der Ärzte muß ich von meinem Standpunkte aus durchaus verurteilen.

Stadtv. Nathan (Soz.-fortschr.): Wir halten die Ausschüßvorschläge für durchaus angemessen.

Stadtv. Singer (Soz.): Ich kann den Eindruck nicht los werden, als ob ein Hauptgrund für die ablehnende Haltung des Oberbürgermeisters darin liegt, daß die Autorität des Magistrats geschädigt würde, wenn die Versammlung diesen Weg einschlägt. Wir würden auch, wenn es sich um andere Beamtenkategorien handelte, die mit ähnlichen Anliegen an uns kämen, die gleiche Art der Behandlung eintreten lassen. Wenn der Oberbürgermeister den Mangel an Idealismus bei den Ärzten beklagt, so kann sich doch dieser Vorwurf nicht gegen die Ärzte allein richten, sondern diese Wendung resultiert aus der Wandlung der allgemeinen Verhältnisse. Daß der Arzt als Helfer der leidenden Menschheit selbst verpflichtet ist, hat er zu leiden, das ist ein aufgegebener Standpunkt, den auch wir nicht zu vertreten haben. Ganz bebenlich erscheint mir, daß der Oberbürgermeister hier in aller Oeffentlichkeit ausführt, diese Ärzte seien nicht fertige Leute und könnten also auch nicht entsprechend bezahlt werden. Damit tut er unseren Krankenhäusern keinen guten Dienst. Die Behandlung der Kranken liegt doch hauptsächlich, abgesehen von der Oberaufsicht, in den Händen dieser Herren, und die Kranken müssen und können zu diesen Ärzten und ihren Fähigkeiten volles Vertrauen haben. Weswegen wir in Berlin weniger als Breslau, Charlottenburg, Aachen, Köln usw. den Assistenzärzten zahlen sollen, das hat der Oberbürgermeister zu beweisen unterlassen. Es ist eine Herabwürdigung ihrer Stellung, wenn hier der Grundsatz aufgestellt wird, daß Berlin weniger zahlt als andere Städte. Der Oberbürgermeister spricht von einer „Lappalie“; da wird er sich nicht wundern, daß wir uns darüber wundern müssen, daß er von einer solchen „Lappalie“ so viel Aufhebens macht. Sollte der Magistrat

sich und nicht anschließen, so haben wir wenigstens unsere Schuldigkeit getan.

Stadtv. Gassel tritt für die Ausschüßanträge ein.

Stadtv. Dr. Wehl berichtet nach dem Wortlaut früherer Beschlüsse den Oberbürgermeister dahin, daß stets nur verlangt worden ist, die Bestallung eines Volontärarztes für einen Assistenzarzt bis zur Hälfte des Gesamtbestandes“.

Stadtv. Rosenow (Fr. Fr.) hat sich durch die Debatte von der Notwendigkeit der Erhöhung auf 1500 M. nicht überzeugen können. Die Ausschüßanträge gelangen hierauf mit großer Mehrheit zur Annahme.

Die Grundstücke Tegelerstraße 18, 19 und 20 sollen für Gemeindegewerke erworben werden. Das Terrain umfaßt 5532 Quadratmeter, der Kaufpreis von 381 708 M. entspricht einem Sätze von 69 M. pro Quadratmeter.

Die Versammlung genehmigt den Anlauf.

Der „Großen“ Berliner Straßenbahn-Gesellschaft soll zur Herstellung von Straßenbahnanlagen in der Straße „Am Friedrichshain“ im Anschluß an die dort endigenden Anlagen sowie in der Kniprodestraße bis zur Elbingerstraße mit einer Endhaltestelle daselbst die Zustimmung erteilt werden.

Stadtv. Labowitz (N. L.) bittet um Annahme der Vorlage.

Stadtv. Hünne (Soz.): Die „Große“ versteht das Geschäft, das muß man ihr lassen. Sie nimmt jetzt der Stadt die Straßen stückweise ab, weil sie sie nicht ganz erhalten kann. Vor drei Jahren wurde das Stück der Straße „Am Friedrichshain“ bis zur Wölkstraße verlangt und gegeben, jetzt will man weiter bis zur Elbingerstraße. Damit hat man den gewünschten Zweck erreicht, ohne daß die Stadt das Mitbenutzungsrecht hätte geltend machen können. Die Strecke ist jetzt im ganzen 700 Meter lang, und das Recht der Stadt fällt aus, obwohl auf 400 Meter dieses Mitbenutzungsrecht an sich besteht. Ich kann auch nicht einsehen, weshalb für die Stadt die Nebenstraßen für Straßenbahnen reserviert bleiben sollen, solche Straßen, welche der Magistrat selbst als ungeeignet bezeichnet, während für die „Große“ die rentablen Straßen hergegeben werden. Ich beantrage deshalb Verweisung der Vorlage an einen Ausschuß. Sehen wir sie als begründet an, so muß alles getan werden, um der Stadt das Mitbenutzungsrecht zu sichern; event. sollte die Stadt selbst bauen und der „Großen“ das Mitbenutzungsrecht einräumen.

Stadtv. Jacobi (N. L.) tritt für die Vorlage ein.

Der Antrag auf Ausschüßberatung wird abgelehnt und die Vorlage angenommen.

Für den Empfang der englischen Journalisten in den Zerstörten des Rathauses am 30. Mai durch die städtischen Behörden sollen 5000 M. bewilligt und die Vorbereitungen einem Komitee von 10 Magistratsmitgliedern und 20 Stadtvorordneten übertragen werden.

Die Versammlung tritt dem Magistratsvorschlag bei.

Zur Fortführung der Kaiser Wilhelmstraße von der Hirtensstraße bis zur Schönhauser und Prenzlauer Allee werden 3 200 000 M. Nachbewilligung aus Anleihemitteln verlangt, und zwar soll die bis auf weiteres doch nicht zur Verwendung gelangende Summe für die Verbindung des Strazenguges Mantuffstraße-Fruchtstraße hierfür in Anspruch genommen werden.

Die Vorlage wird genehmigt.

Schluß der öffentlichen Sitzung 18 Uhr.

## Gewerkchaftliches.

Dem Profit müssen alle Dinge zum besten dienen.

Wie bereits mitgeteilt, haben die Unternehmer im Holzgewerbe aus Anlaß der 5prozentigen Lohnerhöhung, die sie zum Abschluß des Kampfes zugestehen mußten, alsbald eine Preis-erhöhung aller ihrer Waren um 7 1/2 Prozent vorgenommen. Während also alle Welt unter dem schweren wirtschaftlichen Kampfe gelitten hat, bringt für die Unternehmer noch ein Extraprofit von 2 1/2 Prozent heraus. Angeht diese Lohndase ist eine Mittelung nicht ohne Bedeutung, die wir im „Tag“ finden. Danach hat ein Berliner Großindustrieller über den bevorstehenden Kampf im Baugewerbe (in dem er selbst angeblich völlig unparteiisch ist) u. a. folgendes geäußert:

„Die Bauunternehmer werden bis zum äußersten kämpfen. Sie haben drei Jahre lang einen sehr günstigen Arbeitsvertrag gehabt, und sie halten den jetzigen Zeitpunkt für günstig, ihn zu verlängern. Das ist der springende Punkt. Die Forderung des Achtundentages ist nicht ausschlaggebend. Ich habe die Mehrkosten, die dadurch den Bauunternehmern erwachsen, berechnet. Sie sind verschwindend gering; bei einem Hause, das 100 000 M. kostet, noch nicht einmal vierzifferig. Der Bauunternehmer würde sie nicht einmal tragen, sondern der Bauherr und später der Mieter.“

Der Gewährsmann des „Tag“ fährt fort: „Am schlimmsten werden die kleinen Geschäftsleute getroffen werden, die für Bauten liefern oder darauf arbeiten. Viele von ihnen könnten eine längere Ruhepause nicht aushalten und mühten zugrunde gehen. Eine ganze Anzahl von ihnen sind zu mir gekommen und haben mich gebeten, ich möchte sie doch bei den Bauten arbeiten lassen, die ich errichten lasse, und ich sagte ihnen bereitwillig zu.“

Das gilt in noch höherem Maße natürlich für die kleinen Unternehmer im Baugewerbe selbst. Ob beabsichtigt oder ungewollt: Der Effekt eines Kampfes wird sein, daß eine Anzahl kleiner Unternehmer zugrunde gerichtet werden und die großen sich für geringe Zugeständnisse einen Extraprofit erkaufen gleich den Holzindustriellen.

### Berlin und Umgegend.

#### Die Bewegung im Baugewerbe.

Das unheimliche Gespenst eines wirtschaftlichen Riesenkampfes, in welchem die Schicksale von Hunderttausenden entschieden werden, hat auch die Kreise erschreckt, die der brutalen, aber glücklicherweise abgebliebenen Ausperrung in der Holzindustrie gemüßigt zugehört haben. Jetzt, nachdem die Millionenverluste dieses Kampfes bekannt geworden, graut anscheinend gerade weiterbildenden Großkapitalisten vor dem Stuß Selbstvernichtung, daß in der gewalttätigen Ausschaltung von tausenden wertschöpfender Hände aus dem Produktionsprozeß steht. Man fürchtet in diesen Kreisen auch wohl, daß der unermessliche Zusammenbruch einzelner Firmen andere nachziehen und den Eintritt der schon jetzt drohenden Krise beschleunigen möchte.

Unter dem Vorsitz des Geheimen Kommerzienrats Emil Jacob und unter Anwesenheit der beiden stellvertretenden Präsidenten des Zentralausschusses Berliner kaufmännischer, gewerblicher und industrieller Vereine, der Herren August Reifemann (Firma Rudolph Herzog) und Kommerzienrat Max Hoppoldt, fand gestern im Sitzungssaale des Vereins Berliner Kaufleute und Industrieller die von dem Präsidium angeregte Zusammenkunft von Vertretern der Arbeitnehmer und Arbeitgeber des Baugewerbes statt. Von dem Verein der Bauunternehmer waren erschienen die Herren Baumeister Gestrich, Heuer, Lachmann, Schindler und Bahl, als Vertreter der Arbeiter die Herren Bömelburg, Knäuper, Kribow, Schrader, Silberbachmidt und Thöns. Nach fünfständiger Debatte machte Geheimrat Jacob den Vorschlag, den Tarifvertrag auf Grund des Schiedspruches statt auf drei, auf zwei Jahre zu schließen, mit den erhöhten Lohnsätzen, hingegen unverlängerter Arbeitszeit während der zwei Jahre.

Beide Parteien erklärten sich bereit, den Vorschlag ihren Auftraggebern zu unterbreiten. Da jedoch die Vertreter der Arbeiter betonten, daß sich ein Beschluß nicht vor nächster Woche herbeiführen lassen könne, und da die Vertreter der Unternehmer erklärten, daß sie die Aussperrung zu verschieben nicht in der Lage seien, da hierzu ein Generalversammlungsbeschluß notwendig wäre, der sich bis Sonnabend technisch nicht mehr ermöglichen lasse, so mußten die Verhandlungen vorläufig angebrochen werden und von beiden Seiten anerkannt technischen Schwierigkeiten abgesehen werden. Von beiden Seiten wurde dem Wunsche Ausdruck gegeben, daß der Kampf sachlich geführt und so rasch als möglich beendet werde.

Der Zentralkonflikt Berliner kaufmännischer, gewerblicher und industrieller Vereine, der die Mitteilung darüber an die Presse verschickt, fügt ihr hinzu:

Es ist bedauerlich, daß lediglich aus formal-technischen Gründen durch die bevorstehenden Feiertage eine Abänderung der Beschlüsse nicht mehr herbeigeführt, die Aussperrung nicht mehr verhindert werden kann.

Andererseits ist jedoch die Hoffnung berechtigt, daß, da guter Wille auf beiden Seiten vorhanden ist, der Friede in kürzester Zeit wiederhergestellt wird.

Inzwischen treffen die Arbeiter ihre Vorbereitungen zur Abwehr der Aussperrung. Vom Zentralverband der Maurer ist angeordnet:

Jeder Ausgesperrte hat sich am ersten Tage der Aussperrung in dem Streikkontrolllokal zu melden, der seiner Wohnung am nächsten liegt. Er füllt dort einen Fragebogen aus und erhält dann eine Streikkarte. Dasselbe gilt für die Arbeitslosen, die während des Kampfes gleich den Ausgesperrten unterstützt werden. Alle haben sich, dem Streikreglement entsprechend, täglich zweimal zur Kontrolle zu melden und im übrigen alle Obliegenheiten zu erfüllen, die der Kampf mit sich bringt.

Die verheirateten Kollegen aus den Provinzorten, wo eine Kontrollstelle eröffnet ist (bekanntgegeben im Annoncenteil des heutigen „Vorwärts“) erhalten im Zentralbureau ihre Kontrollkarte und haben sich am ersten Tage der Aussperrung dorthin zu begeben. Verheiratete Kollegen aus Provinzorten, für die keine Kontrollstelle besteht, müssen in Berlin zur Kontrolle erscheinen.

Alle unverheirateten Kollegen haben, gemäß dem § 19 des Streikreglements, das Streikgebiet sofort zu verlassen. Sie besorgen sich in den Kontrolllokalen Streiklegitimation, melden sich ab, holen sich im Zentralbureau ihre Reisegeldlegitimation und erhalten Reisegeld. Arbeit wird ihnen hier nicht nachgewiesen. Die Bestimmungen über die Pflicht der Unverheirateten zum Verlassen des Streikortes werden streng durchgeführt. Silber Schmidt erklärte in der vorgestrigen Versammlung, daß nach höchstens acht Tagen kein unverheirateter Kollege mehr am Ort verweilen werde, und sprach die Erwartung aus, daß alle reisenden Kollegen, wo sie auch hinkommen, sich ihrer Würde und Pflichten als organisierte Arbeiter bewußt sein werden.

Die arbeitenden Kollegen erhalten in der Kontrollstelle, die ihrem Arbeitsplatz am nächsten liegt, ebenfalls eine Streikkarte und daneben eine Arbeitsberechtigungskarte. Sie haben pro Tag 1 M. Beitrag zu zahlen, der auf den Baustellen erhoben und durch Karten quittiert wird. Später soll eine besondere Kontrollmarke geliefert werden, die auch für die Zukunft als Ausweis darüber dienen soll, daß der betreffende Kollege während des Kampfes in vollem Maße seine Pflichten erfüllt hat. Die ausgesperrten Kollegen haben den Wochenbeitrag von 85 Pf., vom 1. Juli ab 75 Pf. zu zahlen. Den verheirateten ausgesperrten Kollegen wird, soweit es möglich ist, Arbeit nachgewiesen.

Der Verband der baugewerblichen Hilfsarbeiter hatte seine Mitglieder gestern abend zu einer außerordentlichen Generalversammlung nach der „Neuen Welt“ eingeladen, um die bevorstehende Aussperrung zu besprechen und zu beraten, welche Maßnahmen dagegen zu ergreifen seien. Der Referent Behrendt-Hamburg ging kurz auf die bekannte Vorgeschichte des Kampfes, der sich jetzt abspielt, ein. Er hob hervor, daß gegenüber der großen Macht der Unternehmer eine einseitliche Taktik der Arbeiter notwendig sei; er ermahnte alle Mitglieder, sich strikte an das Verbandsstatut zu halten, dessen eifriges Studium in bezug auf den Streik er dringend empfahl. Es wurde bekannt gemacht, daß auf allen Baustellen, wo am Sonnabend die Aussperrung nicht vollzogen wird, ruhig weiter gearbeitet wird wie bisher, so lange, bis von der Leitung andere Anweisungen gegeben werden. Selbständige Arbeitseinstellungen dürfen nicht vorgenommen werden. Am Mittwoch, den 22. Mai, melden sich alle Ausgesperrten in ihren Bezirkslokalen zur Kontrolle. Diejenigen, die mit ihren Beiträgen über sechs Wochen im Rückstand sind, haben sich im Gewerkschaftshaus zur Kontrolle zu melden. Bei teilweisen Aussperrungen ist die Arbeit von allen organisierten Arbeitern niederzuliegen. Die Leitung erwartet die volle Unterstützung der Mitglieder durch ausreichende Information von allen Arbeitsstellen, um stets eine gute Ueberblick über die Lage zu haben. Die Arbeitenden haben einen Gebührebeitrag von 45 Pf. (nach dem alten Tarif) und 60 Pf. (nach dem neuen Tarif) pro Tag statutenmäßig zu zahlen.

Nach Behrendt sprach Dittler und machte noch einige Erläuterungen zu den Ausführungen seines Vorgesetzten; er appellierte an alle Anwesenden, daß jeder seine volle Pflicht tue mit Ruhe und Befonnenheit, bis der Sieg errungen sei.

Eine Diskussion wurde nicht beliebt; die Versammlung befand sich in voller Uebereinstimmung mit den beiden Rednern. Ein dreifaches, donnerndes Hoch auf die Bewegung der Berliner Bauarbeiter schloß die stark besuchte Versammlung.

Die freie Vereinigung der Bauarbeiter nahm gestern abend in einer bei Boerle abgehaltenen Versammlung Stellung zur Lohnbewegung. Der Referent Baum verwies darauf, daß die Situation für die Hilfsarbeiter insofern eine eigenartige sei, als die Unternehmer die Poliere, Postengesellen und Lehrlinge weiter arbeiten lassen wollen. Es sei nun die Frage, ob in solchen Fällen, wo Poliere, Postengesellen und Lehrlinge arbeiten, die Hilfsarbeiter die Arbeit niederlegen müssen im Interesse des allgemeinen Kampfes. Es sei jedoch nicht beabsichtigt, daß die Arbeiter den Kampf auf der ganzen Linie eröffnen, es solle vielmehr abgewartet werden, wie weit die Unternehmer die Aussperrung durchzuführen. Der Referent legte eine Resolution vor, welche Verhandlungsmaßnahmen für die Ausgesperrten, Vorschritten über deren Kontrolle und Vergleichen enthält. Ferner sagt die Resolution: Die nicht ausgesperrten Kollegen arbeiten auf den alten Arbeitsplätzen weiter und verpflichten sich, sobald vom Vorstand die Weisung erfolgt, in den Ausstand zu treten, sofort die Arbeit niederzuliegen. Bei Unternehmern, die mehrere Bauten haben und nur auf einigen Bauten aussperrt, ist auf allen Arbeitsplätzen die Arbeit sofort niederzuliegen. — In Anbetracht der großen Aussperrung fällt die im Streikreglement vorgesehene Mängelunterstützung vom 18. Mai ab fort. — Die Kollegen, die im Lohngebiet arbeiten, jedoch außerhalb wohnen, haben das Streikgebiet zu verlassen, und nicht eher zurückzukehren, bis die Bewegung beendet ist. Das haben auch die unverheirateten Kollegen zu beachten.

Nach reger Diskussion wurde die Resolution angenommen.

#### Deutsches Reich.

Der Bauhandwerkerstreik, so berichtet man uns aus Halle a. S., dauert ununterbrochen fort, da die Unterhandlungen zwischen den Unternehmern und Arbeitern vorläufig gescheitert sind. Die Arbeiten am Volkshausbau werden aber nach einem am Mittwochabend gehaltenen Versammlungsbeschlusse aufgenommen. — Die Maurer, Zimmerer und Bauhilfsarbeiter (2000 Personen) führen den Kampf gemeinsam. Alle angebotenen Unterhandlungen, um auf friedlichem Wege die Lohnbewegung aller drei Berufe zu regeln, sind an der Parteilichkeit der Unternehmer gescheitert. —

Die Bauarbeiterschaft fordert die neunstündige Arbeitszeit und 90 Pf. Stundenlohn. — Die Arbeiter fordern ferner Streikbrecheragenten aus, um Arbeitswillige zu werben. Bei dem Antreffen solcher Agenten ist eine schnelle Benachrichtigung von großem Nutzen. Des weiteren erucht die Streikkommission um Mitteilung, wenn Leute untergebracht werden können. Sollten in der Zeitung Leute nach Halle gesucht werden, dann muß sofort eine Aufforderung losgelassen werden. Die Adressen der Streikleitung sind: A. A. Karl Dege, Harz 51, für den Verband der Maurer; Reinhold Brünner, Weißstraße 5, für den Verband der Zimmerer; Emil Babes, gr. Berlin (Englischer Hof), für den Verband der Bauarbeiter.

Ueber angeblich grobe Ausschreitungen der Königsberger ausgesperrten Hafenarbeiter gegen Arbeitswillige weiß die Neuedresser Schauerzeitung zu berichten. Es heißt, daß 60—80 Ausgesperrte auf einige Arbeitswillige in der brutalsten Weise eingeworfen hätten. Tatsache ist, daß einige dieser nützlichen Elemente Prügel bekommen haben, was entschieden zu mißbilligen, aber zu verstehen ist. Die Arbeitswilligen wurden über die wahren Zustände im Hafen aufgeklärt, aber trotzdem arbeitete ein Teil weiter und schädigte in ungemein schwerer Weise die Ausgesperrten. Diese haben eben kein Mißbilligen und können sehr wohl in Erregung geraten, wenn sie sehen, wie diese Leute sich dazu hergeben, ihre Organisation zu vernichten. Aber die Hauptschuld an diesen bedauerlichen Vorgängen tragen die freisinnigen Handelsherren, die den Streit vom Haune gebrochen und die Aussperrung vorgenommen haben. Sie haben schon den Tod zweier fremder Arbeiter auf dem Gewissen — beide fielen beim Arbeitswilligen-dienst in den Pregel und ertranken —; ihnen ist auch jetzt die Schuld an den Ausschreitungen zuzuschreiben. Die Polizei hat einige Ausgesperrte verhaftet, die aber befreiten, an den Schlägereien beteiligt gewesen zu sein. Einen Arbeiter hat man schon freilassen müssen. Auffällig ist es, daß auch ein Arbeitswilliger festgenommen worden ist. Bei demselben hat man einen geladenen Revolver (11) und einen gefüllten Dolch (11) gefunden. Also so ganz schuldlos können diese Leute nicht sein. Bemerkenswert ist es, daß man sie mit diesen scharfen Waffen ausgerüstet hat. Die bürgerliche Presse faßt schon von einem Landfriedensbruch; sie möchte gern die beteiligten Arbeiter ins Zuchthaus bringen. Wie sie weiter meldet, sind schon 50 neue Sklaven angekommen und 100 weitere werden folgen. Die Reeder erklären, an ein Nachgeben gar nicht zu denken. Sie wollen den Krieg bis zum bitteren Ende. Das Gewerbegericht ist schon vor 1½ Wochen von den Ausgesperrten als Einigungsamt angerufen worden, doch bisher ist von irgendwelchem Vorgehen des Vorsitzenden des Gewerbegerichts nichts bekannt geworden! Mehrere Arbeitgeber sind Stadträte. Ob auch das Gewerbegericht in ihren Machtbereich gehört, wird die allernächste Zeit lehren.

#### Arbeitswilligenflucht.

Ein Teil der englischen Arbeitswilligen der Firma Seidel u. Raumann, auf die sie und die deutschen Schaufmacher sich soviel zugute taten, sind Dienstagabend über Hamburg nach England zurückgekehrt. Nach ihren Angaben hat die Firma die ihnen bei ihrem Engagement gemachten Versprechungen nicht eingehalten. Sie hätten im Afford arbeiten müssen und wenig verdient. Es ist sicher anzunehmen, daß der noch übrige Teil bald den Landseuten folgen wird. Damit sind die großen Hoffnungen, die die Firma gerade auf diese Arbeitswilligen gesetzt, schmachlich ins Wasser gefallen. Und auch die deutschen Kapitalisten, die auf einen Arbeitswilligenstrom aus England zur Niederwerfung der deutschen organisierten Arbeiter hofften, sind um eine Enttäufung reicher.

#### Streik auf den Rheindampfern.

Am 16. Mai. (Privattelegramm des „Vorwärts“). Die Maschinenisten und Heizer der Düsseldorf-Duisburger Schiffsahrtsgesellschaft sind in den Ausstand getreten. Sie bitten um Fernhaltung des Zuges. Die Preussisch-Rheinische Gesellschaft hat die Forderungen des Maschinenpersonals bewilligt.

In den Siemens-Schuckertwerken zu Nürnberg herrscht dumpfe Gärung. Das große Unternehmen ist seit einem vollen Jahre ohne Arbeiterausfluß. Als im vorigen Jahre die Mehrzahl der Arbeiter den 1. Mai durch Arbeitsruhe bezeugen, wurden sie von der Direktion einen Tag ausgesperrt und ihrer sogenannten „alten Rechte“ beraubt. Die Christlichen und Strich-Dunderianer benötigten diese Gelegenheit, um im Trüben zu fischen und durch Geheeren, Zutragereien usw. Mitglieder für ihre Organisationen zu angeln, allerdings ohne Erfolg. Die fortgesetzten Geheeren veranlaßten jedoch den Arbeiterausfluß, sein Amt niederzuliegen; ein neuer Ausschuss wurde nicht wieder gewählt, da die Mehrzahl der Arbeiter mit den „alten Rechten“ auch das Wahlrecht zum Arbeiterausfluß verloren hatten. Das Fehlen einer Instanz, durch die die Arbeiter mit der Direktion in Verbindung treten konnten, hatte zur Folge, daß ein beispielloses Willkürregiment eintrug und die vor zwei Jahren infolge einer Bewegung getroffenen Vereinbarungen von den Beamten einfach über den Haufen geworfen wurden; es heißt jetzt, die Vereinbarungen hätten keine Gültigkeit mehr, weil kein Arbeiterausfluß mehr bestünde. Den Organisationszerplitterern — Christlichen und Strichlichen — gefällt dieser Zustand, weil sie meinen, dabei an die Oberfläche kommen zu können. Die Gärung hat jetzt einen solchen Grad erreicht, daß die Arbeiter sich aufrufen, Wahrgeln zur Gegenwehr zu ergreifen. Zunächst wurden die Mitglieder in einer von über 2000 Personen besuchten Versammlung eingehend besprochen und eine Kommission ernannt, die mit der Direktion behufs Schaffung einer Beschwerdestanz zu verhandeln hat.

#### Aus dem lothringischen Arbeiterlabor.

In dem Ort Nieder-Neub bei Diedenhöfen traten die Brauereiarbeiter der Nicolausbrauerei in eine Lohnbewegung ein. Am 1. Mai leitete der Bezirksleiter des Brauereiarbeiterverbandes den Tarifvertragsagenten ein, mit dem Wunsche, ihm bis 6. Mai Antwort zu lassen. Die erste Antwort der Brauereileitung war die, daß sie am 6. Mai morgens 4 Brauer, darunter einen Italiener, entließ, mit dem ausdrücklichen Hinweis auf ihre Zugehörigkeit zur Organisation. Die zweite Antwort war ein Schreiben an den Bezirksleiter, daß die Direktion das Drogenverbot unterjage, sie habe jetzt für das Wohl ihrer Leute weitgehendst gesorgt und das Personal wisse zur Genüge, daß es, wenn es benötigte Wünsche äußere, bei „uns“ stets ein geneigtes Ohr finde. Ein weiterer Versuch des Bezirksleiters, zu verhandeln, scheiterte ebenfalls. Jetzt begann die Gendarmerie eine rege Tätigkeit. Der Vorsitzende der Zählstelle Meh. Galbitter wurde verhaftet, weil er Arbeiter zu einer Versammlung eingeladen hatte, deren Abhaltung die Gendarmerie dem betreffenden Gastwirt verboten hatte. Auf Beschwerde bei der Kreisdirektion wurde der Verhaftete allerdings bald wieder freigelassen und die Versammlung konnte auch stattfinden. Zu den 4 Entlassenen waren mittlerweile 16 Streikende gekommen und in der Versammlung stimmten weitere 12 Bierfahrer für den Ausstand. Am Morgen nach der Versammlung kamen 5 Bauern mit je 2 Pferden getritten, um die Hausreiter zu spielen; die Gendarmerie stand Doppelposten und erklärte den Bierfahrern, die aufhören wollten: „Wer nicht arbeiten will, hat sofort die Brauerei zu verlassen, sonst wird er eingekerkert.“ Am gleichen Tage abends wurde ein Italiener verhaftet und seine Ausweisung verfügt. Die übrigen Italiener ließen sich einschüchtern und von den 12 Bierfahrern traten nur 3 in den Ausstand. Die Arbeitswilligen erhalten vorläufig 10 M. monatlich mehr Lohn. Andere Arbeiter, die ein Streikbrecheragent vermittelt hatte, verlangten einen Monatslohn von 120 M. Als sie diesen nicht erhielten, verließen sie das Labor, nachdem sie mehrere Liter vergiftet hatten. Fort-

während wird in Bolkshingen über Roßbibergehen geklagt, die sich an der Grenze ereignen. Wenn aber die „Hüter der Ordnung“ im Interesse der Unternehmer bei jeder Bagatelle im Arbeitsverhältnis Verwendung finden müssen, können sie sich dem im Interesse der Ordnung wichtigeren Sicherheitsdienst natürlich nicht widmen.

Bergarbeiterbewegung in Esch-Lothringen. Auf den Dettlinger Erzgruben sind infolge Differenzen wegen des neuen Knappschäftsstatuts 1000 Bergleute in den Ausstand getreten.

#### Ausland.

1500 Hafenarbeiter sind in Rouen in den Ausstand getreten. Sie fordern Lohnerhöhung.

#### Was bei uns unmöglich wäre!

Die Gewerkschaft der englischen Postbeamten hat ihren 18. Jahresbericht veröffentlicht. Nach diesem ist die Mitgliederzahl im letzten Jahre um über 1000 Mitglieder gestiegen. Die Zahl beträgt jetzt 33 183 gegen 32 051. Die Gewerkschaft hat 60 neue Filialen errichtet und 22 alte reorganisiert. Bemerkenswert ist, daß die „Postmen federation“ jetzt offiziell vom Generalpostmeister anerkannt wurde.

#### In den Roudminen

ereigneten sich gestern erste Aufstürzungen aus Anlaß der Ankunft von Streikbrechern aus Pratoria. Die Menge verfolgte mit Steinwürfen einen Trupp der Arbeitswilligen, der im Begriff war, nach der Mine zu gehen, und griff die Quartiere der Minenarbeiter an, die bei der Arbeit verblieben waren. Bei einer anderen Mine nahmen die Minenarbeiter den Kampf auf und verfolgten die Angreifer. Noch auf einer anderen Mine bewarfen die Ausständigen die Streikbrecher mit Steinen. Die Minengesellschaft erklärt, daß ein allgemeiner Ausstand drohe.

#### Sieben Personen durch die Feuerwehr gerettet.

Ein gefährlicher Brand, bei dem eine ganze Familie in Lebensgefahr schwebte, kam gestern abend bald nach 8 Uhr in der Annenstraße 14 aus. Im ersten Stock des Vorderhauses befindet sich dort die Schirmfabrik von Löwenstein, deren Lagerräume nach dem Hofe hin liegen. Hier war auf noch nicht ermittelte Weise das Feuer ausgekommen, das sich mit unheimlicher Schnelligkeit ausbreitete. Als der 20. Wöschzug von der Fischerbrücke eintraf, schlugen große Stichflammen durch die Fenster und ein erstickender Qualm hüllte den ganzen Hof ein. Noch ehe die erste Schlauchleitung vorgekommen war, gellten aus dem dritten Stock laute Hilferufe. Der dort wohnenden Familie des Schneiders Pausch war durch die Verqualmung des Treppenhauses der Ausgang abgeschnitten worden. Brandmeister Gempy gab sofort die Meldung: „Menschenleben in Gefahr!“ und ließ schleunigst eine mechanische Leiter auf dem Hofe errichten. Sappeure drangen unter Benutzung von Rauchschutzhelmen über die Treppen hinweg vor, vertrieben aber der bedrängten Familie keine Hülfe zu bringen. Ueber die Leiter hinweg wurden nach und nach fünf Kinder im Alter von 3 bis 14 Jahren und auch das Elternpaar herabgeholt. Die Kinder hatten schon fast Rauch eingeatmet, erholten sich aber an der frischen Luft wieder. Die Schirmfabrik brannte vollständig aus und ist der entstandene Schaden ganz erheblich. Die Bewohner des ersten und zweiten Stocks waren während des Brandes zufällig nicht in ihren Wohnungen.

#### Letzte Nachrichten und Depeschen.

##### „Frühlings Erwachen“ in Breslau.

Breslau, 16. Mai. (Privatdepesche des „Vorwärts“). Dem Ensemble des Berliner Deutschen Theaters, das hier Gastspiele gibt, wurde die Aufführung von Wedekinds „Frühlings Erwachen“ verboten.

##### Wieder ein Eisenbahnunglück.

München, 16. Mai. (B. L. Z.). Im Hauptbahnhof Ingolstadt ließ heute mittag eine Lokomotive mit einem von München kommenden Personenzug zusammen. Ein Heizer aus Ingolstadt und zwei Münchener Damen wurden schwer und zehn Personen leicht verletzt.

##### Durch Gesteinsmassen verächtet.

Kryn, 16. Mai. (B. L. Z.). Durch herabfallendes Gestein wurden am Heuberg-Tunnel 3 Arbeiter verächtet. Einer war sofort tot, die zwei anderen sind schwer verletzt.

##### Maleraussperrung.

Strasbourg i. E., 16. Mai. (B. L. Z.). Die Malerinnung sperrte heute die organisierten Malergesellen aus.

##### Die politische Lage in Portugal.

Lissabon, 16. Mai. (Meldung der Agence Havas). Die Minister haben beschlossen, den Wortlaut der Diktaturdekrete, die sie erlassen wollen, selbst denjenigen von nicht politischem, sondern rein administrativem Charakter, vor ihrer Unterzeichnung zu veröffentlichen, damit die öffentliche Meinung dazu Stellung nehmen könne. In den offiziellen Organen wird betont, die Regierung unternehme es, das parlamentarische Regime wiederherzustellen nicht als ein Feld der Repräsentation und des Hinterhaltens der Parteien, sondern als eine Versammlung, die die großen Interessen der Nation vertritt. Alle politischen Gruppen sind einig in ihrer Stellungnahme gegen das Ministerium.

##### Eine Bombenfabrik.

Stockholm, 16. Mai. (B. L. Z.). Das Svenska Telegrafbyran meldet aus Helsingfors: Bei dem in der Nähe der russischen Grenze gelegenen Orte Kuopala entdeckte die Polizei eine Bombenfabrik mit zahlreichen Bomben, zwölf Aligrammen Dynamit und einer Menge Bombenmaterial. Die Polizei verhaftete elf Russen, von denen sechs Studenten sind. Die Verhafteten, welche alle bewaffnet waren, wurden nach Wiborg gebracht.

##### Terroristische Akte.

Warschau, 16. Mai. (B. L. Z.). Auf der Lokalbahnstation Kamionek, wo sich ein Veterinärinstitut befindet, gaben Terroristen gegen die Passagiere eines Zuges Messererschüsse ab. Etwa 10 Personen, darunter mehrere Studenten, wurden schwer verwundet — es heißt, daß durch die Tat die Schließung des Instituts erreicht werden sollte.

##### Polizeikämpfe.

Zelaterinsk, 16. Mai. (B. L. Z.). Gestern abend kam es zwischen der Polizei und Anarchisten, die sich in einem Hause verbarricadiert hatten, zu einem heftigen Ringelkampf, wobei zwei Polizisten getötet und ein Wachtmeister verwundet wurden. Heute früh begann der Kampf von neuem. Als es den Stürmenden gelang, in das Haus einzudringen, fanden sie auf dem Boden die Leiche eines Unbekannten, der besonders heftig gefeuert hatte, die Schläge von einer Kugel durchbohrt.

Um den Arbeitsnachweis im Berliner Bäckergewerbe

Es seit längerer Zeit ein heftiger Krieg zwischen den Gesellen und den beiden Berliner Bäckereinnungen entbrannt. Daß das Kommissionsarbeitsnachweis, welches leider bei der Arbeitsvermittlung noch eine so große Rolle spielt, ein arger Mißstand ist, darüber sind sich Meister und Gesellen einig.

Die Gesellen fordern, um dieses Ziel zu erreichen, unserer Ansicht nach mit Recht, die Errichtung eines paritätischen Arbeitsnachweises, in dessen Verwaltung Gesellen und Meister in gleicher Anzahl vertreten sind, während der Vorsitz einem Unparteiischen, der weder Arbeitgeber noch Arbeitnehmer sein darf, übertragen werden soll.

Diese Streiffrage führte in der am Dienstag abgehaltenen außerordentlichen Versammlung der Bäckereinnung „Germania“ wieder zu heftigen Redekämpfen zwischen Innungsmitgliedern und dem Gesellenausschuß. Die beiden Berliner Innungen „Germania“ und „Konfordia“ sowie die Bäckereinnungen der Berliner Vororte beschließen, einen gemeinschaftlichen Zentralarbeitsnachweis und eine Herberge zu errichten.

Der Referent, Altmeister Müller, gab eine kurze Begründung des Antrages des Innungsvorstandes und erklärte, daß die Innungsmeister auf keinen Fall der Forderung der Gesellen auf Errichtung eines paritätischen Arbeitsnachweises mit einem Vorsitzenden, der nicht Innungsmeister sei, zustimmen könnten.

Der Altgeselle als Vorsitzender des Gesellenausschusses entgegnete hierauf, daß der auf der Tagesordnung stehende Antrag des Innungsvorstandes gar nicht zur Beschlußfassung kommen dürfte. Der Innungsvorstand habe es unterlassen, zu seiner Sitzung, in der beschlossen wurde, der Innungsversammlung die Annahme des Antrages auf Streichung des § 37 und Abänderung des § 48 des Innungsstatuts zu empfehlen, einen Vertreter des Gesellenausschusses einzuladen.

Diese Erklärung rief den lautesten Unwillen der Innungsversammlung hervor. Es kam zu heftigen Angriffen gegen den Vorstand der Gesellen und den, übrigens nicht anwesenden Leiter der hiesigen Verbandstiliale Gehschold.

Die Mitglieder des Gesellenausschusses blieben die Antwort hierauf nicht schuldig. Sie hoben unter anderem hervor, daß der jetzige Arbeitsnachweis der Innung für diese eine Einnahmequelle geworden sei. Durch die für die Arbeitsvermittlung von den arbeitssuchenden Gesellen zu zahlende Gebühr sei der Innung in einem Jahre eine Reinertragssumme von circa 200 R. erwachsen, d. h. die Innung habe 200 R. mehr eingenommen, als sie für den Arbeitsnachweis verausgabt habe.

Als ein Mitglied des Gesellenausschusses gegen den Altmeister Müller polemisierte und diesen einfach Herr Müller nannte, schrie ihm ein Innungsmeister wütend zu: „Hier gibt es für Sie keinen Herrn Müller, sondern nur einen Herrn „Altmeister“ Müller!“

Nach Schluß der Debatte wurde der Antrag des Innungsvorstandes angenommen. Der Gesellenausschuß verzweigte aber seine Zustimmung zu diesem Antrage, der wohl nächstens noch die Aufsichtsbehörde beschäftigen dürfte.

Ein Erpressungsprozeß gegen Gewerkschaftsmitglieder.

Als die Arbeiter des Kabelwerkes Oberpreß im vorigen Jahre wegen der Waiseier längere Zeit ausgesperrt waren, beschloß die Köpenerdahlstelle des Zentralverbandes der Maschinisten und Heizer, daß jedes Mitglied, welches für die Arbeitsruhe am 1. Mai gestimmt, trotzdem aber gearbeitet hat, einen Tagesverdienst zur Unterstützung der Aussperrten zu zahlen hat und daß jeder, der sich weigert, diese Zahlung zu leisten, aus dem Verbandsausgeschloffen wird.

Angellagt waren der Vorsitzende der Zahlstelle Köpener, Maschinist Koaf, dessen Name unter dem Briefe stand, sowie der Arbeiter Schönrat und der Maschinist Kato, welche die zu versendenden Briefe abgeschrieben hatten.

Die Anklage stützt sich auf die bekannte wunderliche juristische Konstruktion: die Ankündigung des eventuellen Ausschlusses aus dem Verbandsausgeschloffen, nämlich der Tagesverdienst der so Bedrohten, zugewendet werden soll. — Koaf gab an, er habe zwar die Versammlung geleitet, welche den betreffenden Beschluß faßte, an der

Abfassung und Abendung des Briefes sei er nicht beteiligt, das habe die Streifleitung gemacht, auch sei sein Name ohne sein Wissen und Willen unter den Brief gesetzt worden. Diese Angabe konnte auch durch die Beweisnahme nicht widerlegt werden. Gegen die beiden anderen Angeklagten lag nichts weiter vor, als daß sie die Briefe nach einem ihnen vorgelegten Entwurf abgeschrieben und adressiert haben.

Der Staatsanwalt beantragte gegen Koaf 8 Wochen, gegen jeden der beiden anderen Angeklagten 6 Wochen Gefängnis!

Der Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Herzfeld trat diesem Antrage in einer äußerst lebendigen Rede entgegen. Er sagte, so leicht, wie es sich der Staatsanwalt mache, sei es denn doch nicht, unbescholtene Leute wegen Erpressung ins Gefängnis zu bringen. Die Beweisnahme habe gar keine Unterlage dafür gegeben, daß sich die Angeklagten einer Erpressung schuldig gemacht haben. Die einzige Unterlage der Anklage bilde ein bei den Akten befindlicher Brief. Es sei aber nicht erwiesen, ob der hier vernommene Zeuge, gegen den die Erpressung begangen sein soll, einen ebenso lautenden Brief erhalten habe. Ebenfalls sei festgestellt, daß Koaf den Brief unterschrieben oder sich sonst an demselben beteiligt habe. Ohne jede objektive Unterlage komme der Staatsanwalt zu seinem Antrage auf 8 Wochen Gefängnis. Selbst wenn erwiesen wäre, was der Staatsanwalt ohne Grund als erwiesen annimmt, so könne doch nicht von einer Drohung die Rede sein. Der Brief sei nichts, als eine einfache Mitteilung des Versammlungsbeschlusses an diejenigen, welche der Beschluß angeht. Eine Drohung liege nur dann vor, wenn der Drohende die Macht hat, die Drohung auszuführen. Das sei aber hier nicht der Fall. Denn keiner der Angeklagten könne ein Verbandsmitglied ausschließen. Das sei nach dem Statut nur durch einen Beschluß der Zahlstellenversammlung möglich. Ebenfalls könne von einem rechtswidrigen Vermögensvorteil die Rede sein. Selbst wenn man annehmen wollte, was nicht erwiesen sei, daß die Angeklagten an der Abfassung des Briefes beteiligt wären, so liege doch kein Grund vor, ehrenhafte Arbeiter, welche eine Pflicht der Solidarität erfüllten, indem sie für die Unterstützung der Aussperrten sorgten, als ehrlose Erpresser ins Gefängnis zu schicken. Da der Anklage jede objektive Grundlage fehle, müsse auf Freisprechung erkannt werden.

Das Gericht kam zu der Ansicht, daß der Brief eine Drohung enthalte, daß er mit Wissen des Angeklagten Koaf verfaßt und von den anderen Angeklagten abgeschrieben sei. Ob die Zahlstellenversammlung berechtigt war, einen solchen Beschluß, wie in dem Briefe angegeben, zu fassen, das möge dahingestellt bleiben. Die Angeklagten waren überzeugt, daß sie zu ihrer Handlungsweise berechtigt seien. Es fehlte ihnen das Bewußtsein, widerrechtlich zu handeln, sie konnten deshalb nicht verurteilt werden. Alle drei Angeklagten sind freigesprochen.

Eine Grenze hat Tyrannenmacht.

Bekanntlich suchen die organisierten Berliner Metallindustriellen ihre tyrannische Herrschaft über die Arbeiter durch das System der schwarzen Listen zu führen. Hat sich ein Arbeiter bei einem Mitgliede des Unternehmerverbandes „mihliebig“ gemacht, so genügt eine Mitteilung an den Arbeitsnachweis und der so gekennzeichnete Arbeiter wird auf die schwarze Liste gesetzt. Das bedeutet, der Arbeitsnachweis gibt dem Arbeiter keinen Schein mehr. Ohne Schein aber wird er in keinem zum Verbandsgehörenden Betriebe eingestellt, und da auch die nicht zum Verbandsgehörenden Unternehmer sich in dieser Hinsicht nach den Bestimmungen des Verbandes zu richten pflegen, so ist den auf die schwarze Liste gesetzten Arbeitern die Möglichkeit des Erwerbes völlig abgeschnitten. In dieses verwerfliche System der Ausgrenzung „mihliebiger“ Arbeiter ist vor einigen Jahren Breßle gelegt worden durch ein von gewerkschaftlicher Seite erstrittenes Reichsgerichtsurteil, welches die Berliner Firma Köhling u. Thomas verurteilte, dem Arbeiter Steinland, der auf ihre Veranlassung durch das System der schwarzen Listen brotlos gemacht war, Schadenersatz zu leisten. Derartige Urteile sind seitdem öfter gefällt worden.

Am 28. Februar 1906 teilten wir mit, daß die dritte Zivilkammer des Landgerichts I die Firma Otto Herberg u. Co. verurteilt hatte, dem Gürtler L., den sie auf die schwarze Liste der Vereinigung Berliner Metallwarenfabrikanten (Dresdenerstraße) hatte setzen lassen, Schadenersatz zu leisten. Das Gericht erblinde in der dauernden Verhinderung des Arbeiters einen Verstoß gegen die guten Sitten im Sinne des § 226 des Bürgerlichen Gesetzbuchs.

Derselbe Gürtler L., der damals das obliegende Urteil gegen Herberg u. Co. erstritt, hat dann unter dem Vorstande des Rechtsanwalts Roth eine Klage gegen die Vereinigung Berliner Metallwarenfabrikanten gerichtet, damit er von der schwarzen Liste gestrichen werde. Der Kläger beantragte, die Vereinigung Berliner Metallwarenfabrikanten zu verurteilen, die über ihn für die Benutzung des Arbeitsnachweises verhängte Sperre wieder aufzuheben und ihm weiterhin auf sein jedesmaliges Verlangen den vorgeschriebenen Handschein abgestempelt auszuhandigen. — Die Zivilkammer 12a des Landgerichts I hat dem Antrage des Klägers stattgegeben und die Vereinigung Berliner Metallwarenfabrikanten zur Aufhebung der Sperre verurteilt. Der entscheidende Passus in den schriftlichen Urteilsgründen lautet:

Jedenfalls war die Beschlusse im vorliegenden Falle nicht berechtigt, dem Kläger den Arbeitsnachweisschein vorzuenthalten. Nach dem Zeugnis des Kaufmanns Otto Herberg war der Grund der Entlassung lediglich der, daß der Kläger seinem Versprechen zuwider gleich am Tage nach Antritt der Arbeit für den Metallarbeiterverband während der Arbeitszeit agitierte und insbesondere mit Anmeldeformularen herumging. In dieser Tatsache ist eine so schwere Verfehlung, die die Beschlusse zu einer Aussperrung, wie der von ihr veranlaßten, berechtigt hätte, nicht zu sehen.

Das Gericht hält nicht jede Nachregelung durch schwarze Listen für einen Verstoß gegen die guten Sitten, sondern es findet einen Verstoß gegen § 226 B. G. B. nur unter gewissen Voraussetzungen für gegeben. Immerhin ist es beachtenswert, daß in dem besprochenen Urteil ausdrücklich gesagt wird, die Agitation für eine Gewerkschaft während der Arbeitszeit sei kein Grund zur Aussperrung des Arbeiters.

Dieselbe Zivilkammer hat auch in einem anderen Falle, wo es sich um die Aussperrung eines Gürtlers durch den Arbeitsnachweis der Metallwarenfabrikanten handelt, ein Urteil zugunsten des gemäßigten Arbeiters gefällt. Der Tatbestand ist folgender: Der Gürtler S. arbeitete als Lehrling beim Fabrikanten Koppin. Er wurde nach vor Beendigung seiner Lehrzeit entlassen, weil er während eines Streiks mit den Streikenden verkehrte, obgleich ihm der Fabrikant dies verboten hatte. S. hat nach seiner Entlassung einige Wochen bei Firmen gearbeitet, die der Vereinigung nicht angehören. Er ist dann von einer solchen Firma entlassen worden mit der Begründung, auf Veranlassung Koppins sei der Arbeitsnachweis für ihn gesperrt, er könne deshalb bei der Firma nicht mehr beschäftigt werden. S. ging nun nach Hamburg, er fand dort Arbeit, wurde aber bald wieder arbeitslos und aina nach

Berlin zurück. Generalsekretär Raffe von der Vereinigung der Metallwarenfabrikanten verweigerte S. den Arbeitschein unter Berufung auf die immer noch bestehende Sperre. Wieder arbeitete S. bei einer der Vereinigung nicht angehörenden Firma. Wieder wurde er arbeitslos und wieder verfuhr er, vom Arbeitsnachweis den Schein zu bekommen. Generalsekretär Raffe gab S. den Bescheid, er könne einen Schein als Gürtler nicht bekommen, weil er seine Lehrzeit nicht beendet habe. Als S. nun um einen Schein als „Arbeiter“ nachsuchte, erhielt er den Bescheid, er könne einen Schein bekommen, falls er seinen Lehrherrn Koppin wegen seines ungebührlichen Betragens noch nachträglich um Entschuldigung bitte. Nunmehr klagte S. gegen die Vereinigung der Metallwarenfabrikanten und deren Generalsekretär Raffe auf Aufhebung der Sperre und Schadenersatz. Das Gericht erklärte den ersten Teil der Klage für erledigt, weil dem Kläger ja die Erteilung des Arbeitscheins zugesichert sei unter der Bedingung, daß er sich entschuldige. Den Schadenersatzanspruch des Klägers erkannte das Gericht als berechtigt an. Auch in diesem Falle führt das Gericht in den Entscheidungsgründen aus, eine Aussperrung sei nicht unter allen Umständen unzulässig. Um zu beurteilen, ob eine Aussperrung gegen die guten Sitten verstoße, sei gegeneinander abzuwägen, inwieweit die Arbeitsmöglichkeit dadurch beschränkt werde und ob nicht eine Verletzung der Interessen der Arbeitgeber vorliege, welche die Beschränkung der Arbeitsmöglichkeit nicht als unbillig erscheinen lasse. Auf Grund eingehender Beweisüberhebung kommt das Gericht zu der Ansicht, daß die Aussperrung einen recht einschneidenden Einfluß auf die Erwerbsmöglichkeit des Klägers ausübt und ihn empfindlich schädigen muß, zumal auch außerhalb der Vereinigung stehende Firmen die Beschlusse derselben zu berücksichtigen pflegen. Die von dem Kläger angeblich begangene Verfehlung erscheint zu gering, um diese einschneidende Maßregel zu rechtfertigen.

Den Rühmehännern, welche durch ihr Nachregelungsbureau die Hungerpeitsche über „mihliebige“ Arbeiter schwingen, sind ja durch diese und ähnliche Gerichtsurteile einige Einschränkungen auferlegt. Die Herren werden sich aber durch Gerichtsurteile in der Ausübung ihrer tyrannischen Herrschaft über die Arbeiter nicht hindern lassen wollen und deshalb vermuthlich einen Weg suchen, auf dem sie ihre Verhöhnung gegen die guten Sitten fortsetzen können, ohne daß man sie dafür haftbar machen kann. Die Arbeiter müssen deshalb nach wie vor auf der Hut sein. Wer aber Schadenersatzansprüche gegen die Rühmehänner geltend machen kann, der soll es tun. Denn eine Strafe am Geldbeutel ist immer noch am geeignetsten, auf jene Leute einzuwirken.

Aus Industrie und Handel.

Rosarat — pichschwarz.

Das Prophezeien ist ein schlechtes Geschäft. Besonders den wirtschaftlichen Wettermachern paßte es leicht, daß die Sonne unversämlich freundlich scheint, wenn sie eigentlich hinter trüben Wolken versteckt sein müßte, und befruchtender Regen fällt, obwohl verzehrende Dürre angefangen ist. Es kommt bei dem Indiezukunftschauen, das meist die Gegenwartswirklichkeit sogar übersteift, eben sehr darauf an, ob der Prophet sich hat eine Haufe- oder eine Waifebrille aufsetzen lassen. Auch der Vorurteilslose haut leicht daneben bei Wertung von Einzelerscheinungen und der Summe einer Reihe von Imponderabilien. Das Urteil schwankt, das ist erklärlich. Liegt man z. B. den letzten Tatsachenbericht der Zeitschrift „Stahl und Eisen“ vom Roheisenmarkt, dann kann man leicht zu einer sehr optimistischen Ansicht über die Wirtschaftslage kommen, während ein gleichzeitig erschienener Tatsachenbericht der „Köln. Volksztg.“ aus der Weiterverarbeitung der gegenteiligen Meinung veranlassen muß. Wir setzen die beiden Berichte hierher:

„Zeitschrift Stahl und Eisen“ am 15. Mai 1907. „Köln. Volkszeitung“ am 16. Mai 1907.

Die Lage des Roheisengeschäftes. Am Eisenmarkt ist ein Nachlassen der Aufträge zu konstatieren. Der Absatz ist schwach. Die Witten der Werke um Spezifikationen mehrten sich. Dabei wird auf die letzten Höchstpreise schon lange nicht mehr gesehen. Als Hauptsache wird das Herankommen neuer Arbeitsmengen betrachtet. Besonders unerfreulich liegt der Eisenmarkt; die Order-eingänge beim Stahlwerksverband machen in der ersten Maihälfte kaum 20 Proz. der bisher gewohnten Weagen aus. Auf dem Hochmarkt ist gleichfalls eine Abschwächung eingetreten. Die Kesselblechvereinigung kann sogar den vereinbarten Satz von 165 R. nicht mehr festhalten. Die Mitglieder des Walzdrahtverbandes klagen über das Zusammen-schmelzen des Auftragsbestandes. Nicht gut ist die Beschäftigung im Eisenhammermaterial. Infolge des Rückganges im Tragergeschäft haben sich die Walzwerke auf die Produktion von Stabeisen gestürzt, was Preisunterbietungen in diesem Artikel zur Folge hat.

Das beide Organe gute Beziehungen zu industriellen Kreisen unterhalten, ist bekannt. Wenn der Beschäftigungsgrad in der Weiterverarbeitung nachläßt, dann ist es mit der Konjunktur vorbei. Vielleicht fehlt bei den Mittellagen der zitierten Zeitschrift der Vermerk, daß es sich vornehmlich um Auslandskäufer handelt.

Rheinisch-Westfälisches Kohlenyndikat. Die Summe des gesamten Abfahres der Syndikatsmitglieder beträgt im März 6 679 876 Tonnen, im April 6 406 052 Tonnen, gegen Februar 1907 6 828 828 Tonnen, gleich 0,86 Proz. Die Förderung stellte sich insgesamt auf 6 682 456 Tonnen im März, 6 831 622 Tonnen im April. Die im arbeitsmäßigen Durchschnitt erreichte Förderung stellte sich im Monat März auf 267 268 Tonnen und hat damit die bisherige Höchstleistung im Monat Februar noch um 2297 Tonnen überholt. Im Monat April machte sich eine kleine Abschwächung bemerkbar, indem die arbeitsmäßige Förderung auf 262 451 Tonnen zurückging. Die durchschnittliche Förderungsleistung hat in den ersten vier Monaten des laufenden Jahres arbeitsmäßig 262 915 Tonnen betragen und die in dem gleichen Zeitraum des Vorjahres um 5243 Tonnen gleich 2,03 Proz. überschritten. Der rechnungsmäßige Absatz belief sich im März auf arbeitsmäßig 224 540 Tonnen gleich 87,88 Proz., im April auf 226 615 Tonnen gleich 89,06 Proz., in den ersten vier Monaten 1907 auf 222 094 Tonnen gleich 87,27 Proz. der Beteiligung, was gegen den gleichen Zeitabschnitt des Vorjahres eine Steigerung von 1475 Tonnen gleich 0,87 Prozent ausmacht. Der Weilerwerd hat gleichfalls eine günstige Entwicklung genommen. Die Zunahme stellt sich in den ersten vier Monaten des laufenden Jahres im arbeitsmäßigen Durchschnitt im Gesamtverband auf 422 Tonnen gleich 5,4 Prozent. Der Holzverband weist durchweg eine erhebliche Steigerung auf. Die im arbeitsmäßigen Durchschnitt im laufenden Jahre gegen

Das Vorjahr erreichte Zunahme betrug im Gesamtverband im März 8077 Tonnen gleich 8,07 Prozent, im April 6822 Tonnen gleich 14,45 Proz., in den ersten vier Monaten 3401 Tonnen gleich 8,94 Prozent. Die in den ersten vier Monaten des laufenden Jahres arbeitsfähig mehr verarbeitete Menge von 2637 Tonnen Koks hat eine Kohlenmenge von 8400 Tonnen erfordert, welche dem Kohlenverband entzogen worden ist. — Die Umlage für Koks wurde auf 7 Proz., für Koks auf 4 Proz. und für Weiketts ebenfalls auf 4 Proz. festgelegt.

Die Automobilindustrie in verschiedenen Ländern wird durch eine Zusammenstellung veranschaulicht, worin Angaben über die Herstellung von Automobilen für den Zeitraum von 1898—1906 gemacht werden. In den Listen sind Frankreich, England, Deutschland, Belgien, Russland, Italien und die Vereinigten Staaten berücksichtigt. In jedem dieser Länder hat dieser Zweig der Industrie beachtliche Fortschritte gemacht, doch lassen sich noch erhebliche Unterschiede erkennen, und namentlich geht aus der Tabelle hervor, daß Frankreich seine führende Stellung gegenüber den anderen genannten Ländern mehr und mehr verliert und von den Vereinigten Staaten sogar bereits überholt worden ist. Im Jahre 1898 wurden in Frankreich 1631 Automobile hergestellt, in England 689 und in Deutschland 894, während von Belgien, Italien und den Vereinigten Staaten überhaupt noch keine Angaben vorliegen; vielmehr tritt Belgien erst mit dem Jahre 1900, Italien 1901 und die Vereinigten Staaten sogar erst 1902 in die Statistik ein. Im Jahre 1906 war die Produktion von Kraftwagen in Frankreich auf 55 000, in den Vereinigten Staaten aber auf 68 000 gestiegen. Deutschland hielt seinen Vorsprung gegenüber England nur zwei Jahre lang fest, und England hat die ziffernmäßige Überlegenheit seit 1900 stetig festgehalten. Im Jahre 1906 lieferte England 27 000, Deutschland 22 000 Automobile. Ein ähnliches Verhältnis hat zwischen Belgien und den Vereinigten Staaten stattgefunden. Belgien begann früher mit der Kraftwagenfabrikation als Italien, und seine Produktion war bis zum Jahre 1904 erheblich größer. Im Jahre 1906 machte sich ein Wechsel geltend, und 1906 ist Belgien mit 12 000 Automobilen hinter Italien um 6000 zurückgeblieben, indem in letzterem Lande 18 000 Kraftwagen gebaut wurden. Einen ganz enormen Aufschwung beweisen die Ziffern für die Vereinigten Staaten, die im Jahre 1902 erst 814 Automobile lieferten gegen fast 24 000 in Frankreich. Im Jahre 1903 war die Zahl für die Vereinigten Staaten auf 2732 gestiegen, wuchs dann 1904 auf 11 874, 1905 auf 23 627 und 1906 auf 68 000 — wieder ein Beweis, mit welcher unvergleichlichen Energie sich Amerika einer neuen Industrie bemächtigt.

## Soziales.

### Eine deutsche Sterbetafel.

Seit Jahrzehnten verlangen die Fachstatistiker und Versicherungsbeamten die Herstellung einer Sterbetafel, d. h. eine ziffernmäßige Darstellung der Art und Weise, in welcher eine gleichzeitige geborene Klasse von Personen (Bevölkerung) allmählich absterbt, und zwar bis zum letzten Gliede. Diese Sterbetafel hat aber auch weit über das wissenschaftliche und versicherungstechnische Interesse hinausgehende soziale Bedeutung. In unserer Sozialpolitik spielen ja die Sterblichkeitsverhältnisse eine große Rolle. Um einen Einblick in dieselben zu erhalten werden gewöhnlich die Zahlen der Gestorbenen auf die ganze Bevölkerung bezogen, z. B. in Prozentanteilen ausgedrückt. Damit ist aber sehr wenig gewonnen; denn wenn z. B. gesagt wird, auf 1000 Einwohner des Deutschen Reiches kamen im Jahre 1894 20,7 Gestorbene, im Vorjahre dagegen 21,1, die Sterblichkeit habe sich infolgedessen verringert, so ist das nicht richtig, zum mindesten aber unvollständig. Es wird ja der dabei untergelassene Fehler nicht allzu groß sein, sofern die Ein- und Auswanderungen sich fast die Waage halten. Wo aber große Fluktuationen der Bevölkerung durch Weg- und Zuzug eintreten oder immer vorhanden sind, da trifft die genannte Bezeichnungswiese gar nicht zu. Gerade in solchen Fällen aber ist es von größtem Interesse, die Sterblichkeitsverhältnisse der Bevölkerung zu verfolgen, weil dort die aufreibendsten und gesundheitsgefährlichsten Verhältnisse vorzuliegen pflegen.

Wenn die Sterblichkeitsverhältnisse einwandfrei verfolgt werden sollen, so ist es unbedingt nötig, die Altersgliederung der Bevölkerung zu beachten. Diese ist, wie man aus den Ergebnissen der Volkszählung erkennen kann, in den verschiedenen Landesteilen sehr verschieden und wechselt auch mit der Zeit sehr. Betrachtet man nun die Bevölkerung eines gewissen Gebietes, so kann diese wegen der vielleicht vorherrschenden Zuwanderungen eine besonders große Menge Leute in den kräftigsten Lebensaltern enthalten, die wegen des Erwerbes dorthin gezogen sind, ihre Familie aber zu Hause gelassen haben. Das ist z. B. in den großen Industriegebieten der Fall. Obwohl diese Leute wegen der schweren Arbeit und der unergiebteren Lebensweise viel größere Sterblichkeit aufweisen, als sonst die Bevölkerung, so erscheint diese doch nicht so groß, weil in der Bevölkerung eben viel mehr junge und kräftige Leute vorhanden sind, als ihr unter normalen Verhältnissen zuzukommen, als sie selbst infolge des natürlichen Bevölkerungswachstums hervorbringen könnten. In der Heimat dagegen bleiben die Angehörigen, darunter die nicht mehr erwerbsfähigen alten Leute zurück, die schon wegen ihres hohen Alters viel leichter sterben und tragen zur scheinbaren Erhöhung der Sterblichkeit bei. Bekanntlich sind auch die Kinder in den ersten Lebensmonaten besonders stark von der Sterblichkeit bedroht. Diese bleiben ebenfalls zurück und erhöhen die Sterbeziffer, während in den Industriegebieten die alten Leute und die kleinen Kinder im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung nicht so zahlreich sind, und infolgedessen zur Erhöhung der Sterblichkeit nicht so beitragen können. Die Industriegebiete haben daher in Wirklichkeit eine viel höhere Sterblichkeit, als es nach den rohen Ziffern den Anschein hat. Wenn nun gar die Alterszusammensetzung wegen der wechselnden Wanderbewegung selbst wechselt, so ist ein Vergleich der Zahlen so gut wie ausgeschlossen, wenn man nicht Verbesserungen anbringt, die alle diese Verhältnisse berücksichtigen.

In derselben Weise wie die Wanderungen können natürlich auch noch die wechselnden Zahlen der Geburten auf die Sterbeziffern einwirken. Werden z. B. viele Kinder geboren, so erhöht die Zahl der Kinder die Bevölkerungszahl und drückt die Sterblichkeit herab, wenn erst nach dem ersten Jahre die erhöhte Säuglingssterblichkeit ihren Einfluß nach der entgegengesetzten Richtung geltend gemacht hat.

Wie man sieht, kommt man beim genaueren Eingehen auf die Sterblichkeitsverhältnisse zu recht komplizierten und verwinkelten Sachlagen. Dies und noch vieles andere muß man daher beim Benutzen von Sterblichkeitsziffern wohl bedenken.

Einwandfreie Nachweise über die Sterblichkeit kann man daher nur durch sorgfältige statistische Untersuchungen erlangen, wie sie zur Aufstellung von Sterbetafeln führen. Es ist daher eine berechtigende Forderung, von den dazu vorhandenen Behörden solche Aufstellungen zu verlangen. Für das Deutsche Reich ist das kaiserliche Statistische Amt die berufene Instanz, eine allgemeine deutsche Sterbetafel zu liefern. In der Tat hat dieses Amt schon einmal eine solche Tafel geliefert, und zwar unter der sachverständigen Leitung seines ersten Direktors Carl Becker. Diese Tafel galt für die Jahre 1871—1881. Nach Beckers Ausscheiden aus dem Reichsdienst hat das kaiserliche Statistische Amt keinen sachverständigen höheren Beamten gehabt, dem es hätte die Leitung der Ausarbeitung einer Sterbetafel übertragen können, weil nur noch Juristen als Mitglieder berufen wurden. Dem Drängen von allen Seiten und dem wirklichen vom Amt anerkannten Bedürfnis konnte es also nicht genügen. Nun hat sich das Amt in dem Professor Dr. Raßig, dem bisherigen Direktor des Charlottenburger Statistischen Amtes, einen wirklichen Fachmann beschriebenen, von dem man wohl erwarten kann, daß er die Arbeit vollführen wird, wenn er nicht Widerstände nicht sachgemäher Natur finden sollte. Solche scheinen aber schon vorzuliegen, denn wir haben in den Staatsverträgen nach einem vorzulegenden Fonds für eine derartige leider nur ein-

malige Arbeit gesucht, und ein solcher dürfte sich bei dem Umfang der Arbeit doch wohl als notwendig erweisen.

## Gerichts-Zeitung.

### Beihilfe zur Verleumdung!

Wer die Rechtsprechung über angebliche Verleumdungen von Streikbrechern sich vergegenwärtigt, muß zu der Ansicht gelangen, daß diese Leute, die wegen Unberuflichkeit oder moralischer Defekte ihren Klaffengenossen in den Rücken fallen, von der bürgerlichen Gesellschaft genau so hoch geschätzt werden, wie das Lumpenproletariat, das in Frankreich am 18. Dramaire für das „große Kaiserreich die Kasernen aus dem Feuer holte, oder wie die „acht russischen Leute“, die zu jeder Schandtat im Interesse des Jökismus bereit sind. Die Richtigkeit dieser Auffassung dämmert diesen „nützlichen Elementen der Gesellschaft“, die durch ihr Verhalten vorübergehend oder gar nur scheinbarer Vorteile halber sich selbst schädigen, allmählich auf. Die Strafantragsgelüste dieser Elemente gegen diejenigen, die ihr Gewerbe mit richtigem Namen bezeichnen, scheint wenigstens ein Beweis hierfür zu sein. Würde ein Streikbrecher wegen Verleumdung klagen, weil er Streikbrecher genannt wird, so würde seiner Klage die Abweisung gewiß und die Gefahr einer Untersuchung seines Oberstufbüchse nahe liegend sein. Anders beim Streikbrecher. Wird ihm zugerufen, daß er ist, was er ist, — so fällt er sich beleidigt. Und bellamüßig gibt es Gerichte, die da durch Urteil bekräftigt haben: Der Mann hat nicht unrecht, er ist ein Streikbrecher, aber: Wer die Wahrheit lernet und sagt sie frei, der kommt in Deutschland in die Staatsgefängnisse. Denn die Form steht höher als die Wahrheit. Die Rechtsprechung ist nun noch einen Schritt weiter gegangen. Am Mittwoch hat das Rixdorfer Schöffengericht zur Rechtsmord erhoben: Wer die über einen Streikbrecher von Dritten verbreitete Wahrheit nicht rücksichtslos vernichtet, ist wegen „Beihilfe zur Verleumdung“ zu verurteilen. Diesen neuesten Rechtsfay entnehmen wir der nachstehenden Verhandlung:

Der Schankwirt Karl Schröder, Rixdorf, Rogatzstraße 84, stand unter Anklage wegen Verleumdung der Tischlergesellen Oberländer und Kleinsäuber. Die Verleumdung soll darin liegen, daß der Schankwirt Schröder in seinem Lokal einen Zeitungsausschnitt aus dem „Vorwärts“ vom 7. Febr. 1907 über einen Gerichtsfall gegen Pindemann und Schwensow (die wegen Verleumdung vom Schöffengericht Berlin-Tempelhof zu 30 M. Geldstrafe verurteilt wurden) anbrachte, in welchem Prozesse die Obgenannten als Zeugen gegen „Streikbrecher“ fungierten.

Ueber diesem Zeitungsausschnitt waren die Worte auf einem Zettel angebracht:

Streikbrecher der Firma Sawahl:  
Oberländer und Kleinsäuber.

Der Werkführer Kammerath der Firma Sawahl sah am 24. März 1907 den inkriminierten Zettel und benachrichtigte die in derselben Fabrik trotz des Streikes arbeitswilligen Oberländer und Kleinsäuber. Letztere stellten am 26. März Strafantrag gegen den Gastwirt Schröder. Der Angeklagte behauptet, nicht er, sondern die bei ihm verkehrenden ausgesperrten Tischlergesellen hätten vor einer Versammlung den Zettel angeklebt, wozu er zuvor nichts gewußt habe. Erst durch Erscheinen des Kriminalbeamten Soculus in seinem Lokal am 26. März habe er von dem Vorhandensein deszettels etwas erfahren.

Oberländer behauptet, daß der Zettel schon seit 7. Februar im genannten Lokal ausgehängt wäre. Auch Kleinsäuber gibt ohne tatsächliche Momente anzuführen, als seine Meinung kund, von dem „Vorwärts“ sowohl als auch von den Streikposten sei er seit dem 7. Februar in gebührender Weise angegriffen.

Der Staatsanwalt beantragt die Freisprechung, da er in dem Dulden deszettels etwas Strafbares nicht erblickt; die Behauptung des Angeklagten, daß nicht er, sondern die Tischler den Zettel angebracht hätten, sei ihm nicht widerlegt worden.

Das Gericht war jedoch anderer Meinung und sah in der Duldung eine Beihilfe zur Verleumdung und verurteilte den Schröder zu 30 M. Geldstrafe.

Das Landgericht wird dieses eigenartige Urteil schwerlich bestätigen können.

### Verstümmelter Mord?

Eine an verführten Mord grenzende Tat eines jungen Mädchens lag einer Anklage zugrunde, die gestern unter Vorsitz des Landgerichtsrats Dr. Frißchen vor der 4. Strafkammer des Landgerichts I zur Verhandlung kam. Wegen Körperverletzung mittels gefährlichen Werkzeuges und Diebstahls unter Mitführung einer Waffe mußte sich die 19jährige Fabrikarbeiterin Emma Holzmann verantworten. Die Angeklagte arbeitete zuletzt bei der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft. Hier wurde sie mit einer Arbeiterin Geilich bekannt, deren 17jährige Mutter in der Quiststr. wohnt. Durch die Arbeitskollegin wurde ihr eines Tages mitgeteilt, daß die alte Frau einen größeren Geldbetrag besitzt, den sie in der Wohnung aufbewahrt. Als ihr die G. außerdem harmlos erzählte, ihre alte Mutter sei sehr schwach und könne kaum das Bett verlassen, reiste in der Angeklagten ein äußerst verbrecherischer Plan. Am 4. Dezember v. J. blieb sie ohne Grund von ihrer Arbeit weg. In demselben Tage vormittags hingelte es an der Wohnungstür der alten Frau Geilich in der Quiststr. Die Geilich, welche eben erst aufgestanden war, öffnete und sah sich einem jungen Mädchen gegenüber, welches sich als „Verta Henschel“ vorstellte und als Arbeitskollegin der Tochter der alten Frau ausgab. Frau G. ließ die Besucherin abnunglos in ihre Wohnung und fragte nach ihrem Anliegen. Das Mädchen erzählte, sie habe ihre Stellung verloren und wolle nur die Frau Geilich bitten, bei dem Meister ein gutes Wort für sie einzulegen, damit sie wieder angenommen werde. Frau G. versprach dies ihrer Tochter bestellen zu wollen. Trotzdem aber hielt sie die angebliche Verta Henschel unter allerlei Ausflüchten noch länger in der Wohnung auf. Als die alte Frau ihrem Besuch den Rücken drehte, um nach der Küche zu gehen, holte das junge Mädchen plötzlich einen in Papier eingewickelten Plättbolzen hervor, den sie bisher unter ihrem Umschlagetuch verborgen gehalten hatte und versetzte der Geilich von hinten drei wuchtige Schläge auf den Kopf. Frau G. hörte noch, wie die unheimliche Besucherin sagte: „So, die hat genug!“ dann schwand ihr das Bewußtsein. Als sie wieder aus der Betäubung erwachte, war die Täterin verschwunden und zugleich auch ein Portemonnaie mit 5 Mark Inhalt, welches auf dem Tisch gelegen hatte. Auf die Anzeige der Ueberfallenen wurde schon am nächsten Tage die Täterin in der Person der jetzigen Angeklagten Holzmann ermittelt. In dem Untersuchungsgelängnis spielte die Angeklagte mit großem Geschick die „Verrückte“, so daß sie zur Beobachtung ihres Geisteszustandes der königlichen Charité überwiesen wurde. Die Beobachtungen ergaben, daß eine gewisse geistige Minderwertigkeit vorhanden war, der § 51 des Strafgesetzbuchs jedoch keine Anwendung finden konnte. Staatsanwalt Assessor Crust beantragte in Anbetracht des außerordentlich starken verbrecherischen Triebes, den die Angeklagte durch ihre Tat zutage gelegt habe, eine Gefängnisstrafe von einem Jahr. Die Strafkammer nahm jedoch verständig den Vorstoß an und erklärte sich unter Verweisung der Sache an das Schöffengericht für unzuständig.

### Schauspieler und Direktor.

Ein Privatbeleidigungsprozeß, den das frühere Mitglied des Berliner Theaters, der Schauspieler Anton Zimmerer, gegen den Direktor Ferdinand Bonn angestrengt hatte, kam gestern unter Vorsitz des Amtsrichters Wolff vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte zur Verhandlung. Es handelte sich wieder einmal um eine jener Streitigkeiten, die ständig zwischen den Darstellern der Bonnischen Bühne und Herrn Bonn selbst im Gange sind. Der Kläger Zimmerer war mit Herrn Bonn wegen verschiedener Fragen, die auf künstlerischem und bühnen-technischem Gebiete liegen, in Unverständigkeiten geraten. Die Folge war, daß Herr Zimmerer bei jedem Anlaß wegen Uebertretung irgend eines Paragraphen der Bonnischen „Hausordnung“ in eine mehr oder minder hohe Geldstrafe genommen wurde, die von der Gasse abgezogen wurde. Außerdem soll der Beklagte zu einer Schauspielerin gehöhrt haben, er wolle den Zimmerer nur ordentlich „zweibeln“, spielen lassen wolle er ihn überhaupt nicht mehr. Seitens des Vertreters des Beklagten wurde dies bestritten und behauptet, der Kläger habe das gesamte Bühnenpersonal gegen Bonn aufgewiegelt und stets direkt das Segenteil von dem getan, was der Direktor angeordnet habe, um durch einen absichtlich herbeigeführten Streit seine Entlassung zu erzwingen. Gegenstand des jetzigen Beleidigungsprozesses ist ein Brief des Beklagten, in welchem er wegen einer Uebertretung der „Hausordnung“ eine Geldstrafe von 10 Mark festsetzte. In diesem Schreiben erklärt Bonn, er habe Herrn Zimmerer bisher für einen anständigen Menschen gehalten, sehe aber jetzt zu seinem Bedauern, daß er sich geirrt habe und die Fägel in Zukunft strenger anziehen müssen. — Vor Gericht erhob Rechtsanwalt Marcuse gegen den Beklagten die Widerklage, da dieser in einem Briefe an den Direktor Bonn diesem eine „ausgelegte Schikane“ vorgeworfen hatte. Nach kurzer Beratung des Gerichts wurde auf beiderseitige Freisprechung erkannt, da sowohl dem Kläger B. wie auch dem Beklagten der Schutz des § 198 (Wahnehmung berechtigter Interessen) zugebilligt wurde und eine beleidigende Absicht aus der Form nicht zu erkennen war. Diese Annahme scheint uns denn doch soweit es den „Direktor“ Bonn als Beklagten betrifft, weit das Richtige gesagt zu haben. Der Schauspieler ist zwar leider tatsächlich aber nicht rechtlich ein Kuli, dem der „Direktor“ schriftlich Äußerungen wie die oben wiedergegebenen zukommen zu lassen ein Recht hätte. Geschmacksache ist es, ob zur Zurückweisung der in dem Briefe liegenden Annahme Bonns der Adressat eine Klage erhob oder andere Wege einschlug. Hatte er aber den Klageweg beschritten, so dürfte die offensichtlich lediglich zwecks Kränkung des Schauspielers ausgesprochene Beleidigung nicht ungestraft bleiben. Vielleicht hebt die Berufungsinstanz im Interesse der Schauspieler das erwähnte Urteil auf.

### Verstoß gegen das Sprengstoffgesetz.

Zu dem gestrigen der Thielechen Korrespondenz entnommenen Bericht über die Verhandlung gegen Rothemann teilt uns der Verteidiger, Genosse Dr. Liebschütz, berichtend mit, daß er sich gegen den Ausschluß der Öffentlichkeit, freilich ohne Erfolg, gewendet hatte.

## Aus der Frauenbewegung.

### Schwarze Arbeiterinnenfreunde.

Es ist eine alte Geschichte: Solange die Arbeiter zufrieden sind, sie von außen keinen Anstoß erhalten, sich gegen die kapitalistische Unterdrückung aufzulehnen, hält es die Klerisei auch nicht für notwendig, sich um die Unterdrückten zu kümmern. Sofort wird das anders, wenn die moderne Arbeiterbewegung den Gedanken der Menschenwürde in die bisher indifferente Masse hineinträgt. Dann sind die Kapläne sofort auf dem Plane, um die bisher Vernachlässigten zu organisieren. Aber nicht gegen das Kapital, sondern gegen die moderne Arbeiterbewegung. Die wahre Absicht wird nur hinter sozial gefärbten Nebensachen verdeckt. Dies erbauliche Schauspiel kann man nun wieder in Koblenz schauen, nachdem dort unter den erwerbstätigen Frauen und Mädchen eine Spur freibeitlichen Strebens sich bemerkbar machte. Schnell wurde ein Verein erwerbstätiger Frauen und Mädchen gegründet. Der „Gleichheit“ wird darüber geschrieben:

Die nämlichen Leute, welche mit vollen Waden erklären, daß die Schule im sozialen Kampfe der Zeit ein neutraler Boden sein soll, stellen Schule und Schüler in den Dienst ihrer Parteibestrebungen. Die Herren Kapläne sammeln in den Schulen die Adressen von Arbeiterinnen und liefern dann die Einladung zu der Versammlung, in welcher die Vereinsgründung erfolgte, ebenfalls in den Schulen verteilen. Man stelle sich die Entrüstung aller „Gutgesinnten“ vor, wenn etwa eine freie Gewerkschaft das Anfinnen gestellt hätte, die Schule zu Agitationszwecken auszunutzen zu wollen.

Die Versammlung, in der die Konstituierung des Vereins erfolgte, zeigt deutlich, was Geistes Kind die Bestrebungen der frommen Herren und Damen sind, die sich mit schönen Worten um die Kunst der Arbeiterinnen bewerben. Der Vortrag des Fräulein Wermann über das Thema: „Was bedeutet die soziale Frage für die Arbeiterinnen?“ bewegte sich in dem alten Geiste der Deke gegen die Sozialdemokratie. Besonders festzuhalten müssen wir eine Behauptung der Vortragenden, weil sie deren vollständige Verstandlosigkeit für die Lage der Arbeiterinnen beweist. Daß die Arbeiterinnen meist schlechter bezahlt würden als die Männer, so meinte sie, geschehe meist mit Recht. Die Frauen hätten oft nichts gelernt, darum müßten sie niedrige Arbeit verrichten und würden schlecht entlohnt. Merkt Euch das, Ihr Arbeiterinnen! Weil Ihr nichts gelernt habt, nichts leistet, verdient Ihr Hungerlöhne und nicht weil Euer Mühen und Plagen Euer Arbeitgeber reich macht. Natürlich verlautete in dem Vortrag nicht ein Sterbenswörtchen davon, daß die heutige kapitalistische Wirtschaftsdarstellung die Ursache des Elends der arbeitenden Bevölkerung ist. Wie hätte auch nur an diese Wahrheit gerührt werden dürfen, da doch die fromme Gesellschaft der Zentrumsgarde diese Wirtschaftsordnung der Ausbeutung und Unterdrückung des Menschen durch den Menschen verteidigt und schützt. ...

Wie wenig die Koblenzer Arbeiterinnen von dem neugegründeten Verein hoffen dürfen, zeigt das Beispiel des von den nämlichen Leuten gegründeten und geleiteten Dienstbotenvereins. Raffekränzchen bei katholischen Ordensschwestern und Wallfahrten, das sind bis jetzt wohl die Hauptleistungen dieser Organisation geblieben. Von einer Verbesserung der Lage der Dienstmädchen hat man nichts gehört.

### Versammlungen — Veranstaltungen.

Schöneberg und Umgebung. Am zweiten Pfingstfeiertag Ausflug nach Schmaragdort, Warnemünderstr. 8. Abmarsch 9 Uhr vormittags von Obf., Reiningersstraße. Für Radfahrer nachmittags 3 Uhr im Lokal.

Charlottenburg. Mittwoch, den 22. Mai, 6 1/2 Uhr, im Volkshaus, Rosenstr. 8: Vortrag Herr Dr. Friedländer: „Kettenscheiben, besonders beim weiblichen Geschlecht.“

Spanbau. Dienstag, den 21. Mai, Ausflug nach Fischelwerder, Restaurant Freund. Treffpunkt: Fischelwerderstraße bei Köpenick 10 Uhr. Die Walderversammlung fällt aus.

Sozialdemokratischer Les- und Diskussionsklub „Johann Jacoby“. Heute abend 8 1/2 Uhr bei Bugge, Raststättenstr. 95: Sitzung. Sozialdemokratischer Les- und Diskussionsklub „Falschlecker“. Heute abend bei Koch, Wabersstraße 18: Sitzung. Agitationsverein für Landberg-Zoizin. Heute abend 8 1/2 Uhr im Gewerkschaftsraum: Sitzung. Gäste willkommen.

Wasserthal am 16. Mai vorm. 8 1/2 Uhr bei Köpcke. — Peter, bei Dresden — 25 Sp. — Gibe bei Angsburg 2,25 Meter. — Oder bei Raitzer 2,02 Meter. — Oder bei Dresden — 0,34 Meter. — Oder bei Brigg 3,72 Meter. — Reihemannung 2,18 Meter.

# Achtung!

# Achtung!

# Zentral-Verband der Maurer Deutschlands Zweigverein Berlin.

## Kollegen!

Anlässlich der Aussperrung, die nach dem Beschluß der **Generalversammlung der Unternehmer** am 18. Mai vor sich gehen soll, geben wir hiermit die Lokale bekannt, in denen während der Aussperrung die Kontrolle der ausgesperrten Kollegen vorgenommen wird.

Es melden sich sämtliche ausgesperrten oder arbeitslosen Kollegen von:

Westen und Schöneberg bei **Schilling**, Kyffhäuserstr. 26.

Süd-Ost und Süden bei **Laser**, Lausitzerstr. 25.

Osten I und Osten II bei **Litfin**, Memelerstr. 67.

Norden I und II und Pankow bei **Obiglo**, Schwedterstr. 23/24.

Süd-West bei **Scholz**, Zossenerstr. 1.

Nord-Ost bei **Boecker**, Weberstr. 17.

Oranienburger Vorstadt bei **Strauß**, Tieckstr. 10.

Wedding bei **Hoffmann**, Pasewalkerstr. 3.

Moabit bei **Bachstein**, Salzwedelerstr. 16.

Charlottenburg im „Volkshaus“, Rosinenstr. 3.

Kreuzberg bei **Grosser**, Kirchhoffstr. 45.

Tegel und Reinickendorf bei **Franke**, Reinickendorf-West, Eichhornstr. 18.

Zehlendorf bei **Miekley**, Potsdamerstr. 25.

Steglitz und Groß-Lichterfelde bei **Reisen**, Groß-Lichterfelde, Chausseest. 104.

Wilmerdorf, Friedenau und Schmargendorf bei **Käseler**, Wilmerdorf, Lauenburgerstr. 20.

Tempelhof, Mariendorf und Marienfelde bei **Reichardt**, Mariendorf, Chausseest. 16.

Schöneweide-Johannisthal bei **Dellmann**, Wilhelmminenhoffstr. 79.

Friedrichsberg-Friedrichsfelde bei **Lange**, Gürtelstr. 40.

Weißensee bei **Schmutz**, König-Chaussee 38.

Die Kollegen der Zweigvereine aus dem Gau Berlin, von denen über **zehn Verheiratete** hier arbeiten und für die an ihrem Heimort eine Kontrollstelle während der Dauer der Berliner Bewegung eingerichtet wird, erhalten die Streikkarte, **falls sie Freitag abend ausgesperrt werden**, am Sonnabend, den 18. Mai, von morgens 9 Uhr an im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Saal 5.

Am dritten Pfingstfeiertage sind die Kontrollstellen **nicht** geöffnet.

## Die Verbandsleitung.

### Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Heute Freitag, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15:  
**Sitzung der Ortsverwaltung.**

### Zur Beachtung.

Die Bureaus sind am Sonnabend vor Pfingsten nur bis 5 Uhr nachmittags geöffnet.

Am dritten Feiertage sind die Bureaus geschlossen. Eine Kontrolle der Arbeitslosen und Streikenden findet am Dienstage nicht statt.

Die Streikenden und Aussperrten, welche am Mittwoch in Arbeit treten, bekommen ihre Streikunterstützung am dritten Feiertage, vormittags von 9 bis 12 Uhr im Gewerkschaftshaus.

### Saal 3 ausgezahlt.

Der paritätische Arbeitsnachweis in der Gormannstraße ist am 3. Feiertage geschlossen.

Die Ortsverwaltung.

### Achtung! Einsetzer.

Am Sonnabend, den 18. Mai, wird im Gewerkschaftshaus von 4-5 Uhr an die arbeitslosen, vollberechtigten Mitglieder der roten Karte eine Extraintervention ausgezahlt.

Die Kommission.

### Wo geht es Pfingsten hin?

Nach Friedrichshagen, Restaurant Fischerhütte.

Herzlich am Wasser gelegen. Familien können Kaffee kochen. Es bittet um zahlreichem Besuch.

Karl Zachow, Seestr. 11.

### Vereinigte Schuhmacher

G. m. b. H. zu Strausberg. 127/10\*

Gegründet von organisierten Arbeitern. Einzige Niederlage in Berlin Wrangelstr. 119/120

beim Schuhmachermeister **Seller.**

Streng reelle Ware zu kulantem Preise. Der Vorstand.

### Blitz=Schnell

kommt man mit der Hochbahn zu Weingarten, Gitschinerstr. 72, Station im Hause. Haltestelle Wrangelstraße. Empfehlung:

1 Posten Monats-Anzüge, 1 Posten Monats-Paletots,

1 Posten Monats-Beinkleider zu staunend billigen Preisen,

auch für korpulente Herren passend.

Dieselben sind von feinen Kavaliere und Reisenden, die nur einen Monat ihre Garderobe tragen. 47522\*

Fahrgeld wird vergütet. \* Bitte auf Hausnummer zu achten.

## Jeder Herr!!

ist verpflichtet, mein Angebot zu prüfen!

## S. Littmann

Zentrale für Herren- und Knaben-Moden

nur No. 2 Oranienstraße nur No. 2

nah Station Hochbahn Oranienstraße.

Ich offeriere:

|                 |  |                  |                 |
|-----------------|--|------------------|-----------------|
| Kein Kaufzwang. | Feine Sommer-Paletots . . . . .  | von Mk. 11,50 an | Kein Kaufzwang. |
|                 | Elegante Herren-Anzüge . . . . .   | „ „ 10,50 „      |                 |
|                 | Feine Herren-Anzüge . . . . .  | „ „ 12,00 „      |                 |
|                 | Solide 1- und 2reihige Herren-Anzüge . . . . .   | „ „ 14,50 „      |                 |
|                 | Elegante Kammgarn-Anzüge . . . . .   | „ „ 16,50 „      |                 |
|                 | Hochfeine Rock-Anzüge, 1- u. 2reihig . . . . .   | „ „ 22,50 „      |                 |
|                 | Hochfeine Einsegnungs-Anzüge . . . . .   | „ „ 10,75 „      |                 |
|                 | Elegante Stoff-Jackets . . . . .   | „ „ 5,50 „       |                 |
|                 | Feine Burschen-Anzüge . . . . .  | „ „ 5,75 „       |                 |
|                 | Elegante Herren-Hosen . . . . .  | „ „ 2,50 „       |                 |
|                 | Schöne Knaben-Anzüge für jedes Alter . . . . .   | „ „ 3,50 „       |                 |
|                 | Elegante Radfahr-Anzüge . . . . .  | „ „ 12,50 „      |                 |
|                 | Anzüge sowie Paletots für extra korpulente Herren in großer Auswahl vorrätig von 18,50 Mk. an. |                  |                 |

Dieses Inserat wird beim Einkauf von 10 M. für 50 Pfg. in Zahlung genommen.

Bestellungen nach Maß sowie Reparaturen werden sauber und billig ausgeführt.

Prinzip: Großer Umsatz — Kleiner Nutzen.

S. Littmann, Zentrale für Herren- und Knaben-Moden nur No. 2 Oranienstraße nur No. 2.

Bitte genau auf Firma u. Hausnummer zu achten!

### Zu spät

greift die deutsche Presse ein. Durch eine Reihe von mechanisch ineinander greifenden und ineinander wirkenden Ursachen wird eine wahnwitzige Nachfrage nach Lebensmitteln hervorgerufen. Sobald dieser Fall eintritt, und er steht unmittelbar bevor, muss es sich zeigen, dass die in Deutschland vorkommenden Vorräte dem Auslande gehören, dass sie dahin lieferbar verkauft sind, dass es also selbst keine mehr besitzt. Für die Folgen, die naturgemäß daraus entstehen müssen, ist die deutsche Presse dem Volke gegenüber verantwortlich. — Wer sich für die gesellschaftlichen Vorgänge und der daraus resultierenden Wirkungen im Wirtschaftsleben interessiert, verlange die von Kaufmann Michael Proestler in Würzburg verfasste Broschüre: „Das Wirtschaftsleben der Gegenwart und der Zukunft“. — Dieselbe ist zu beziehen durch alle Buchhandlungen (Kommissionär: Otto Weber, Leipzig). Broschüre A, vollständige Ausgabe, M. 2. — B, Teil- und Verkaufsausgabe, 60 Pfg. Gegen Einsendung von M. 2.10, bzw. 60 Pfg. für das Inland, M. 2.30, bzw. 70 Pfg. für das Ausland, werden die Broschüren portofrei vom Verfasser versandt, wenn in Buchhandlungen nicht erhältlich. Man verlange ebendasselbe Flugschriften und Prospekte.

## Fröhliche Pfingsten

stehen jedem Leser dieser Zeitung bevor, der seinen Bedarf deckt im

Spezial-Kauf guter Herren- u. Knaben-Bekleidung

von

## Leske & Slupecki

Schönhauser Allee 70c

Ecke der Stargarderstraße

denn jeder bei uns gekaufte Gegenstand zeichnet sich durch gute Passform, gute Verarbeitung und billigsten Preis aus.

Sommer-Paletots • Sommer-Anzüge

in den neuesten Farben und Formen.

Knaben-Bekleidung • Sport-Joppen

vom einfachsten bis elegantesten Genre in allen möglichen Fassons.

Lüstre-Saccos • Wasch-Anzüge.

Werktags-Bekleidung für jeden Beruf.

Vornehme Maß-Anfertigung

unter persönlicher Leitung unseres Herrn Slupecki, welcher langjährig als erster Zuschneider tätig war.

Unsere Grundsätze sind

# Nur

jeden dauerhafte Qualitäten zu führen jeden Gegenstand passend zu verkaufen durch reelle sachgemäße Bedienung das Vertrauen der Kundschaft zu erwerben tadellose Verarbeitung aller bei uns angefertigten Gegenstände zu liefern zu streng festen dem Wert angemessenen Preisen zu verkaufen.



## Jedes Jenensia-Rad

ein Meisterwerk deutscher Technik.

— Teilzahlung! — Zwei Jahre Garantie! —

Sozial-Räder zu 60.—, Sozial-Luxus- mit Preiszahlung zu 95.—, Gebrauchte Räder billig! — Fahrradzubehör billig!

Bitte genau auf Hausnummer 23\* zu achten!

23, R. Groskurth, Berlin C., Münzstr. 23.



## Knaben-Anzüge    Jünglings-Anzüge

Tausende Exemplare.  
Nur eigene Erzeugnisse.

Reizende, kreative Fassons,  
praktischer und luxuriöser Genres.

18—16—14—12—10—9—**2** Mk. 50

Tausende Exemplare.  
Nur eigene Erzeugnisse.

Moderns, gemusterte Stoffe  
allerneuester Geschmacksrichtungen.

33—30—27—24—**9** Mark

# Baer Sohn

Spezialhaus größten Maßstabes

Chausseestrasse 29—30 • 11 Brückenstrasse 11  
alte Nr. 24a/25  
Gr. Frankfurterstr. 20

Der Haupt-Katalog Nr. 31 (neueste Moden 1907) wird auf Wunsch kostenlos zugesandt.

Die Leute, welche sie rauchen,  
und die Plätze, wo sie geführt  
werden, sind die besten Prüf-  
steine der Qualität in Cigaretten.

## JOSETTI VERA

CIGARETTEN

werden von wirklichen Kennern  
geraucht und in den Geschäften  
geführt, die es sich angelegen  
sein lassen, ihren Kunden preis-  
werte Cigaretten anzubieten.  
10 St. 30 Pfennig.



# Kaufhaus Max Mannheim

Ecke Königsberger Strasse • Frankfurter Allee 109-110 • Ecke Königsberger Strasse

## Größte Spezial-Abteilungen:

Damen-Konfektion  
Herren-Konfektion  
Schuhwaren  
Damen-Hüte  
Herren-Artikel  
Schirme  
Handschuhe

Kleiderstoffe, Seidenstoffe, Leinen- und  
Baumwollwaren, Futterstoffe, Kurzwaren,  
Wäsche, Putz und Weißwaren, Korsetts,  
Schürzen, Möbelstoffe, Gardinen, Portieren,  
Bettedecken, Läuferstoffe, Linoleum, Tri-  
kotagen, Strümpfe, Bijouterie, Passe-  
menterie, Holzgalanterie.

Im Interesse meines Personals halte ich am zweiten Pfingstfeiertage sowie  
an den Sonntagen mein Geschäft geschlossen.  
Meine geehrte Kundschaft bitte ich daher, die **Einkäufe** schon an  
**Wochentagen** zu besorgen.

**Außerordentliche Gelegenheit, billig einzukaufen.**

Verbandstag der Töpfer.

Die noch nicht erledigte Statutenänderung betreffende Anträge wurden der Statutenänderungskommission zur Prüfung überlassen. Zum nächsten Punkt: Agitation und Organisation, hielt Veier-Dresden den einleitenden Vortrag. Er führte u. a. aus, daß das Streben der Mitglieder sich nicht in den nächstliegenden Berufsinteressen und materiellen Fragen erschöpfen dürfe. Man müsse dafür sorgen, daß die Kollegenschaft auch über die höhere Bedeutung der Arbeiterbewegung aufgeklärt werde. Der Redner schilderte dann seine Erfahrungen in der Agitation, gab verschiedene Ratschläge und machte auf die Wichtigkeit der Hausagitation und der Gewinnung der Frauen aufmerksam. Von der Zentralauskunftskasse, die in den achtziger Jahren gegründet, damals der Kollegenschaft unter schwierigen Verhältnissen einen Anhalt bot, erklärte der Redner, daß sie nun zu einem Hemmschuh für die Organisation geworden sei. Der Redner schloß seine Ausführungen mit der Bemerkung, daß eine mehr energische und eifrige Agitation entfaltet werden müsse. In der Diskussion sprach zunächst Ebers-Gildesheim. Er ging in seinen Ausführungen auf die Agitationsweise des christlichen keramischen Arbeiterverbandes ein und berichtete, wie in einem

Industrieorte die wenigen christlich organisierten Arbeiter bei Lohnbewegungen außerordentlich radikal auftreten, nur für recht hohe Forderungen sprechen und, wenn zum Klappen kommt, nur zu sehr geneigt sind, alles preiszugeben. Bezeichnend ist hierfür das Verhalten eines christlichen Organisationsleiters, der die mehr Lohn fordernden Kollegen zu beruhigen suchte, indem er sagte, er habe Einsicht in die Geschäftsbücher der Fabrik genommen und daraus ersehen, daß eine Lohnhöhung nicht möglich sei. Ferner berichtete der Redner, daß in einzelnen keramischen Fabriken Rheinland-Westfalens noch ein Arbeitermaterial vorhanden ist, das wegen seines tiefen Kulturstandes nur sehr schwer für die Organisation zu gewinnen ist. In einer solchen Fabrik war es üblich, den Arbeitern morgens einen Schnaps zu liefern. Der Unternehmer schaffte diese recht zweifelhaftes Bergmännchen ab, und gleichzeitig verkürzte er die Arbeitszeit um eine Stunde. Darüber regten sich nun die Arbeiter so auf, daß man eine Arbeitsniederlegung beschließen mußte, des geliebten Branntweins wegen. — Der Redner sprach sich auch dafür aus, daß man danach trachten müsse, mehr Zahlstellen in Rheinland-Westfalen zu errichten, damit der Strom wandernder Werkstatt- und Scheibentöpfer mehr dorthin gelenkt werde. Ferner hält der Redner die Anstellung von Gauleitern für wünschenswert. Schmidt-Berlin spricht sich namentlich für mehr Agitation unter den Scheibentöpfern aus. Zwar habe die Organisation auch

unter ihnen gute Fortschritte gemacht, doch sei sie noch immer nicht stark genug, um die günstigen Umstände für eine Verbesserung der schlechten Lohn- und Arbeitsverhältnisse richtig auszunutzen zu können. Ferner müsse man danach trachten, die Arbeiter der vielen Röhrenfabriken zu gewinnen, Arbeiter, die, fast alle noch indifferent, unter elenden Verhältnissen leben. Eine große Anzahl Redner sprach sich für Anstellung besoldeter Gauleiter aus. Lothar-Berlin, der zwar nicht Gegner der Anstellung von Gauleitern ist, meint, daß man diese Sache nicht überstürzen dürfe. Was vor allem förderlich, sei die Erziehung der Gewerkschaftsmitglieder zu Klassenkämpfern, sie auch aufzuklären über die politischen Ideale der Arbeiterbewegung. Zur Anstellung besoldeter Gauleiter liegen mehrere Anträge vor, über die später beschlossen werden soll. In einer Besprechung des Zentralvorstandes mit den Vertretern der ausländischen Bruderorganisationen ist ein Uebereinkommen erzielt worden, das nun den Delegierten vorgelegt wurde und in der nächsten Sitzung zur Beratung und Abstimmung kommt. Die Sitzung wurde um 1 Uhr geschlossen, um den Delegierten Gelegenheit zu geben, am Nachmittag die Ausstellung für Arbeiterwohlfahrt zu besichtigen.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keine Verantwortung.

Theater. Freitag, den 17. Mai. Anfang 7 1/2 Uhr. Egl. Opernhaus. Margarete. Egl. Schauspielhaus. Wallenstein Lager. Die Viccolomini. Neues Egl. Opernhaus. Wiener Mut. Deutsches. Robert und Bertram. Kammerstücke. Frühlings- Erwachen. (Anfang 8 Uhr.) Neues Schauspielhaus. Toppens- müß Erbden. Schiller O. (Wallner-Theater.) Holoch. Der zerbrochene Krug. Schiller-Theater Charlottenburg. Helmat. Schiller N. (Friedrich Wilhelm- städtisches Theater.) Am grünen Weg. Berliner. Sherlock Holmes. Puffing. Der Bettelgraf. Zentral. Geschlossen. Kleines. Ein idealer Gatte. Neues. Der Dieb. Vorburg. Nidella. Deutsches. Die lustige Witwe. Residenz. Haben Sie nichts zu verzollen?

Urania. Wissenschaftliches Theater. Abends 8 Uhr: Durch Dänemark und Südschweden. Zoologischer Garten. Täglich nachm. 4 Uhr: Großes Militär-Doppel-Konzert. Eintritt 1 Mk., von abends 6 Uhr ab 50 Pf., Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

Lortzing-Theater. Bellevuestr. 7/8. Freitag, den 17. Mai, 8 Uhr: Fidelio. Abonnements gültig! Sonnabend: Fra Diavolo. Bellevue-Corsets-Eröffnung: Sonntag, den 19. Mai etc.

Lustspielhaus. Sommerpreise. Abends 8 Uhr: Hujarenlieber. Zentral-Theater. Gesamtgastspiel des Hamburger Ernst Drucker-Theaters. Heute wegen Generalprobe geschlossen.

Schiller-Theater N. Friedrich-Wilhelmsstädtisches Theater. Abends 8 Uhr: Am grünen Weg. Residenz-Theater. Direction Richard Alexander. Anfang 8 Uhr.

Luisen-Theater. Reichensbergerstr. 34. Abends 8 Uhr: Das Mädchen ohne Ehr. Alle Abende: Das Mädchen ohne Ehr.

Neues Theater. Anfang 8 Uhr. Der Dieb. Morgen und folgende Tage: Der Dieb. Kleines Theater. Zum 208. Male: Ein idealer Gatte. Sonnabend, Sonntag, Montag, abends 8 1/2 Uhr: Worell Kaiser. Sonntag u. Montag nachm. 3 Uhr: Ein idealer Gatte.

Bernhard Rose Theater. Dr. Frankfurterstr. 182. Geschlossen. Eröffnung der Sommer- saison: 1. Pfingstfeiertag. Von Sommertheater: Der Huch des Goldes. Außerdem ein aus- erlesenes erstklassiges Spezialitäten- Programm.

Kasino-Theater. Rastfingerstr. 37. Täglich 8 Uhr. Nur bis 18. Mai! Neu einstudiert: Heirat auf Probe. Gesangsposse in 3 Akten von Buch- binder und Kren. Am beiden Feiertagen nachm. 4 Uhr: Traum der Rose. Singvögelchen.

Schiller-Theater. Schiller-Theater O. (Wallner-Theater). Freitag, abends 8 Uhr: Holoch. Eine unvollendete Tragödie (3 Akte) von Friedrich Hebbel. — Hierauf: Der zerbrochene Krug. Ein Akt in 1 Aufz. u. 2. u. 3. Akt. Sonnabend, abends 8 Uhr: Ein Fallissement. Sonntag, nachm. 3 Uhr: Helmat. Sonntag, abends 8 Uhr: Cyprienne.

Metropol-Theater. Anfang 8 Uhr. Der Teufel lacht dazu. Große Jahresrevue in 7 Bildern von Julius Freund. Musik von Viktor Hollaender. Dirigent Max Roth. In Szene gesetzt von Direktor Richard Schultz. Rauchen überall gestattet.

Apollo Theater. 9 1/2 Uhr. Abends 8 1/2 Uhr. Denkbare größter Vaterschaft! Hartstein mit seinem glänzenden Schläger: Der lustige Witwer. 1. Bild: Das letzte Mal. 2. Bild: Die Folgen davon. Vorher 8 Uhr: Spezialitäten und Merians Hunde-Bauerntheater.

Wintergarten. WINTERTHEATER. La Tortajada. Neues Programm. Gebr. Herrnfeld-Theater. Anfang 8 Uhr. Borckert. 8 Uhr. 11-2 Uhr. 57 Kommandantenstraße 57. Täglich: Es lebe das Nachtleben! Folgen einer Separée-Affäre in 2 Akten von Anton und Donat Herrnfeld mit den Autoren in den Hauptrollen. Vorher: Neu bearbeitet: Die Welt geht unter! Schwank in einem Aufzuge von Anton u. Donat Herrnfeld.

Walhalla-Varieté-Theater. Weinbergsweg 19/20, Kolonnenstr. 107. Heute abends 8 Uhr: Der grüne Teufel. Sensations-Parantomime. 5 Jungmanns. Drahtseil. 12 neue Spezialitäten 12 Am Tunnel: Frei-Konzert.

W. Noacks Theater. Direction: Rob. Hill. Brunnensstr. 16. Heute: Geschlossen. Am 1. Pfingstfeiertag: Eröffnung der Sommerspielzeit im herrlich renovierten Garten. Näheres Anschlag und Annoncen.

Brunnen-Theater. Badstraße 58. Direkt.: Bernh. Ross. 16 Sonntag, den 19. Mai 1907: Täglich: Garten-Konzert, Theater und Spezialitäten. P. Coradini. Meschaly-Truppe. The Rhythmic Comp. usw. Das Sensations-Spektakel: Im Flug durch die Welt mit großer Ausstattung und Ballett. Bedienung: Bernhard Rose. Anf. Sonntags 4 1/2, wochent. 5 Uhr.

Reichshallen-Theater. Stettiner Sänger. Am wochentags 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr. Relieff- hallen-Restaurant. Großes Militär-Konzert. Trianon-Theater. Heute und folgende Tage: Fräulein Josefine — meine Frau. Anfang 8 Uhr.

Steidl-Theater. Brückenstr. 2 (a. d. Jannotta-Dr.). Neues Programm!!! Anf. 8 Uhr. Tageskasse 11—2 Uhr. Steidl-Restaurant (Garten): Gr. Dyberski-Konzert. Entree frei.

Vitaskope-Theaters. Friedrichstr. 10. 5 bis 11 Uhr. NB. Steils das neueste und interessanteste Programm. (6765\*)

Schweizergarten. Am Königstor. Am Friedrichshain. Pfingsten: Früh- und Nachmittags-Spezialitäten-Vorstellung. Neues Programm. Gebr. Darton, Mit Talvani, Tino & Money, Paula Grigali, Delsons Duett, The Barklya, Gragg & Sheffield, Zeitvertreib im Caféhaus. Von Pfingsten ab täglich Theater-Vorstellung, Spezialitäten und Ball. Kaffeeküche ist nur an Wochen- tagen geöffnet. Anfang der Frühkonzerte 5 Uhr, nachmittags 4 Uhr.

Prater-Theater. Kasernen-Weg 7/9. Sonntag, den 19. Mai (1. Feiertag): Eröffnung der Sommersaison. Erstklassige Spezialitäten. Flotte Weiber. Ausstattungspose mit Gesang u. Tanz. Freitag, den 20. Mai: Frühvorstellung. Anfang früh 5 1/2 Uhr. Eintritt 30 Pf. Kothuser.

Sanssouci, Kothuser. Direction Wilhelm Reimer. Wegen Vorbereitungen zu den Pfingstfeiertagen geschlossen. Am 1. u. 2. Feiertag: Große Extra-Soirée von Hoffmanns Nordd. Sängern. Tanz. Am 3. Feiertag, nachm. u. abends: Theatervorstellungen, Tanz.

Reichshallen-Theater. Stettiner Sänger. Am wochentags 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr. Relieff- hallen-Restaurant. Großes Militär-Konzert. Trianon-Theater. Heute und folgende Tage: Fräulein Josefine — meine Frau. Anfang 8 Uhr.

Steidl-Theater. Brückenstr. 2 (a. d. Jannotta-Dr.). Neues Programm!!! Anf. 8 Uhr. Tageskasse 11—2 Uhr. Steidl-Restaurant (Garten): Gr. Dyberski-Konzert. Entree frei.

Vitaskope-Theaters. Friedrichstr. 10. 5 bis 11 Uhr. NB. Steils das neueste und interessanteste Programm. (6765\*)

Welt-Ausstellungs-Biograph. (St. Louis) Theater lebender Photographien. Der Untergang des Dampfers „Berlin“. 168 Tote, 12 Gerettete. Den ganzen Tag Vorstellung.

Kein Laden. Brennabor. Räder. Günstigste Bedingungen. BERLIN SO, Brückenstr. 10a pt. Louis Barth.

W. Noacks Theater. Direction: Rob. Hill. Brunnensstr. 16. Heute: Geschlossen. Am 1. Pfingstfeiertag: Eröffnung der Sommerspielzeit im herrlich renovierten Garten. Näheres Anschlag und Annoncen.

Reichshallen-Theater. Stettiner Sänger. Am wochentags 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr. Relieff- hallen-Restaurant. Großes Militär-Konzert. Trianon-Theater. Heute und folgende Tage: Fräulein Josefine — meine Frau. Anfang 8 Uhr.

Max Kliems Sommer-Theater. Gosenheide 13/15. Kritische Leitung: Paul Milbitz. Täglich: Gr. Konzert, Theater u. Spezialitäten-Vorstellung. Neben Montag: Sommerfest. Jeden Mittwoch: Die beliebtesten Kinderfeste. Neben Donnerstag: Elite-Tag. Die Kaffeeküche ist täglich von 2 Uhr ab geöffnet.

Gustav Behrens-Theater. Berlin W., Goltzstraße 6. Seitenherliches Theater. Vollständ. Programmwechsel. Auftreten der neugestalteten Spezialitäten. u. a. der Original Greiffenberger, der Künstler Wd. Greiflich, assistiert von Rih Clarits, der Lumpenmacher Signor Gaetano. Zum Schluß die tolle Ausstattungsburleske Weibliche Feuerwehr. Anfang 8 Uhr, an den Feiert. 6 1/2 Uhr. Sommerpreise. Entree 30 Pf.

Dr. Simmel. Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden. Prinzenstr. 41, Moritzplatz, 10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4.

Charlottenburg. Spezialwerkstatt Uhren. Solide Ausführung, preis- wertige Berechnung. 48883\* Friedr. Stabenow. Rühmerstraße 15 am Rathaus.

Ich habe mein Bureau won den der Rechtsanwalte Liebknecht getrennt und nach der Landsbergerstraße 58 verlegt. Fernsprech. jetzt: Amt 7 Nr. 3886 Dr. Oskar Cohn, Rechtsanwalts.

Halt! Bitte lesen! Ueberzeugung macht hoch! Die schönsten Monatsanzüge und Paletots zu auffallend geringen billigen Preisen! Monatsanzüge von 9 R. an. Abonnementanzüge 12. . . . . 13,50. . . . . 11,50. . . . . 12 R. . . . . 7. . . . . 15. . . . . 19. . . . . Bitte genau auf Nr. 127 Skatzen- str. 127 Garderobenhau „Brillant“ zu achten. Fahr- geld wird vergütet. 4465\*

Heinrich Franck. Berlin, N., Brunnenstr. 185. Sumatra-Deck ausgepr. hell u. reinfarb. Vollbl., tadell. Brand nur 350 Pfg. verz.

Seefische — Volksnahrung! Täglich Zufahren lebendfrischer, ständig unter Eis gehaltener Seefische in eigenen Kühlwaggons. Groß. Schellfisch mit Kopf im Anschnitt 35 Pf. Cabliau ohne Kopf 28 im Anschnitt 30 Pf. Seelachs mit Kopf 20 im Anschnitt 25 Pf. PL pro Pfd.

Deutsche Dampffischerei-Gesellschaft „Nordsee“ (Größte Hochseefischerei-Gesellschaft Deutschlands.) Filiale: Berlin C. 2, Bahnhof Börse, Bogen 8—10. Zentral-Fernsprecher: Amt III No. 2804. Fisch-Kochbücher gratis. Verkauf-Niederlagen: Prinzenstr. 30 am Moritz-Platz. bei der Lützowstraße. Tel.-Amt VI 7190. Madaistr. 22 im Schlesischen Bahnhof. am Stuttgarter Platz. Wilmersdorferstr. 111, Tel. Charlottenb. 6718.

Ferner empfohlen aus eigener Marinteranstalt: Fisch-Kotelettes (gebraten u. marinirt) 8 Ltr.-Dose M. 3.—, 5 Ltr.-Dose M. 2.—, 2 Ltr.-Dose M. 1,30. Brat-Schellfische (gebraten u. marinirt) 8 Ltr.-Dose M. 3,10. Geräucherte Riesen-Lachsheringe Kiste (55 Stck.) M. 6.—, 2 Stck. 25 Pf.

**Dampfer-Extrafahrten** von der **Reederei Kahnt & Hertzner**.

**Am 1. Feiertag:**  
 1. Promenadenfahrten nach dem Rügge- und Langen See, Abfahrt 5 1/2 Uhr früh, hin und zurück 50 Pf.  
 2. Nach Woltersdorfer Schleiße, Krampenburg und Neue Mühle, Abfahrt 9 Uhr vormittags, hin und zurück 1 M.  
**Am 2. Feiertag:**  
 1. Nach Teupitz, Tornow, Rühl, Abf. 7 Uhr vorm., hin und zurück 2 M.  
 2. Nach Woltersdorfer Schleiße, Krampenburg, Siegenhals und Neue Mühle, Abfahrt 9 Uhr, hin und zurück 1 M.  
 3. Promenadenfahrt nach dem Rügge-See mit Kaffeepause, Abfahrt 2 Uhr nachmittags, hin und zurück 50 Pf.  
 4. Nach Gantels Ablage, Abfahrt 2 1/2 Uhr nachm., einfache Fahrt 50 Pf.  
**Am 3. Feiertag:**  
 1. Nach Teupitz, Tornow, Rühl, Abf. 7 1/2 Uhr vorm., hin u. zurück 2 M.  
 2. Nach Woltersd. Schleiße, Abf. 8 Uhr vorm. u. 2 1/2 Uhr nachm. } hin und  
 3. Nach Krampenburg, Abf. 9 1/2 Uhr vorm. u. 2 1/2 Uhr nachm. } zurück 75  
 4. Nach Neue Mühle, Abfahrt 10 Uhr vormittags. } einf. 50 Pf.  
 Abfahrt von Café Misen 1/4 Stunde später. 40233\*

**Wilmersdorf.** 603\*

**Restaurant „Zur Klaus“.**  
 Hildogardstr. 5/6. Inh.: Karl Stechert. Hildogardstr. 5/6.

**Am 1. u. 2. Pfingst-Feiertag: Großes Früh-Konzert.**  
**Am 3. Pfingst-Feiertag: Soiree der Mega-Stechert-Sänger.**  
 Jeden Sonntag: **Garten-Konzert und Ball.**  
 Volksbelustigungen jeder Art.

**Fahrräder! Billig!**

248, 26, 60, 70, 80, 100, 120, 130, 140, 150, 160, 170, 180, 190, 200, 210, 220, 230, 240, 250, 260, 270, 280, 290, 300, 310, 320, 330, 340, 350, 360, 370, 380, 390, 400, 410, 420, 430, 440, 450, 460, 470, 480, 490, 500, 510, 520, 530, 540, 550, 560, 570, 580, 590, 600, 610, 620, 630, 640, 650, 660, 670, 680, 690, 700, 710, 720, 730, 740, 750, 760, 770, 780, 790, 800, 810, 820, 830, 840, 850, 860, 870, 880, 890, 900, 910, 920, 930, 940, 950, 960, 970, 980, 990, 1000.

**Willi Hausserr**  
 Berlin 127, Altes Jambrenn 22.

**Frühjahrs-Anzüge u. Paletots.**  
**Robert Bohn**  
 BERLIN, N., Invalidenstr. 135.  
 Großes Lager fertiger Herren- u. Knaben-Garderoben.  
 Maßabteilung I. Etage.

**Greift zu!**  
 den besten

|                      |            |
|----------------------|------------|
| Monatsanzüge         | v. 9,50 M. |
| Abonnementsanzüge    | 13,00      |
| Wandlungsanzüge      | 11,00      |
| Partieanzüge         | 12,00      |
| Gehrockanzüge        | 14,50      |
| Anzüge, Erjak f. Maß | 20,50      |
| Paletots             | 9,50       |
| Gesca                | 2,00       |

**Nathan Wand**  
 129 Staliberstr. 129.  
 Die schönsten 48272\*

**Herren-Sommer-Paletots und Anzüge** in neu sowie speziell

**Monats-Garderobe** von Spezialisten gefertigte Sachen, fast neu, für jede Figur passend. Spezial-Verarbeiten sind in großer Auswahl stets zu namend billigen Preisen zu haben.

**Moldauer**  
 Prinzenstraße 64,  
 Ecke Ankerstraße, im Laden.  
 — Straßenbahn-Verbindung.

**Nathan Wand**  
 129 Staliberstr. 129.  
 Hochbahnhafion Kolthuser Tor.  
 Bitte auf Hausnummer zu achten.

**Wer will Geld**  
 sparen, kauft 46332\*

|                      |            |
|----------------------|------------|
| Monatsanzüge         | v. 9,00 M. |
| Abonnementsanzüge    | 12,00      |
| Wandlungsanzüge      | 10,50      |
| Partieanzüge         | 12,00      |
| Gehrockanzüge        | 14,00      |
| Anzüge, Erjak f. Maß | 19,00      |
| Paletots             | 9,00       |
| Gesca                | 2,00       |

**Zentral-Keller, Berlin 50., Neanderstraße 35.**  
 3 Min. von Stadtb. Jannowitzbrücke, an der Köpenickerstraße.  
 — Straßenbahn-Verbindung.

**Beste Bettenfüllung**  
 sind die vorzüglich füllenden, sehr elastischen, echt dänischen

**Monopoldaunen**  
 (sehr geschäftl.) Pfund Mt. 2,85.  
 1/4 Pfund geringes u. gr. Oberbet.  
 Best. geg. Nachnahme. Verpackung frei.

**Gustav Lustig**  
 Berlin S., Prinzenstr. 46  
 Gedr. d. Bettfedern-Spezial-geschäft Deutschlands.

**Das größte Brot! 6 Stück 10 Pf.**  
 nur allein in:

**Albrecht's Bäckereien:**  
 Krautstr. 19, Wrangelstr. 135, Lausitzerstr. 2, Falckensteinstr. 32, Zentrale: Boxhagenerstr. 13, Pücklerhalle 222/223, Andreashalle 16/18.

**Erstklassige Fahrräder** Marke „Berlin“ 88 Mark  
 22/17\* mit Continental-Pneumatik  
 Berlin W. 9, Köthenerstraße 14. Berliner Fahrradindustrie.

**Neues Parzellierungs-Terrain** am (4940)\*  
**Bahnhof Sadowa**  
 a. d. Straße nach Wiesdorf  
 7 Minuten ab Bahnhof beginnend, schönste Hochwald- u. Landparzellen  
 R. 10 Mark an.  
 Günstigste Zahlungsbedingungen, Verkäufer im Sommerbad Neu-Sadowa und im Restaurant Göde, Rausdorf.  
 Besitzer: **Nieschalke & Nitsche,** Landsbergerstraße 66.

**Oscar Arnold** Dresdenerstr. 116  
 (Kein Laden) am Oranienplatz  
**Hut und Mützen Engros-Geschäft!**

**Filzhüte, Cylinderhüte, Strohhüte und Mützen.**

**Garnierte Damenhüte!!**  
 Grösste Auswahl!  
 Einzelverkauf zu auffallend billigen aber streng festen Preisen!

**Original-Haase-Bier, Breslau**  
**Spezial-Ausschänke:** Rosenthalerstr. 14, Prinzenstr. 87, Potsdamerstr. 112a, Klopstockstr. 17, Schlesischestr. 28. 269/10

**Niederlage:** Berlin, Schlesischestr. 28.

**Kastanienwäldchen Schönholz**  
 2 Min. vom Bahnhof Schönholz. — Inh.: Hermann Ramlow.

**Jeden Sonntag: Großer Ball.**  
 Gr. schattiger Garten. Zwei neue verdeckte Regelpöden. Kaffeeküche.

**Jeden Sonntag: Garten-Konzert.**  
 Empfehle meinen großen Parkettball mit Theaterbühne den geehrten Vereinen und Fabriken. 40992\*

**„Luisenpark“ Wilmersdorf,** Wilhelmsau 112.  
**Am 1. und 2. Pfingstfeiertag: Gr. Frühkonzert.**  
**Am 2. und 3. Feiertag: Großer Ball.** Bernhard Dass. 6720  
 sowie jeden Sonntag: 40992\*

**Reederei Nobiling.**  
 In allen drei Feiertagen mit Musik

**Berliner Schweiz** (Golener Berge Zwickau).  
 Preise hin u. zurück 1 M. Kinder 50 Pf. Am 3. Feiertag 75 Pf. Kinder 50 Pf.  
 Ferner am 1. und 2. Feiertag 6 Uhr früh:

**Frühkonzert-Fahrt nach der Oberspree! Neu!**  
 Abfahrt Jannowitzbrücke, Restaurant Schullteich. Preis hin und zurück 60 Pf. Kinder 30 Pf.  
 Außerdem am 2. Feiertag (Abfahrt Jannowitzbrücke, Restaurant Schullteich):  
 8 Uhr früh in **Woltersdorfer Schleiße** einfache 50 Pf. Fahrt 2 Uhr mitt. **Baumgartenbrück.** (Geräusche Fahrt.)  
 Abfahrt 8 Uhr vom Zehlenerweg, 8 Uhr 30 Min. von den Sprehallen. Preise hin u. zurück 1.50 M. Kinder 75 Pf. Am 3. Feiert. 1 M. Kinder 50 Pf.

**Dampfschiffs-Reederei Robert Tismer**

**Abfahrtsstelle: Schillingsbrücke.**  
 Am 1., 2. und 3. Pfingst-Feiertage die beliebten Dampfer-Extrafahrten nach **Knyffhäuser** von 2-8 Uhr abends ca. halbstündlich, a Person 20 Pf., Kinder 10 Pf. Dampfer-Jahrgäste zahlen kein Entree.

- Woltersdorfer Schleiße,** ca. 8 und ca. 9 Uhr vorm., einfache Tour 50 Pf.
- Müggelheim,** ca. 9 und ca. 2 Uhr nachm. Einfahrt 50 Pf., Rückfahrt 50 Pf.

**Vom 22. Mai ab** beginnen die bekannten billigen Sonderfahrten nach **Woltersdorfer Schleiße, Werndorfer Schleiße, Müggelheim, Gantels Ablage, Neue Mühle und Rallberge-Rüdersdorf.** 49362\*

**Sportshaus zur großen Krampe in Müggelheim.**  
 Ich bringe hierdurch den werten Vereinen und Gesellschaften mein herzlich am Wald und Wasser am Fuße der Müggelberge gelegenes Lokal zu Dampfer- und Landpartien in freundliche Erinnerung.  
 Am 1., 2. und 3. Feiertag Dampfer von der Schillingsbrücke vormittags 9 Uhr, nachmittags 2 Uhr. Einfahrt 50 Pf., Rückfahrt 50 Pf. 47282\*

**W. Troppens.** Tel.: Amt Köpenick Nr. 141.

**Cigarettes Presstoli**  
 feinste Handarbeit  
 No. 2 10 Stück 20 Pf. 4944L  
 „ 3 10 „ 30 „

**Deutscher Metallarbeiter-Verband**  
 Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin. Hauptbureau: Hof I. Amt 3, 1239. Charitéstraße 3. Hof III. Amt 3, 1987

**Achtung! Achtung!**  
 Der Pfingstfeiertage wegen bleibt das Bureau an folgenden Tagen geschlossen:  
 118/16  
 Sonnabend, den 18. Mai, nachmittags,  
 Sonntag, den 19. Mai, den ganzen Tag,  
 Montag, den 20. Mai, den ganzen Tag,  
 Dienstag, den 21. Mai, nachmittags.  
 Der Arbeitsnachweis ist an diesen Tagen ganz geschlossen.

**Die Räume der Erwerbslosenunterstützung sind am Dienstag, den 21. Mai, auch den ganzen Tag geschlossen.**  
 Folgende Filial-Bibliotheken sind eröffnet: für Süd-Ost: bei Fröhlich, Müstener- und Zeughofstraße Ecke. Die Ausgabe von Bibliotheksbüchern findet an folgenden Tagen statt: Montags nachmittags 5-8 Uhr, Mittwochs nachmittags 5-8 Uhr, Sonnabends nachmittags 5-8 Uhr.

**Wedding.** Fahrow, Ravenstr. 6. Dienstags abends von 8-9 Uhr.  
**Spandau.** G. Rührmund, Neumeisterstraße 6. Montags und Donnerstags abends von 5 bis 6 Uhr.  
**Ober-Schöneweide.** Voß, Wilhelminenhofstraße 64. Dienstags und Donnerstags abends von 5-6 Uhr.  
**Moabit.** Gundlach, Waldenserstr. 24. Mittwoch von 8-9 Uhr und Sonnabends von 8-10 Uhr abends.  
**Charlottenburg.** Metzdorf, Potsdamerstr. 44. Montags abends von 8-10 Uhr.  
**Wusterhausen-Wildau.** W. Geyer, Schwarzkopffstraße 58 1 Tr. Dienstags und Freitags abends von 7-9 Uhr.  
**Tegel.** Gehlhaar, Berlinerstr. 92. Dienstags abends 7 1/2-9 Uhr.  
 Die Haupt-Bibliothek befindet sich Charitéstraße 3. Wegen Renovierung ist dieselbe zurzeit geschlossen. Die Eröffnung wird noch bekannt gemacht. 118/16 Die Ortsverwaltung.

**Verband der Hafenarbeiter u. verw. Berufsg.**  
 Deutschlands. Mitgliedschaft Berlin.

**Achtung! Achtung!**  
 Der Pfingstfeiertage wegen findet unsere Mitglieber-versammlung erst am Sonntag, den 26. Mai, statt. 19/4 Der Vorstand.

**Neu erschienen**  
 sind folgende Schriften, die wir unseren Lesern zur Anschaffung empfehlen:

**Ueber Verfassungswesen.**  
 Von Ferdinand Lassalle.  
 Inhalt: Ueber Verfassungswesen. Was nun? Macht und Recht.  
 Neue Ausgabe, mit Einleitungen versehen von Ed. Bernstein.  
 Preis 50 Pf.

**Sozialistische Literatur.**  
 Zwei Vorträge von Paul Vensch. Preis 15 Pf.  
**Der Kampf der Arbeiter.** Sieben Aufsätze aus der „Leipziger Volkszeitung“ von Anton Pannekoek. Preis 20 Pf.  
**Dialektisches.** Vollständige Vorträge aus dem Gebiete des proletarischen Kampfes von Ernst Untermyann. Geb. Preis 1 M.

**Geschichte der Berliner Arbeiterbewegung**  
 Herausgegeben von Eduard Bernstein.  
 1. Teil: Vom Jahre 1848 bis zum Erlaß des Sozialistengesetzes. Illustriert mit Bildern und Dokumenten aus der Zeit.  
 Preis in Leinen geb. 6,50 M., halbtz. geb. 7,50 M.

**Expedition des Vorwärts, Berlin SW.**  
 Lindenstr. 69, Laden. 294/6\*

**Reiseglas** walttragend, lichtstark mit Etui u. Riemen 9 Mk.  
 Weltbekannt sind **Rathenower Augengläser.**  
**Echt Rathenower Brillen** 1.00  
**Pincenez** (echt Nickel) 1.50  
 „ **Double** 5.00  
 „ **Gold** 12.00  
 „ **Schildpatt** 4.00  
**Opern- u. Reisegläser** von 6.00 an.  
**Barometer,** garantiert gute Werke, von 6.00 an.

**A. Grün, Optiker,**  
 Brunnenstraße 4,  
 am Rosenthaler Tor. 4707L





Partei-Angelegenheiten.

Zur Lokalfeste! Anlässlich der bevorstehenden Ausflüge nach dem Spreewald...

Berliner Nachrichten.

Aus der Stadtverordnetenversammlung. In der gestrigen Sitzung hatte der Vorsitzende Langerhans wieder einmal das Vergnügen — „ein Vergnügen“ nannte er selber — zwei neue Stadtverordnete einzuführen...

wie wir sie in Zeiten der Wohnungsnot mehrfach erlebt haben. Sodann aber ist die im Jahre 1906 ermittelte Zahl der unermieteten Wohnungen usw. noch lange nicht so hoch...

Das eine ist wahr: wer als Käufer in den Wohnungsnotjahren 1901 usw. gierig darauf los gekauft hat, weil er hoffte, es werde noch recht lange so bleiben...

Arbeiter-Bildungsschule Berlin. Der Unterricht in Naturerkenntnis fällt am Sonnabend aus, ebenso am Montag Geschichte und Nationalökonomie für Fortgeschrittene...

Bei Beginn des stärkeren Reiseverkehrs bringt Minister Breitenbach durch Erlass vom 7. d. M. die nachfolgenden Bestimmungen wieder in Erinnerung: Um den Klagen darüber abzuwehren...

Der Ausflugsverkehr der Großen Berliner Rotoromnibusgesellschaft beginnt am Pfingstsonntag, den 19. Mai, und wird am Pfingstmontag, den 20., und am dritten Feiertag fortgesetzt...

Die Berliner Feuerwehr ist jetzt in zwei Oberbrandinspektionen geteilt. Der ersten Oberbrandinspektion unter dem Oberbrandinspektor Reinhardt ist die Führung bestimmter Geschäfte der II., III. und V. Kompanie übertragen worden...

Versteuerung von Ferien-Sonderzügen. Ein Sonderzug zu ermäßigten Fahrpreisen wird von Berlin nach Dresden und Schandau am Sonnabend vor Pfingsten, den 18. Mai, abgehen...

Dresden und zurück in Personenzügen 11.30 M. dritter Klasse kosten, wozu unter anderem der Schnellzugzuschlag hinzutritt. Der Sonderzug am Pfingstsonntag geht vom Anhalter Bahnhof 2.10 Uhr nachmittags...

Die Pfingstferien beginnen heute und dauern bis zum Donnerstag, den 23. Mai, an welchem Tage die Schulen wieder mit dem Unterricht beginnen. Die Sommerferien beginnen in Berlin am Freitag, den 6. Juli.

Zwei neue Rettungskationen werden an Gewässern der Umgebung Berlins errichtet werden, was sicherlich von Interesse für die den Wassersport liebenden Berliner Ausflügler sein dürfte. Die „Rettungsgesellschaft der Wassersportvereine von Berlin und Umgegend“ wird während der beiden Pfingstfeiertage am Dolgen- und Wolziger-See je eine Rettungskategorie unterhalten...

Tote Fische in großer Zahl bedeckten gestern die Oberfläche der Spree. Zu Tausenden schwammen sie auf dem Wasser, das in allen Regenbogenfarben schillerte. Die Ursache des Fischsterbens war nicht zu ermitteln, vermutlich rührt es von einer Verunreinigung des Wassers her.

Die Auto-Omnibusse der Straßenbahn. Am Pfingstsonntag wird die Große Berliner Straßenbahn ihren Automobil-Omnibusverkehr aufnehmen und am ersten Tage die beiden Linien Hallesches Tor—Stettiner Bahnhof und Hallesches Tor—Alexanderplatz eröffnen.

Aus dem Straßengebüsch. In der Brunnenstraße versuchte vorgestern abend um 1/2 8 Uhr die sieben Jahre alte Tochter Eli des im Hause Nr. 106 des genannten Straßenzuges wohnenden Zigarrenhändlers Buchholz den Fahrdamm der Brunnenstraße zu überschreiten, um sich nach der elterlichen Wohnung zu begeben. Hierbei achtete das Kind nicht darauf, daß gerade ein Straßenbahnzug der Linie 89 in der Richtung nach dem Gesundbrunnen in geringer Entfernung heraufgefahren kam. Obwohl der Fahrer des Rotoromnibusses sofort die sämtlichen Bremsmittel anwandte, konnte er das Unglück nicht mehr verhüten. Das Mädchen wurde umgestoßen und kam unter dem Vorderperron des Bahnwagens, jedoch vor dem Schutzhaken zu liegen. Die Kleine erlitt einen Bruch des rechten Oberarmes und des linken Beines und wurde, nachdem ihr auf der Unfallstation die erste Hilfe zuteil geworden war, nach dem Krankenhaus übergeführt. Ein gleicher Unfall trat sich in der Kaiser-Friedrichstraße in Rixdorf zu. Der siebenjährige Knabe Walter Schellhase aus der Kaiser-Friedrichstraße 23 lief beim Uberschreiten des Fahrdammes dieser Straße gegen einen herannahenden Straßenbahnwagen der Linie V (Richtung Ringbahn/Rixdorf) und wurde umgestoßen. Dem Kleinen wurde eine Beule des linken Fußes abgequetscht. Der Verunglückte, dem ein hinzugerufener Arzt einen Notverband anlegte, wurde nach dem städtischen Krankenhaus in der Connerstraße übergeführt. Ueber den Zusammenstoß eines Automobilomnibusses mit einem Straßenbahnwagen, wobei drei Personen verletzt wurden, wird mitgeteilt: Am Mittwochabend gegen 1/2 8 Uhr fuhr der Automobilomnibus 1329 Linie 8 (Richtung Wilmstraße) in der Potsdamer Ecke der Wilmstraße infolge Versagens seiner Bremsen auf den dort haltenden, in der Richtung nach Schöneberg verkehrenden Straßenbahnwagen der Linie 40 E auf. Infolge des Zusammenstoßes wurde am Bahnwagen der Hinterperron eingedrückt und der Kontrollor umgelegt. Der Omnibus erlitt Beschädigungen an seinem Vorderteil. Auf dem Hinterperron des Straßenbahnwagens befanden sich mehrere Personen, von denen ein in der Ludwigs-Friedrichstraße wohnender Herr Dusch eine Quetschung des linken Fußes, der in der Eisenackerstraße 50a wohnende Herr Felix Karonowski einen Bruch des linken Mittelfußes davontrug. Herr Adam Reimers, Laubestraße 5 in Rixdorf wohnhaft, erlitt Hautabschürfungen an der rechten Hand. Alle drei Verletzten erhielten die erste Hilfe auf der Unfallstation und konnten sich dann nach ihren Wohnungen begeben. In der Müllerstraße wurde der 21jährige Bögling Leopold Maruse, Urdorferstraße 11 wohnhaft, von einem Straßenbahnwagen der Linie 68 umgerissen und eine Strecke mitgeschleift. Er war im Begriff gewesen, mit einem Freunde den Fahrdamm zu überschreiten, als er plötzlich von einem vorbeifahrenden Rotoromnibus mit seinem Begleiter zu Boden geschleudert wurde. Er geriet unter die Vorderplattform und wurde unter dem Schutzhaken eingeklemmt. Nachdem er aus seiner qualvollen Lage befreit worden war, wurde er nach der Unfallstation in der Lindowstraße gebracht und von dort nach Anlegung von Notverbänden in das Krankenhaus Roabit übergeführt. Ein weiterer Straßenbahnunfall ereignete sich vorgestern nachmittags am Kurfürstendam. Ein Droßelautomobil stieß mit einem Straßenbahnzug der Linie R zusammen, und zwar mit solcher Festigkeit, daß das Automobil umgeschleudert wurde. Die Scheiben wurden zertrümmert und durch umherfliegende Glassplitter erlitt der Insasse, der Kaufmann Wolf, Kurfürstendam 181, erhebliche Verletzungen im Gesicht und an den Händen. Die erste ärztliche Hilfe erhielt er auf der Unfallstation am Zoologischen Garten.

Eine Affenjagd rief Mittwoch abend im Südwesten der Stadt ungeheures Aufsehen hervor. Einem Italiener, der mit dem Tiere in der Lindenstraße auf die Höhe gegangen war, war dies in einem unbedachten Augenblicke entfallen und auf die Straße gerollt. Nach kurzer „Amschau“ lief der Affe nach der Jüterbockerstraße zu und bog in diese ein. Allmählich hatten sich Hunderte von Menschen an der Verfolgung des Vierfüßlers beteiligt. Ein allgemeines „Gallo“ erfolgte jedesmal, wenn das flinke Tier seinen Verfolger entließ. So ging denn die Affenjagd durch die Markgrafen- und Kochstraße. Schließlich suchte das geheime „Wild“ in dem Hause Kochstraße 28 seine Zuflucht. Jetzt erst gelang es, den Ausreißer zu erwischen. Der Italiener, der seinem Tier eine derbe Zuchtigung zuteil werden ließ, enigang nur mit knapper Not der Gefahr, von dem empörten Publikum gelacht zu werden.

Aus dem bunten Berlin. Der blutige Heberfall auf eine Prostituierte rief in der vorverflochtenen Nacht in der Demminerstraße große Aufregung hervor. Wegen eines jungen Mannes war es zwischen der Prostituierten Anna Reffe, Ruppinerstraße 30, und einer anderen Dirne zu einem Streit gekommen. Mit einem Bund Schlüssel in der Hand stürzte sich die Rivale während auf die R. und schlug solange auf sie ein, bis sie bewusstlos zusammensank. Mehrere andere Dirnen, die ebenfalls hinzulamen, mißhandelten die R. gleichfalls. Unbarmherzig schlugen sie auf die Bewußtlose ein. Wüstherbst wurde die Schwerverletzte nach der Unfallstation gebracht. Der Vorfall hatte unter den Hunderten von Zuschauern die größte Empörung hervorgerufen. Die Haupttäterinnen sind von der Polizei festgenommen worden.

Außer Verfolgung gesetzt ist die unter dem Verdacht der Hehlerei im November vorigen Jahres verhaftete Frau Schmidt aus Schöneberg, die Ehefrau eines städtischen Steuererhebungsbeamten. Frau Schmidt war aus Anlaß zahlreicher Einbruchdiebstähle, die in Schöneberg passierten, in den Verdacht der Hehlerei geraten. Bestimmte Fälle konnten ihr aber nicht nachgewiesen werden und so wurde sie wegen mangelnder Beweise außer Verfolgung gesetzt.

Unter dem Verdacht des Kautionshändlers ist der Versicherungsdirektor Franz Starbatti aus der Fehrbellinerstr. 78 festgenommen worden. Starbatti gründete vor einiger Zeit unter dem hoch klingenden Namen „Allgemeine deutsche Krankenversicherungsgesellschaft“ eine freie Hilfskasse und ernannte sich zum Versicherungsdirektor. Die Geschäftsräume staltete er mit einer Reihe von Briefordnern hübsch aus, sie blieben zwar leer, aber es sah für den Unkundigen doch nach etwas aus. Dann warb er gegen 500 Mitglieder, die ihr Eintrittsgeld und ihre Beiträge zahlten. Starbatti stellte fünfzehn Kassierer an, die er durch Rechnungsanzeigen suchte und denen er zusammen über 20 000 M. Bürgerschaft abnahm. Empfangsbestätigung und Schuldbekenntnis schrieb er ihnen auf großen Bogen mit der geschäftlichen Stempelmarke aus. Dabei richtete er es so ein, daß kein Kassierer vom anderen etwas wußte. Alle bestellte er zu verschiedenen Zeiten zu sich. Einem kam es jedoch sonderbar vor, daß er über 1000 M. Kautionshätte stellen müssen und den Monat nicht mehr als 20 bis 30 M. zum Einziehen bekam. Er dachte über dieses Mißverhältnis so lange nach, bis er zur Kriminalpolizei ging. Als diese vorgehen die Kassierer durchsuchte, fand sie wieder Bürgerschaften, noch Eintrittsgelder, noch Beiträge. Nicht nur die Kassierer, sondern auch die Mitglieder der Kasse scheinen also um ihr Geld gekommen zu sein. Direktor Starbatti wurde zur Rede gestellt und nach dem Verhör gestern dem Untersuchungsrichter vorgeführt.

Wer ist der Tote? Am 12. d. Mts. hat sich in Tegel in einem Restaurationsgrundstück ein unbekannter Mann erschossen. Er ist circa 20—25 Jahre alt, 1,88 Meter groß und schlank, hat blondes Haar, blaue Augen, vollständige Zähne und ist von kräftiger Gestalt, hat an beiden Schenkelbeinen Narben und trug um die Knöchel des rechten Beines eine Flanellbinde. Bekleidet war er mit einem grauen Jodetanzug, wollenen Hemd, schwarzen Strümpfen, weißen Servietten, weißen Papierhandschuhen, weiß-rot-punktierten Schuhen und weißen grauen Hut. Die Persönlichkeit der Leiche hat bisher nicht festgestellt werden können. Melognoszenten wollen sich daher beim Amtsrichter in Tegel melden.

Feuerwehrbericht. In der letzten Nacht um 2 Uhr kam in der Reichenbergerstr. 144 Feuer aus. Bei Anbruch der 2. Kompagnie stand dort ein Dölkager in Flammen. Um dieses zu löschen, mußte der 8. Zug kräftig Wasser geben. Die Entzündung konnte nicht ermittelt werden. Etwas später wurde der 11. Zug nach der Wälderstr. 49 gerufen, wo auf dem Hofe ein Kofett brannte. Gestern früh um 7 Uhr mußte vom 16. Zuge in der Chausseestr. 57 ein Schälbedenbrand gelöscht werden. Längere Zeit hatte der 7. Zug auf dem Ostbahnhof zu tun. Dort waren an der Brombergerstr. Borräte von Preßholz in Brand geraten, deren Löschung viel Arbeit verursachte. Zwei Wohnungsbrände wurden aus der Müllerstr. 156a und Doppelstr. 19 gemeldet. Möbel, Betten, Decken u. a. wurden dort ein Raub der Flammen. Zweimal wurde die Feuerwehr nach der Komintenerstr. gerufen. Im Hause Nr. 2 brannte Fleisch u. a. und Nr. 7 Gardinen und Möbel. Auf dem Hofe Große Frankfurterstr. 108 stand ein kleines Gebäude in Flammen, die mit einer Schlauchleitung gelöscht werden konnten. Zwei Küchenbrände beschäftigten die Wehr in der Paulstr. 19 und in der Wiesenstr. 83. Beide waren durch Unvorsichtigkeit entstanden. Kleider und anderes wurden in der Wannenstr. 198 ein Raub der Flammen. Der dritte Zug hatte auf dem Nordbahnhof zu tun. Ein Pferd war dort unter einem Eisenbahnwagen geraten. Ferner liefen noch Alarme aus der Dudenardersstr. 40 und anderen Stellen ein.

## Vorort-Nachrichten.

### Berlin und die Vororte.

Der Berliner Magistrat hat bekanntlich beschlossen, das Abgeordnetenhaus zu ersuchen, die §§ 33 und 35 des Kommunalabgabengesetzes dahingehend zu ändern, daß die Stadtgemeinde nicht nur, wie gegenwärtig, das Recht hat, Personen, die ihren Grundbesitz oder Gewerbebetrieb in Berlin haben, aber in den Vororten wohnen, zur Fahrensteuer heranzuziehen, sondern auch alle jene Leute, die, obgleich in den Nachbargemeinden wohnend, ihrem Beruf in Berlin nachgehen. — Vor einiger Zeit beschloß darauf die Steglitzer Gemeindevertretung, eine Gegenpetition an das Abgeordnetenhaus zu richten. Bei diesem Beschluß allein ist es jedoch nicht geblieben. Vorgestern ging den Gemeindevorständen aller Berliner Vororte ein Schreiben der Steglitzer Behörde zu, sich gemeinsam an das Haus der Abgeordneten zu wenden, weil die Entwicklung aller Vororte brach gelegt werde, sobald den Berliner Wünschen entsprochen wird. Außerdem sollen die Landtagsabgeordneten der Kreise Teltow und Niederbarnim ersucht werden, ganz entschieden gegen die Berliner Forderungen zu wirken. Als erste Vorortgemeinde beschäftigte sich vorgestern die Gemeindevertretung von Rosenthal-Wilhelmsruh mit dem Steglitzer Vorschlag. Nach einer kurzen Aussprache wurde einstimmig beschlossen, sich Steglitz anzuschließen. — Die Petition der Vororte wird bis Ende dieses Monats von den einzelnen Gemeinden unterzeichnet sein und dann dem Abgeordnetenhaus gehen.

Steglitz, Friedenau und Umgegend. (Arbeiter-Bildungsschule Berlin.) Heute abend pünktlich 9 Uhr beginnt der Kursus in Geschichte (Zeiten tiefer Erniedrigung und Schmach in Deutschland, 1806—1840) am Lokal von Schellhase, Hornstraße 45a. Zahlreicher Besuch wird erwartet.

### Charlottenburg.

In der Stadtverordnetenversammlung vom Mittwoch machte der Vorsitzende Mitteilung, daß Herr Dr. Zeppler, der bisher der sozialdemokratischen Fraktion angehört hat, sowie der unbesoldete Stadtrat Dr. Börner, ihre Ämter niedergelegt haben. Mit der Vorbereitung zur Neuwahl eines unbesoldeten Stadtrats wurde ein Ausschuss betraut.

Auf dem Brandenburgischen Städtetage, der am 17. und 18. Juni in Habelberg stattfindet, beschloß die Versammlung, außer den beiden Vorsitzenden, sich durch 4 Mitglieder vertreten zu lassen. Gewählt wurden die Städt. Barnewitz, Dr. Worchardt (Soz.), Dr. Hubatsch und Dr. Penzig.

Nach Erledigung einer Reihe kleinerer Vorlagen trat das Haus in die Beratung des Antrages Otto (lib.) und Genossen: „Der Magistrat wird ersucht, an den Reichstag die Bitte zu richten, den Wahlkreis Teltow-Weeslow-Steinort-Charlottenburg in mehrere Reichstagswahlkreise zu zerlegen, damit der Stadt Charlottenburg zwei Vertreter im Reichstag zugesandt werden.“ Der Antragsteller wies an der Hand der letzten Volkszählung nach, daß der Kreiswahlkreis, der heute nur einen Vertreter im Reichstag hat, von Rechts wegen deren zehn entsenden müßte. Stadtverordneter Dr. Worchardt (Soz.) sprach sich im Sinne des Antrages aus, regte aber ein gemeinsames Vorgehen mit anderen Städten an, damit die Frage generell geregelt würde. Sein Vorschlag, zu diesem Zwecke einen Ausschuss einzusetzen, fand aber nicht die Zustimmung der Mehrheit. Der Antrag selbst wurde, nachdem noch Dr. Hubatsch ihn befürwortet hatte, einstimmig angenommen.

Über die neue 40 Millionen-Anleihe erstattete Stadtb. Girsch (Soz.) ein ausführliches Referat. Redner empfahl namens des Ausschusses die Annahme der Vorlage und verbreitete sich über die allgemeine Finanzlage Charlottenburgs. Von den Schulden der Stadt entfällt der weitaus größte Teil auf gewinnbringende Unternehmungen, so daß irgendwelche Veräußerungen nicht geübt zu werden brauchen. Die Verzinsung und Amortisation müssen natürlich aus laufenden Mitteln gedeckt werden. Wie sich die Einnahmen in nächster Zeit gestalten, läßt sich noch nicht sagen, das hänge von der Konjunktur ab. Eventuell aber müsse man sich mit dem Gedanken der Schaffung neuer Einnahmequellen vertraut machen. Nach längerer Debatte wird die Vorlage angenommen.

Stürmische Debatten rief die sozialdemokratische Interpellation betreffend die Kupperrung der Müllerarbeiter hervor. Die Interpellation lautet:

„Art. 14 der Bedingungen für die Verbindung der Leistungen zur Abfuhr und Beseitigung des Hausmülls in Charlottenburg ist der Unternehmer verpflichtet, zur Schlichtung etwa entstandener Streitigkeiten, die zum Streit zu führen drohen, in jedem Fall und so schnell wie möglich, das Gewerbegericht in Charlottenburg als Einigungsamt anzurufen.“ Was gedenkt der Magistrat zu tun, um die Allgemeine Müllwertverwertungsgesellschaft G. m. b. H. zur Erfüllung dieser kontraktlichen Verpflichtung anzuhalten?“

Stadtb. Rüd. (Soz.) begründete an der Hand der Akten die Interpellation; er führte den Nachweis dafür, daß die Direktion der Müllwertverwertungsgesellschaft ursprünglich mit dem Vertreter der Organisation verhandelt habe, daß sie aber dann plötzlich zur Entlassung aller Arbeiter geschritten sei, weil dieselben mit Hilfe ihrer Organisation Lohnforderungen stellten. Die Gesellschaft hätte nach dem Vertrage das Einigungsamt zur Schlichtung der Differenzen anrufen müssen; statt dessen habe sie die Arbeiter aufs Pflaster geworfen.

In seiner Antwort ging der Oberbürgermeister Schustehrus auf den Inhalt der Interpellation überhaupt nicht ein. Er hatte sich von der Direktion Material geben lassen und wütete nun, gestützt auf dies einseitige und nicht bewiesene Material, gegen den angeblichen Terrorismus der Arbeiter in einer Weise, die alles das übertrumpft, was in den letzten Wochen und Monaten von scharfmacherischer Seite gegen die Sozialdemokratie geschrieben und gesagt ist. Für ihn strebt es fest, daß während des Ausstandes Roheiten schlimmer Art verübt sind. Die Arbeiter sind durch „Terroristen und Heer“ aufgestachelt worden, von Bauten seien auf die Arbeitswilligen Ziegelsteine geworfen, die Müllwagen seien auf der Straße umgeworfen, den Leuten sei gedroht, daß man ihnen die Knochen im Leibe zerbrechen wolle u. dergl. mehr. Den Höhepunkt der Komik erreichte das Stadtoberhaupt mit seinem Anspruch, in Charlottenburg habe zeitweise völlige Anarchie geherrscht, aber Dank dem wohlgeordneten preussischen Staate sei die Ordnung und Ruhe wieder hergestellt. Selbst die Vertreter der bürgerlichen Parteien, die doch sonst für solche Hejerei gegen die Arbeiter sehr empfänglich sind, bewahrten während dieser Rede und am Schluß derselben Stillschweigen, sie mochten wohl fühlen, daß der Oberbürgermeister durch seine maßlosen Uebertreibungen das Gegenteil von dem erreicht hatte, was er bezweckte.

In der Diskussion gingen unsere Genossen Girsch und Worchardt mit dem Oberbürgermeister scharf ins Gericht. Sie verspotteten die Art seines Auftretens, sie legten energische Verwahrung dagegen ein, daß Herr Schustehrus, der anderen, die sich nicht verteidigen können, Verheugung vorwirft, selbst eine solche Hejrede hält und daß er es wagt, ersten Männern Ammenmärchen nach Art des Reichslägerverbandes zu erzählen. Besonders wohl muß Herrn Schustehrus während der Rede unserer Genossen nicht gewesen sein, und selbst die kurzen Erklärungen der Herren Dr. Frenzel (lib.) und Stein (unpolitisch), die natürlich den Standpunkt der Gesellschaft verteidigten, mögen für ihn nur ein schwacher Trost gewesen sein.

Wie bei allen Angelegenheiten, bei denen es sich um Differenzen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern handelt, hat sich der Charlottenburger Oberbürgermeister auch diesmal wieder ohne nähere Prüfung der Verhältnisse auf Seiten der Unternehmer gestellt, als deren Sachwalter er von Jahr zu Jahr in stärkerem Maße sich entpuppt. Wir zweifeln nicht daran, daß der Reichslägerverband seine Rede als Flugchrift herausgeben wird — vorausgesetzt, daß nicht selbst dieser Verband, der doch sonst in seinen Mitteln nicht gerade wählerisch ist, das „Material“ des Herrn Schustehrus als zu albern zurückweist.

### Wilmerdorf.

Die Stadtverordnetenversammlung beschäftigte sich am Mittwoch zunächst in einer ausgedehnten Debatte mit der Festsetzung der Straßen die asphaltiert werden sollen. Hierbei kam es zu unliebsamen Auseinandersetzungen zwischen dem Grundbesitzer des Nordens und des alten Ortes. Die Magistratsvorlage verlangt die Asphaltierung der Reierottstraße, Aufstufendamm (zwischen Demritzenplatz und Joachim Friedrichstraße), ferner den Teil der Brandenburgischenstraße zwischen Berliner- und Rammheimstraße, mit einbezogen die Gasteiner- und Sigmaringenstraße. Stadtverordneter Droschke beantragt, den Nordbezirk wegen der Steuerkraft seiner Einwohner mehr zu bedenken und die Straßenzüge am Rinderberg Platz zu asphaltieren und den Platz selbst mit gärtnerischen Anlagen zu versehen. Ferner empfahl der Redner, an Stelle des Nordbezirks die Brandenburgischestraße zu pflastern. Herr Krause meinte, man müsse den auf seinem Balkon und Erker Erholung suchenden Rentier vom Norden mehr bedenken, die Bewohner der Brandenburgischenstraße stellen, wenn sie abends von ihren Arbeitsstellen zurückkehren, nicht derartige Ansprüche. Hiergegen wandte sich die Herren Busch, M. Müller und Koch; eine Pflasterung der Rinderbergstraße wäre augenblicklich nicht am Platze. Der zweite Bürgermeister Peters trat als Magistratsmitglied den Ausführungen Droschkes entgegen, die Verwaltung könne keinen Ortsteil bevorzugen. Die Asphaltierung der Falzburgerstraße in der Gegend des Bismarck-Gymnasium wurde dem Magistrat überwiesen.

Die Auslegung der Wählerliste soll nach der Magistratsvorlage vom 16. bis 30. August erfolgen; auf Antrag des Stadtb. Großmann wird dieselbe jedoch vom 1. bis 15. September ausgesetzt. Es wurde Rücksicht genommen auf einen Teil der Herren, die sich gerade um diese Zeit auf Reisen befinden. Vielleicht legen die Wilmerdorfer Stadtväter und der Magistrat bei den nächsten Stadtverordnetenwahlen die Wahlzeit so fest, daß es auch den Arbeitern möglich ist, ohne Schädigung ihr Wahlrecht auszuüben.

Eine Petition von verschiedenen kommunalen Vereinen, für die Erhaltung des Grunewaldes einzutreten, wurde auf drei Monate vertagt. Ferner wurde ein Antrag Busch, die Beseitigung des Scheunendickens an der Lauenburgerstraße herbeizuführen, dem Magistrat überwiesen.

### Lichtenberg.

Die Gemeindevertretung bewilligte für die Klassenlehrer der neu einzurichtenden zwei Hilfsklassen eine Funktionszulage von je 300 M. Unsere Genossen beantragten für diese Klassen besondere Lehrer, um dem Lehrkörper nicht notwendig gebrauchte Kräfte einzusetzen zu müssen. Der Gemeindevorsteher sagte zu, daß mit dem Oktober dieses Jahres Ersatz für diese beiden Lehrer, die eine Vorbildung für Unterricht minder begabter Schüler haben, geschaffen sei. — Eine lebhaftere Debatte setzte ein bei einer Interpellation unserer Genossen über die Sicherheitszustände im Gemeindebezirk. Genosse Spielermann verwies auf einen sensationellen Artikel im Ortsblatt, in dem die Sicherheitszustände im Osten Berlins und im Gemeindebezirk Lichtenberg grau in grau gezeichnet wurden. Der Artikel lief im wesentlichen auf die Aufforderung hinaus, daß die Besitzenden gut tun würden, ihre Wertgegenstände den Stahllammern der Banken zu übergeben. Der Gemeindevorsteher beantwortete die Interpellation dahingehend, daß die Sicherheitszustände in Lichtenberg, ganz abgesehen von Einzelfällen, die ebenso unter den Linden oder sonst wo vorkommen, durchaus keine andere seien, als in irgend einem anderen ordnungsmäßig verwalteten Gemeinwesen. Der Vizepräsident des Klattes, Herr Koch, befragte den Genossen Düwöl — der sich neben anderen an der Debatte beteiligte und die Antwort des

Gemeindevorstehers als eine erwartete und zutreffende bezeichnete — der Uebertreibung, mußte sich aber eine entsprechende Abwehr gefallen lassen. — Die Wertzuwachssteuer bezw. deren Einführung war der Gegenstand einer weiteren Interpellation unserer Genossen. Die Genossen Grauer und Düwöl verwiesen auf das Mißverhältnis der Leistungen der Bodenspekulanten gegenüber der Gemeinde im Verhältnis zu den unglücklichen Gewinnern, die diese modernen Raubritter aus ihren „Geschäften“, ohne ihr Zutun und infolge der aus den Taschen aller, auch der ärmsten Steuerzahler geschaffenen gemeindlichen Einrichtungen ziehen. Die Redner ermahnten den Gemeindevorstand um recht baldige Vorlage eines diesbezüglichen Ortstatuts. Der Gemeindevorsteher bekannte sich als Anhänger der Wertzuwachssteuer, will aber die Vorlage dem kommenden städtischen Körperschaften überlassen. Der in gleicher Sitzung neu eingeführte Gemeindevorsteher Rechtsanwalt Schacht brachte sich seinen neuen Kollegen als — Gegner der Wertzuwachssteuer in empfehlende Erinnerung. — Die Bestellung einer Hypothek in Höhe von 1 600 000 M. Restausgabe für den von den Dotischen Erben angekauften Gemeindepark veranlaßte bei einzelnen Rednern der „Bürgerlichen“ eine nervöse Veredamtheit, die in der Versicherung auslief: nicht nur den Sozialdemokraten sei der Ankauf und — die Verhinderung einer noch höheren Verzinsung des Terrains zu verdanken. Herr Koch versicherte mit einer Lebhaftigkeit, die außerordentlich bedenklich klang, daß auch die „Bürgerlichen“ „Sparsamkeit“ geübt hätten. Wer laßt da?

### Ober-Schöneweide.

Gemeindevorsteherkung. Endlich, nach 6 Jahren, hat die Vertretung dem Drängen der hiesigen Arbeiterklasse nachgegeben, und einstimmig die Errichtung eines Gewerbe- und Kaufmannsgerichtes beschlossen mit Beteiligung der Nachbargemeinden Nieder-Schöneweide und Johannisthal, welche ihr Einverständnis zugesagt haben. Betreffs Besetzung des Amtes eines Vorsitzenden dieser Gerichte soll die Anstellung eines befähigten Sachverständigen in Erwägung gezogen werden. Eine Kommission, bestehend aus 4 Gemeindevorstehern und zwei Personen aus der Reihe der Arbeitnehmer soll die nötigen Vorarbeiten einleiten.

In der Frage, ob Bau einer höheren Knaben- oder Mädchenschule, wird der Bau eines Realgymnasiums beschlossen. Die vom Gemeindevorstand vorgelegten Pläne soll die Baukommission prüfen.

Die unterste Klasse der neugeschaffenen katholischen Schule ist überfüllt und wird die Schaffung einer weiteren Klasse beschlossen.

Für Anschaffung von 80 Zeichenbrettern für unbemittelte Kinder der drei Gemeindeschulen werden die Mittel bewilligt.

In Verfolg des Beschlusses, zur Armenpflege auch Frauen heranzuziehen, ist vom Gemeindevorsteher ein diesbezüglicher Aufruf erlassen zwecks freiwilliger Mitarbeit. Bisher sind Meldungen nicht eingegangen.

Das Feuerlöschwesen soll durch Schaffung einer elektrischen Alarmanlage eine Verbesserung erfahren; auch soll die Zahl der Feuerwehrleute auf 88 erhöht werden. Genosse Granow wünscht, daß sich die Mannschaften etwas weniger in Jagdajügen und Einberufen bei patriotischen Festlichkeiten betätigen möchten, eine ständige Berufsfeuerwehr sei sehr in Erwägung zu ziehen.

Die Klage des Herrn Segewaldt wider die Gemeindevertretung aus Anlaß der Ungültigkeitserklärung seines Vertretermandates ist vom Kreisaußschuß abgewiesen. Der Kläger hat mündliche Verhandlung beantragt.

Der Erbauer des Gemeindehauses, Herr Schöffe Lehmann, hat die Gemeinde auf Zahlung ihm vorenthaltenen Baugelder und Zinsen verklagt. Die Sache, welche schon so viel Staub aufgewirbelt hat, ist damit in ein neues Stadium getreten, — ein abschreckendes Beispiel in der Frage der Vergebung von Gemeindearbeiten an Vertreter.

Die Schaffung einer öffentlichen Dampferanlegestelle an der Treseow-Brücke ist von der Stützgesellschaft zugesagt.

Ein dreifacher Einbruchdiebstahl haben gestern am hellen Tage vier Berliner „Schwere Jungen“ in Ober-Schöneweide ausgeführt. In dem Hause Edisonstr. 68 befindet sich im Laden die Buchbinderei von Müller, während darüber die W. S. Wohnung liegt. Als M. nun gestern nachmittag in seiner Buchbinderei beschäftigt war und seine Frau die Wohnung auf kurze Zeit verlassen hatte, drangen die vier Eindieher gewaltsam ein. Sie stürzten sämtliche Schränke, Schubladen und Behälter nach Geld und Wertgegenständen durch und erbeuteten ein Sparbüchlein über eine beträchtliche Summe, einen größeren Betrag an barem Gelde und Schmuckgegenständen. Beim Verlassen des Hauses wurden die Diebe bemerkt und verfolgt. Es gelang jedoch nur zwei der Durschen festzunehmen.

## Vermischtes.

Eisenbahnunfälle. Wie der „Bohlandische Anzeiger“ aus Reichenbach meldet, fuhr gestern abend 8 Uhr beim Ausfahren des Schnellzuges Nr. 107, der 11 Uhr 11 Minuten in Dresden ankommt, eine Rangiermaschine in den Zug. Ein Personenzug wurde zertrümmert. Mehrere andere Wagen wurden beschädigt. Einige Personen erlitten Hautabschürfungen. Der Materialschaden ist bedeutend.

Nach einer Meldung aus Ansbach lief der nach Budapest abgegangene Personenzug Nr. 105 bei der Station Gany auf einen Güterzug. Die Lokomotive und zwei Waggons des Personenzuges wurden vollständig zertrümmert. Drei Passagiere erlitten lebensgefährliche Verletzungen.

Vom Blitz erschlagen. In Pottenstein wurden bei einem schweren Gewitter fünf Personen, die sich unter einem Baum gesüßelt hatten, durch Blitzschlag getötet; ein Kind erlitt schwere Brandwunden.

Automobil und Radfahrer. In der Dohheimerstraße zu Wiesbaden wurde gestern mittag ein junger Radfahrer, namens Hermann Gras, durch ein Automobil überfahren und schwer verletzt. Er mußte nach dem Krankenhaus gebracht werden.

Ein Totschlag. In dem Dorfe Fildorf bei Diedenhofen wurde der Ackerer Michael Jung von zwei verummten Männern angegriffen und mit Holzkeulen getötet. Man vermutet einen Raubakt.

Ein Ortshaus niedergebrannt. Wie aus Budapest berichtet wird, wurden in der Ortschaft Chorbar 37 Wohnhäuser und 45 Nebengebäude eingäschert. 40 Stück Ruchvieh, 20 Pferde usw. sind verbrannt.

Der Hauptmann von Rippen auf der Londoner Bühne. Der weltberühmte Hauptmann ist jetzt auch in London auf die Bretter gebracht worden. Das Singpiel „Das Mädchen von Gottenburg“, in dem die gelungenste Komödie der Wirklichkeit verarbeitete ist, wurde zuerst aus internationaler Uebereinstimmung von der Zensur verboten, dann aber freigegeben. Jetzt erfüllt es im Gaiety-Theater seinen Beruf, Lachen zu machen.

Schneefälle und Frost. Im Nordwesten Amerikas traten New Yorker Meldungen zufolge Schneefälle und Frost ein.

Witterungsübersicht vom 16. Mai 1907, morgens 8 Uhr.

| Stationen | Barometer hoch mm | Windrichtung | Wolken | Temp. in C. | Stationen | Barometer hoch mm | Windrichtung | Wolken | Temp. in C. |         |    |
|-----------|-------------------|--------------|--------|-------------|-----------|-------------------|--------------|--------|-------------|---------|----|
| Emmende   | 754               | W            | 8      | bedeckt     | 12        | Naparranda        | 759          | NRD    | 2           | heiter  | 1  |
| Hamburg   | 756               | NRD          | 3      | Regen       | 9         | Petersberg        | 755          | OSO    | 1           | bedeckt | 10 |
| Berlin    | 755               | NRD          | 4      | wolbig      | 13        | Seibitz           | 764          | N      | 1           | bedeckt | 10 |
| Jena      | 757               | OSO          | 2      | bedeckt     | 13        | Hildesheim        | 761          | NRD    | 3           | bedeckt | 7  |
| Frankfurt | 759               | OSO          | 5      | bedeckt     | 11        | Paris             | 761          | NRD    | 2           | bedeckt | 9  |
| Wien      | 757               | OSO          | Regen  | 18          |           |                   |              |        |             |         |    |

Wetter-Probnoie für Freitag, den 17. Mai 1907. Stimmlich kühl, zeitweise heiter, jedoch sehr unbeständig mit einzelnen Regenschauern und frischen nordwestlichen Winden.